

Wertpapierprospekt

der



vom 15.12.2012

für das öffentliche Angebot von
Stück **375.000** auf den Namen lautenden Stückaktien
mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von EUR 1,00
je Aktie und mit voller Gewinnberechtigung ab dem
01.01.2013 aus dem Eigentum der Aktionäre

sowie

Stück **37.500** auf den Namen lautenden Stückaktien (junge
Aktien) als Neuemission durch die Gesellschaft

unter Einbeziehung aller **412.500** Aktien in den Freiverkehr
an der **Düsseldorfer** Wertpapierbörse

Advantag Aktiengesellschaft
Glockengasse 5
D-47608 Geldern
Tel.: +49(0)2831.1348220
Fax: +49(0)2831.1348221
www.advantag.de
info@advantag.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung des Wertpapierprospekts	6
<u>Wichtiger Hinweis</u>	6
Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt	6
Gegenstand des Prospekts und des Angebots	6
Die Gesellschaft	8
Geschäftstätigkeit	8
Strategie	8
Verwendung des Emissionserlöses und Kosten der Emission	8
Hauptaktionäre sowie Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahe stehenden Personen	9
Wesentliche Rechtsbeziehungen	10
Wesentliche Risiken	10
Zusammenfassung der Risiken	10
Ausgewählte Finanzdaten	11
 Risikofaktoren	 13
Unternehmensbezogene Risiken	13
Markt- und branchenbezogene Risiken	15
Rechtliche und steuerliche Risiken	16
Risiken in Zusammenhang mit den angebotenen Wertpapieren	17
 Allgemeine Informationen	 19
Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt	19
Abschlussprüfer	19
Informationen zu Branchen-, Markt- und Kundendaten	19
Rundungen	19
 Ausgewählte Finanzinformationen	 20
Bilanzen und G&V per 31.12.2009, 31.12.2010 und 31.12.2011	20
Vergleich G&V-Rechnung Geschäftsjahre 2009 / 2010 / 2011	21
 Geschäftskapital, Kapitalisierung und Verschuldung	 22
Erklärung zum Geschäftskapital	22
Kapitalisierung und Verschuldung per 30.11.2012	22
 Informationen über die Advantag Aktiengesellschaft	 24
Name, Sitz und Rechtsform der Gesellschaft	24
Ort der Registrierung	24
Gründung der Gesellschaft und Historie	24
Investitionen	25
Geleaste Vermögensgegenstände	25
Dingliche Belastungen von Vermögensgegenständen	26

Grundbesitz und Betriebsstätten	26
Sachanlagen	26
Umwelt	26
Einsichtnahme in die Unterlagen	26
Angaben Seitens Dritter	26
Geschäftstätigkeit	28
Branche	28
Arten von Emissionszertifikaten	29
Der Swap von Emissionsrechten	30
Börsen und Marktplätze für Emissionszertifikate	30
Die Handelsperioden	31
Wichtigste Märkte	31
Unternehmensstrategie	32
Angaben zur Geschäfts- und Finanzlage	33
Bilanzen per 31.12.2009, 31.12.2010, 31.12.2011	33
G&V-Rechnungen per 31.12.2009, 31.12.2010, 31.12.2011	34
Kapitalfluss / Cashflow	34
Entwicklung des Eigenkapitals	35
Finanzierungsstruktur der Advantag Aktiengesellschaft	35
Forschung und Entwicklung	36
Patente und Lizenzen	36
Industrie-, Handels-, Finanzierungsverträge, neue Herstellungsverfahren	36
Angaben über Organe und oberes Management	37
Allgemeines	37
Vorstand	37
Aufsichtsrat	38
Oberes Management	39
Verwandtschaftliche Verhältnisse	39
Rückstellungen für Pensions- und Rentenzahlungen	40
Darlehensverträge	40
Interessenkonflikte	40
Kontrollwechsel	40
Ausschüsse	40
Corporate Governance	40
Mitarbeiter	40
Aktionärsstruktur	40
Stimmrechte der Organmitglieder	41
Kontrolle der Gesellschaft	41
Geschäfte mit verbundenen Parteien	41
Wesentliche Verträge	41
Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahe stehenden Personen	42

Versicherungen	42
Regulatorisches Umfeld	42
Rechtsstreitigkeiten	42
Satzung der Gesellschaft	43
Angaben über das Kapital	48
Genehmigtes Kapital	48
Gezeichnetes Kapital	48
Bedingtes Kapital, Wandelrechte	48
Allgemeine Bestimmungen zur Erhöhung des Kapitals	48
Stille Beteiligungen	49
Dividendenrechte	49
Ergebnis je Aktie und Dividendenpolitik	49
Hauptversammlung	50
Liquidationserlös	50
Informationen über die anzubietenden Wertpapiere und das Angebot	51
Grundlagenbeschlüsse zur Emission	51
Beschreibung der Wertpapiere	51
Platzierung	52
Handelbarkeit der Aktien	52
Bedingungen des Wertpapierangebots	52
Gesamtsumme	53
Unterbleiben einer (vollständigen) Platzierung	54
Zeitplan	54
Widerruf des Angebots	54
Verbriefung und Lieferung	54
Plan für die Zuteilung	54
Preisfestsetzung	54
Mindestzeichnung	55
Zahl- und Hinterlegungsstelle	55
Einbeziehung in den Handel	55
Gründe für die Kapitalerhöhung, Verwendung des Emissionserlöses und Kosten der	
Emission	55
Verwässerung	56
ISIN/WKN	57
Verjährungsfrist für Ansprüche	57
Vorzugsrechte bei Dividendenansprüchen	57
Besteuerung in Deutschland	58
Besteuerung der Gesellschaft	58
Besteuerung der Aktionäre	59
Besteuerung von Veräußerungsgewinnen	62
Erbschaft- und Schenkungsteuer	65

ZUSAMMENFASSUNG DES WERTPAPIERPROSPEKTS

WICHTIGER HINWEIS

Die nachfolgende Zusammenfassung ist lediglich als Einführung zu diesem Wertpapierprospekt zu verstehen. Jeder Anleger sollte vor einer Entscheidung über eine Zeichnung der angebotenen Aktien diesen Prospekt als Ganzes, insbesondere die „Risikofaktoren“, prüfen und dies seiner Anlageentscheidung zu Grunde legen. Im Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche aufgrund der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte es sein, dass der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen hat. Diejenigen Personen, die die Haftung für den gesamten Prospekt und den Inhalt dieser Zusammenfassung übernommen haben, können nur für den Fall haftbar gemacht werden, dass die Zusammenfassung – wenn diese zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird - irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist.

Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt

Die Advantag Aktiengesellschaft (Geldern/Deutschland), im Folgenden auch „Advantag“, „Gesellschaft“, „Emittent/in“, oder „Anbieter/in“ genannt, übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieser Zusammenfassung und erklärt, dass ihres Wissens nach die Angaben in diesem Prospekt sowie in dieser Zusammenfassung richtig sind und keine wesentliche Umstände ausgelassen wurden.

Gegenstand des Prospekts und des Angebots

Angebotene Aktien

Öffentlich angeboten durch Einbeziehung in den Handel werden sämtliche 375.000 auf den Namen lautende Stammaktien (Stückaktien) aus dem Besitz der Aktionäre sowie 37.500 Stück Aktien aus der am 15.02.2012 beschlossenen Kapitalerhöhung mit einem Nennwert von je EUR 1,00. Die Zeichnung der Stück 37.500 Stück Aktien erfolgt durch die Abgabe eines Zeichnungsscheins. Alle insgesamt 412.500 Aktien sind mit einer Dividendenberechtigung ab 1. Januar 2013 ausgestattet. Sollte das Angebotsvolumen nicht ausreichen, so behält sich die Gesellschaft vor, Zeichnungen nicht oder nur teilweise anzunehmen.

Altaktionäre

Raik Oliver Heinzelmann, Issum,	(66,66%)
Heinrich Linnemeier, Wadersloh,	(8,00%)
Norbert Eikermann, Köln	(7,33%)
Streubesitz	(18,01%)

Angebotsfrist

01.03.2013 – 01.03.2014

Angebotspreis

Der Angebotspreis für die 37.500 beträgt für Altaktionäre mit Bezugsrecht im Zeitraum 01.03.2013 – 15.03.2013 beträgt EUR 5,50. Der Angebotspreis für junge Aktien ohne Bezugsrecht beträgt im selben Zeitraum EUR 6,00. Nach der Notierungsaufnahme im Freiverkehr der Wertpapierbörse Düsseldorf bestimmt sich der Angebotspreis aufgrund der Regeln von Nachfrage und Angebot.

Mindestzeichnung

Die Mindestzeichnung im Rahmen des Angebots der Stück 37.500 jungen Aktien beträgt 100 Aktien á EUR 6,00 (Mindestzeichnungssumme EUR 600,00). Für Aktionäre mit Bezugsrecht besteht keine Mindestzeichnungssumme. Im Rahmen der Notierung der Aktien im Freiverkehr besteht keine Mindestgröße, es sei denn diese ergibt sich durch das kontoführende Institut des Käufers.

Rücknahme der Zeichnung

Eine Rücknahme der Zeichnung ist innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Eingang des Zeichnungsscheins bei der Gesellschaft in schriftlicher Form möglich.

Angebotsländer

Alle Aktien werden im Rahmen eines öffentlichen Angebots in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Rahmen einer Privatplatzierung (Private Placement) im europäischen Ausland angeboten.

ISIN

DE000A1EWVR2

WKN

A1EWVR

Verwendung des Emissionserlöses

Der Nettoemissionserlös aus dem Angebot der Stück 37.500 Aktien soll in erster Linie für die Erweiterung des Geschäftsbetriebs, Erhöhung des Eigenkapitals, die Erschließung neuer Kunden und Lieferanten sowie die Schaffung neuer Geschäftsfelder verwendet werden.

Einbeziehung in den Handel

Die Gesellschaft beabsichtigt, alle 412.500 Aktien der Gesellschaft am 18.03.2013 zum Handel am Freiverkehr der Wertpapierbörse Düsseldorf zuzulassen.

Gewinnberechtigung

Die angebotenen Wertpapiere sind mit voller Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 2013 versehen.

Die Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde konstitutiv am 04.08.2009 als Advantag GmbH in Issum, Deutschland, auf unbestimmte Zeit mit einem vollständig einbezahlten Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00 unter der Handelsregisternummer des Amtsgerichtes Kleve, HRB 9855, gegründet. Die Geschäftsaufnahme jedweder geschäftlicher Aktivitäten erfolgte ebenfalls im Jahr 2009. Am 4. Februar 2010 wurde das Stammkapital durch Beschluss der Gesellschafterversammlung um EUR 25.000,00 auf EUR 50.000,00 durch Bareinlage erhöht. Die Advantag GmbH befasste sich im Gründungsjahr mit der Beratung von Unternehmen im Bereich Corporate Finance sowie Unternehmensbeteiligungen. Geschäftsführer der Advantag GmbH und alleiniger geschäftsführender Gesellschafter der Advantag GmbH war der jetzige Alleinvorstand und bisherige Alleinaktionär Herr Raik Oliver Heinzelmann. Am 1. April 2010 wurde der konstitutive Beschluss zur Umwandlung der Rechtsform gemäß GmbH Umwandlungsgesetz gefasst, wodurch die neue Gesellschaft Advantag Aktiengesellschaft entstanden ist. Die deklaratorische Eintragung der umgewandelten Gesellschaft erfolgte am 04.08.2010 im Handelsregister Kleve unter der Handelsregisternummer HRB 10452. Gleichzeitig mit der Umwandlung wurde der Sitz der Gesellschaft von Issum nach Geldern verlegt. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit gegründet. Die Advantag Aktiengesellschaft ist eine deutsche Gesellschaft auf Aktien, d. h. sie ist eine juristische Personen und Kapitalgesellschaft. Das Kapital der Gesellschaft wird durch Anteilseigner aufgebracht. Die Advantag Aktiengesellschaft untersteht dem deutschen Aktienrecht. Vorstand der Gesellschaft ist seit Umwandlung Raik Oliver Heinzelmann, der ebenfalls Geschäftsführer der ursprünglichen Advantag GmbH gewesen ist. Vorsitzender des Aufsichtsrats von Beginn an ist Herr Rechtsanwalt Jürgen Becker (Düsseldorf). Stellvertretender Vorsitzender ist Herr Dr. Rolf Breitenstein (Düsseldorf). Weiterhin gehört dem Aufsichtsrat Herr Ralph McQuaye (Meerbusch) an. Das derzeitige Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 375.000,00 und ist eingeteilt in Stück 375.000 auf den Namen lautende Stammaktien mit einem Nennwert von EUR 1,00 pro Aktie.

Geschäftstätigkeit

Das Kerngeschäft der Advantag Aktiengesellschaft ist im Handel von Emissionsrechten an den jeweiligen Börsen sowie außerbörslich (OTC / Over The Counter) angesiedelt. Ein weiterer Geschäftsbereich liegt in der Beratung von Unternehmen im Bereich Corporate Finance und Private Equity.

Strategie

Die Advantag Aktiengesellschaft beabsichtigt den weiteren Ausbau des Kerngeschäfts als Broker und Broker-Dealer von Emissionszertifikaten an den weltweiten Börsen und Märkten. Hierbei beabsichtigt die Gesellschaft den weiteren Auf- und Ausbau ihrer Kundenbeziehungen insbesondere im Hinblick auf die sich seit dem Beginn der III. Handelsperiode des Europäischen Emissionshandels (2013) verändernden Marktbedingungen, welche ein Wachstum des Handels von Emissionsrechten mit sich bringen, da sich die gesetzlichen Zuteilungen verringern. Hierbei beabsichtigt die Gesellschaft, neben den bisherigen Börsenmitgliedschaften noch weitere Marktzugänge aufzubauen.

Verwendung des Emissionserlöses und Kosten der Emission

Der aus diesem Verkauf resultierende Nettoerlös soll zu 100% für den Unternehmensausbau, für

Investitionen in die technische Ausstattung, für den Ausbau der bereits vorhandenen Geschäftsfelder sowie insbesondere für die Schaffung eines neuen Standorts der Gesellschaft durch Akquisition oder Neugründung verwendet werden. Hierdurch soll sowohl die Stärkung der Marktposition am Hauptsitz am Niederrhein als auch die Erschließung weiterer Marktgebiete erreicht werden. Der Bruttoemissionserlös der insgesamt anhand dieses öffentlichen Angebots offerierten Stück 37.500 jungen Aktien beträgt voraussichtlich bis zu EUR 225.000,00 bei einer Vollplatzierung. Die Kosten der Emission betragen voraussichtlich bis zu EUR 18.750,00 bei einer vollständigen Platzierung der Stück 37.500 Stammaktien zum Preis von EUR 6,00 pro Stückaktie. In den Kosten der Platzierung von voraussichtlich ca. EUR 0,50 pro Stückaktie sind alle Kosten für Prospekterstellung, Vertrieb und Marketing sowie anteilige Verwaltungskosten enthalten. Die Altaktionäre der Gesellschaft haben ein Bezugsrecht bis 10.03.2013. In dieser Zeit können die Altaktionäre Aktien zum Preis von EUR 5,50 pro Stammaktie erwerben. Sollten sich die Altaktionäre hierzu entschließen, so würden sich aufgrund der hierbei entfallenden anteiligen Platzierungskosten lediglich Kosten in Höhe von voraussichtlich EUR 9.375,00 ergeben, was EUR 0,25 pro Aktie entspricht. Der Nettoemissionserlös beträgt somit bei einer vollständigen Zeichnung durch Altaktionäre zum Preis von EUR 5,50 abzgl. EUR 0,25 Platzierungskosten pro Aktie EUR 196.875,00. Bei einer vollständigen Zeichnung durch neue Aktionäre beträgt der Nettoemissionserlös EUR 6,00 abzgl. EUR 0,50 pro Aktie, dementsprechend EUR 206.250,00. Aktuell ist nicht bekannt, wie hoch der Anteil der das Bezugsrecht ausübenden Aktionäre sein wird. Die Durchführung der Emission erfolgt durch ein Öffentliches Angebot durch die Gesellschaft selbst sowie durch Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute mit der erforderlichen Erlaubnis zur Anlage- und Abschlussvermittlung von Aktien. Die Wertpapiere sollen nach Ablauf der Zeichnungsfrist (01.03.2013 – 15.03.2013) am 18.03.2013 in den Freiverkehr der Börse Düsseldorf aufgenommen werden. Auf die Nicht-Anwendbarkeit des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes in Bezug auf dieses Angebot wird hingewiesen. Es gibt keine Aufteilung von Tranchen für private und institutionelle Investoren.

Hauptaktionäre sowie Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahe stehenden Personen

Altaktionäre vor und nach Durchführung des Angebots

Die Aktionäre der Gesellschaft vor Durchführung des Angebots sind:

- Raik Oliver Heinzelmann, Issum (66,66% / 250.000 Stammaktien)
- Heinrich Linnemeier, Wadersloh (8,00% / 30.000 Stammaktien)
- Norbert Eikermann, Köln (7,33% / 27.500 Stammaktien)
- Streubesitz (<5%) (18,00% / 67.500 Stammaktien)

Im Falle einer vollständigen Platzierung der Aktienemission von insgesamt Stück 37.500 Aktien und der kompletten Nichtausübung des Bezugsrechts der Altaktionäre sähe die Aktionärsstruktur wie folgt aus:

- Raik Oliver Heinzelmann, Issum (60,61% / 250.000 Stammaktien)
- Heinrich Linnemeier, Wadersloh (7,27% / 30.000 Stammaktien)
- Norbert Eikermann, Köln (6,67% / 27.500 Stammaktien)
- Streubesitz alt (<5%) (16,36% / 67.500 Stammaktien)
- Neue Aktionäre (9,09% / 37.500 Stammaktien)

Nach vollständiger Zeichnung der insgesamt 37.500 Stammaktien würde das Grundkapital der Gesellschaft EUR 412.500,00 betragen, welches in Stück 412.500 Aktien mit einem Nennwert von jeweils EUR 1,00 eingeteilt ist. Eine Vorausschau, ob und wie viele Aktien die Altaktionäre im Rahmen des Bezugsrechts übernehmen, ist nicht möglich.

Wesentliche Rechtsbeziehungen

Advantag ist derzeit nicht von speziellen Kunden oder Lieferanten abhängig. Die Gesellschaft verfügt über mehrere Kunden und Lieferanten. Derzeit unterhält die Gesellschaft mehrere Geschäftsbeziehungen zu Händlern, Broker Dealern sowie Mitgliedschaften an zwei Börsen für Emissionsrechte. Es bestehen zum Zeitpunkt der Prospekterstellung keine Rechtsbeziehungen, die einen besonderen Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft haben. Es gibt jedoch keine Gewähr dafür, dass sich dies in Zukunft generell verhindern lässt.

Wesentliche Risiken

Insbesondere als junges Unternehmen, welches sich noch in der Auf- und Ausbauphase befindet, ist die Gesellschaft einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die einzeln oder in Kombination auftreten und eine Gefährdung des Unternehmens bedeuten können. Eine ausführliche Darstellung der Risiken befindet sich im Anschluss an diese Zusammenfassung. Zukünftige Anleger sollten diese Risiken bei einer Investitionsentscheidung in Aktien der Advantag Aktiengesellschaft stets beachten und mit den weiteren, in diesem Emissionsprospekt enthaltenen Informationen abwägen. Jedes der nachstehenden Risiken kann die Ertrags-, Vermögens- oder Finanzlage der Advantag Aktiengesellschaft nachhaltig beeinflussen und im schlimmsten Fall zum Totalverlust der Investition führen.

Zusammenfassung der Risiken

Neben dem allgemeinen Risiko, das jeder unternehmerischen Tätigkeit inne wohnt, sind dies für die Gesellschaft insbesondere, jedoch nicht ausschließlich folgende Risiken:

- Die Investition in Aktien und somit in Eigenkapital einer Aktiengesellschaft beinhaltet das Insolvenzrisiko und somit das Risiko des Totalverlusts des investierten Betrags.
- Die mögliche Abhängigkeit von wichtigen Kunden und Lieferanten, deren Austausch unter Umständen nur mit größerem Aufwand und Verringerung der Gewinnmarge möglich ist.
- Aufgrund von Betriebsunterbrechungen kann die Ertrags- und Liquiditätslage negativ beeinflusst werden.
- Die Abhängigkeit von der Verfügbarkeit von Emissionsrechten in Europa.
- Die Abhängigkeit von wichtigen Abnehmern von Emissionsrechten oder Börsen, deren Ausfall auf Grund des jeweiligen Anteils am Umsatz negative Auswirkungen auf die geplante Ertragslage und Finanzlage haben könnte.
- Die Abhängigkeit vom Vorstand sowie dem Aufsichtsrat, die den Markt und die Branche seit vielen Jahren kennen und wesentlicher Motor der Entwicklung der Advantag Aktiengesellschaft sowie deren Markterschließung und Markterhaltung sind.
- Vorstandsmitglied Raik Heinzelmann hält auch nach Platzierung der hier beschriebenen Aktien mehr als 50% der Aktien der Gesellschaft und kann somit alleine Beschlüsse im Rahmen der Hauptversammlungen herbeiführen.
- Die Möglichkeit von nicht oder nicht ausreichend versicherten Lieferantenausfällen.
- Die Möglichkeit von nicht oder nicht ausreichend versicherten Kreditausfallrisiken.
- Die Möglichkeit der Verstärkung der Wettbewerbssituation.
- Das noch nicht vollständig eingerichtete interne Kontrollsystem, das auf Grund der Größe und dem Alter der Gesellschaft erst im Aufbau befindlich ist.

- Aufgrund der relativ kurzen Unternehmenshistorie der Gesellschaft erst seit wenigen Jahren vorhandene historische Finanzdaten, welche langfristige Entwicklungen schwer erkennen lassen.
- Die Altaktionäre unterliegen keinen Verkaufsbeschränkungen und können daher ihre Aktienbestände grundsätzlich jederzeit veräußern, was im Falle einer Börsennotierung negative Auswirkungen auf den Kurs der Aktie haben könnte.
- Da derzeit kein öffentlicher Markt für die Aktien existiert, ist es möglich, dass der Platzierungspreis möglicherweise nicht dem Kurs entspricht, der nach einer möglichen Notierungsaufnahme an einer Börse, außerbörslich oder einem Freiverkehr erzielt werden kann.
- Eine steuerliche Prüfung hat noch nicht stattgefunden. Hieraus könnten sich Eventualverbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt ergeben.

Ausgewählte Finanzdaten

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft entspricht dem Kalenderjahr und beginnt somit mit dem 01.01. eines jeden Jahres und endet am 31.12. eines jeden Kalenderjahres. Die hier abgebildeten Zahlen entstammen den geprüften Jahresabschlüssen der Geschäftsjahre 2009, 2010 und 2011. Per 01.04.2010 wurde die Advantag GmbH nach Erhöhung des Grundkapitals durch Rechtsformwechsel in die Advantag AG umfirmiert.

A K T I V A

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	8.450,00	8.450,00	0,00
<u>Anlagevermögen</u>			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	8.598,00
- Sachanlagen	15.110,00	28.361,00	22.176,00
- Finanzanlagen	0,00	0,00	500,00
<u>Umlaufvermögen</u>			
- Vorräte	0,00	12.028,00	50.000,00
- Ford. & sons. Vermögensgegenstände	11.476,63	9.558,02	67.448,88
- Kasse & Guthaben bei KI	33.890,21	1.238.407,29	161.521,05
Rechnungsabgrenzungsposten	123,00	1.533,00	4.370,00
SUMME AKTIVA	69.049,84	1.289.887,31	314.613,93

PASSIVA

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
<u>Eigenkapital</u>	<u>25.008,53</u>	<u>53.944,53</u>	<u>56.819,36</u>
- Gezeichnetes Kapital	25.000,00	50.000,00	50.000,00
- Ausstehende Einlagen	-8.450,00	-8.450,00	0,00
- Gewinnvortrag	0,00	8,53	3.944,53
- Jahresüberschuss-/fehlbetrag	8,53	3.936,00	2.874,83
Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0,00	0,00	157.200,00
Rückstellungen	2.211,00	1.235.971,00	46.553,00
Verbindlichkeiten	41.830,31	8.421,78	54.041,57
SUMME PASSIVA	69.049,84	1.289.887,31	314.613,93

Die hier abgebildeten Zahlen entstammen den geprüften Jahresabschlüssen der Advantag Aktiengesellschaft. Per 01.04.2010 wurde die Advantag GmbH nach Erhöhung des Grundkapitals durch Rechtsformwechsel in die Advantag AG umfirmiert.

GEWINN- & VERLUSTRECHNUNG

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
Erlöse	73.566,51	30.393.847,23	2.407.278,12
Materialaufwand	-43.993,80	-30.177.909,34	2.264.354,50
Rohertrag	29.572,71	215.937,89	142.923,62
Personalaufwand und Provisionen	-19.950,00	-48.244,07	-93.563,12
Abschreibungen	-1.910,00	-10.741,62	-13.923,05
Sonst. Betriebliche Aufwendungen	-7.693,02	-160.312,73	-68.872,36
Zinserträge/-aufwendungen	0,00	9.360,77	1.770,78
Steuern	-11,00	-2.064,24	-1.927,15
ERGEBNIS	8,53	3.936,00	2.874,83

Risikofaktoren

Interessenten und potentielle Investoren sollten vor einer Entscheidung über den Kauf von Aktien auf Grund dieses Prospekts zusätzlich zu den übrigen in diesem Prospekt enthaltenen Informationen die nachfolgenden spezifischen Risikofaktoren sorgfältig lesen und eingehend prüfen. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft könnte durch jedes dieser Risiken wesentlich nachteilig beeinflusst werden. Ein etwaiger zukünftiger Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft könnte auf Grund jedes dieser Risiken fallen, und Anleger könnten ihre Anlage ganz oder teilweise verlieren. Die hier gewählte Reihenfolge stellt keinerlei Aussage über die Wahrscheinlichkeit des Eintritts der nachfolgend genannten Risikofaktoren oder das Ausmaß potenzieller Beeinträchtigungen des Geschäfts der Gesellschaft dar. Die genannten Risiken können sich einzeln oder kumulativ verwirklichen. Weitere Risiken sind der Gesellschaft derzeit nicht bekannt oder werden gemäß Einschätzung des Vorstands nicht als wesentlich erachtet. Zukünftige Risiken, die hier nicht aufgeführt sind, könnten jedoch ebenfalls negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, welche bis zum Totalverlust des investierten Kapitals führen können.

Unternehmensbezogene Risiken

Insolvenzrisiko

Jede Investition in Aktien oder Anteile von Unternehmen ist potentiell dem Risiko der Insolvenz der Gesellschaft unterworfen. Im Falle einer Insolvenz der Advantag Aktiengesellschaft würde dies trotz der Beteiligung der Aktionäre am Liquidationserlös unter negativsten Umständen zu einem Totalverlust für die Aktionäre führen, da vorrangig Forderungen von Fremdkapitalgebern befriedigt werden würden.

Risiken aus unternehmerischer Tätigkeit

Die Risiken aus unternehmerischer Tätigkeit werden durch den Vorstand ständig überprüft, bewertet und, soweit möglich und unternehmerisch sinnvoll, auf Dritte verlagert oder so weit wie möglich minimiert. In Zukunft sollen daher speziell Risiken größerer Geschäfte mit neuen Geschäftspartnern durch den Abschluss von Kreditversicherungen abgedeckt werden. Es gibt jedoch keine Gewähr dafür, dass die erforderlichen Verträge in absehbarer Zeit abgeschlossen werden und dass immer alle Kunden von diesen Versicherungen abgedeckt werden.

Risiken aufgrund der jungen Unternehmenshistorie

Die Gesellschaft ist noch relativ jung, sie ist erst seit dem Geschäftsjahr 2009 geschäftlich aktiv. Da erst seit diesem Zeitpunkt ausführliche historische Finanzinformationen des Geschäftsmodells vorliegen, ist ein langfristiger Vergleich von Vorjahreszeiträumen nicht möglich, eine Tendenz der Unternehmensentwicklung daher lediglich mit Einschränkungen erkennbar. Somit ist für Investoren eine wirtschaftliche Bewertung der Gesellschaft nur aufgrund dieser wenigen Jahre möglich. Die hierdurch bestehenden Risiken können erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risiken aus Betriebsunterbrechung

Die Advantag Aktiengesellschaft hat derzeit Mitgliedschaften an diversen Börsen und elektronische Zugänge zu diesen Handelsplätzen durch feste Datenverbindungen. Eine Unterbrechung dieser Leitungen aufgrund von internen oder externen Einflüssen könnte zu Schäden oder Folgeschäden führen, die auch durch eine geplante Betriebsunterbrechungsversicherung nicht abgedeckt werden. Das Gleiche könnte u. U. auch passieren, wenn Computer oder Rechensysteme ausfallen und über mehrere Tage keine Ersatzmöglichkeiten beschafft werden können. Ebenfalls könnte das Register der Deutschen Emissionshandelsstelle nicht verfügbar sein, was zu Verzögerungen bei der Übertragung von Zertifikaten führen könnte. Weiterhin könnten von Behördenseite Ermittlungen durchgeführt werden, die zur Betriebsunterbrechung führen und dadurch Umsatz- und Ertragsverlust verursachen. Der Verlust der Kunden oder Lieferanten durch jedwede Betriebsunterbrechung könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben.

Abhängigkeit von wichtigen Kunden und Lieferanten

Die Gesellschaft verfügt über mehrere industrielle Kunden und Lieferanten, welche Emissionszertifikate verkaufen oder kaufen. Ein Ausfall von einem oder mehreren Lieferanten könnte negative Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft haben. Insbesondere hat die Gesellschaft unter Umständen erhebliche finanzielle Anstrengungen durch Marketingmaßnahmen zu unternehmen, um neue Lieferanten zu akquirieren, was zu negativen Auswirkungen auf die Umsatz- und Ertragslage der Gesellschaft führen könnte.

Abhängigkeit von Zulassungen

Die Gesellschaft verfügt unter anderem über die Börsenzulassung an der niederländischen Climex/APX sowie der Greenmarket Exchange der Bayerischen Börse zu München. Weitere Börsenmitgliedschaften sind in Vorbereitung. Ein Verlust einer oder mehrerer Genehmigung könnte eine Umstrukturierung oder damit verbundene Verringerung der Handelsmargen nach sich ziehen. Dies könnte voraussichtlich erhebliche negative Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Abhängigkeit von wichtigen Marktplätzen und Händlern

Advantag ist als Käufer, Lieferant und Broker von Emissionszertifikaten davon abhängig, dass es auch in Zukunft Marktplätze, Märkte und Börsen für diese Emissionsrechte gibt und die Gesellschaft Geschäftsbeziehungen oder Mitgliedschaften zu diesen unterhält sowie dass diese auch über eine entsprechende Bonität verfügen. Auch wenn es aufgrund der derzeit und seit 2005 bestehenden Börsen, Märkte und Händler unwahrscheinlich ist, dass diese ausfallen, besteht im Negativfall jedoch die Möglichkeit, dass hierdurch erhebliche negative Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft resultieren.

Abhängigkeit von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Erfolg der Gesellschaft wird maßgeblich von Urteilsfähigkeit, Fachkompetenz, Marktkenntnis, Verhandlungsgeschick und Führungsqualität des Vorstands abhängen. Herr Heinzelmann hat die Gesellschaft, deren Kunden- und Lieferantenkreis sowie das Geschäftsmodell entscheidend geprägt. Dies gilt umso mehr als es auf Grund der Größe und Struktur der Gesellschaft nur einen befugten Mitarbeiter gibt, der bei einem ungeplanten Ausfall von Herrn Heinzelmann kurzfristig dessen Aufgaben ganz oder

teilweise übernehmen könnten. Ein Verlust insbesondere des Vorstandsmitglieds könnte sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Beherrschung der Gesellschaft

Nach Platzierung der Aktien aus der Kapitalerhöhung ist es weiterhin der Fall, dass der Gründer Raik Heinzelmann weiterhin mehr als 50 % der Aktien besitzt. Ohne dessen Stimmen können somit keine Beschlüsse in der Hauptversammlung herbeigeführt werden.

Risiken auf Grund von Wechselkursschwankungen und Schwankungen der Börsenpreise

Als international tätiges Unternehmen kann die Advantag Aktiengesellschaft in Zukunft Wechselkursschwankungen ausgesetzt sein. Wechselkursschwankungen z. B. zwischen dem Euro und dem US-Dollar können das Betriebsergebnis der Advantag Aktiengesellschaft beeinflussen. Eine Abwertung einer Währung kann dazu führen, dass die Gewinnmarge der Gesellschaft negativ beeinflusst wird. Dies trifft ebenfalls auf die Emissionsreduktionszertifikate zu, deren Wert ebenfalls börsentäglichen Schwankungen an z.B. der ECX London, der Climex Amsterdam, der Greenmarket Exchange München, der EXAA Wien oder der Bluenext Paris unterliegen. Dies könnte erhebliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

Fehlendes internes Kontrollsystem

Auf Grund der bisher geringen Größe der Gesellschaft war in der Vergangenheit ein internes Kontrollsystem nicht in dem Maße erforderlich, wie dies z. B. von einem börsennotierten Unternehmen erwartet wird. Die Gesellschaft bemüht sich derzeit um den weiteren Auf- und Ausbau seines internen Kontrollsystems. Dieser Prozess wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen. Noch kann jedoch nicht zugesichert werden, dass auf absehbare Zeit immer alle internen Prozesse im erforderlichen Maße überwacht werden. Hierdurch kann es unter Umständen zu Fehlern kommen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben könnten.

Markt- und Branchenbezogene Risiken

Marktrisiko

Die Gesellschaft ist im Kerngeschäft im Segment des Handels und des Brokerage von Emissionszertifikaten tätig. Die Hauptprodukte der Gesellschaft sind somit Europäische Verschmutzungsrechte (EUA; European Allowances), Zertifizierte Emissionsreduktionseinheiten (CER; Certified Emission Reductions) sowie Emissionsreduktionseinheiten (ERU; Emission Reduction Units). Es ist nicht auszuschließen, dass es bereits existenten Mitbewerbern oder neu gegründeten Unternehmen gelingt, ähnliche Dienstleistungen zu offerieren und bessere Preise für die Lieferanten und/oder Kunden anzubieten. Dies hätte unter Umständen einen erheblich negativen Einfluss auf die Ertrags- und Vermögenslage der Gesellschaft.

Abhängigkeit von qualifizierten Führungskräften und Mitarbeitern

Als kleines Unternehmen ist die Advantag Aktiengesellschaft in erheblichem Umfang vom Know-how und der Integrität ihrer Führungskräfte abhängig. Dies gilt insbesondere für den Vorstand. Der Verlust von Führungskräften und Mitarbeitern in Schlüsselpositionen bzw. die Besetzung von Schlüsselpositionen mit

ungeeignetem Personal kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft erheblich beeinträchtigen. Insbesondere die Tatsache, dass der Vorstand Wissensgeber der Gesellschaft ist, verstärkt dieses Risiko im besonderen Maße.

Risiken aus der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen

Die Wettbewerbsfähigkeit der Advantag Aktiengesellschaft hängt des Weiteren von ihrer Fähigkeit ab, ihre Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu schützen. Advantag hat zum Schutz ihrer Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse gegenwärtig übliche Vertraulichkeitsvereinbarungen mit Arbeitnehmern, Beratern, und Wirtschaftsprüfern abgeschlossen. Jedoch besteht ein gewisses Risiko, dass entgegen dieser Vereinbarungen Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse ohne die Zustimmung der Gesellschaft weitergegeben oder offen gelegt werden. Zudem können derartige Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse Wettbewerbern unabhängig bekannt werden oder unabhängig entdeckt werden. Dies wiederum könnte den Wettbewerb verstärken und sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken.

Risiken aufgrund von Produkthaftungsansprüchen

Speziell im Bereich des Handels von Zertifizierten Emissionsreduktionseinheiten (CER), welche aus sogenannten CDM-Projekten (Clean Development Management) stammen, sind nicht alle zum Börsenhandel und zur Erfüllung der Verpflichtung zur Abgabe der Anlagenbetreiber zugelassen. Sollte das interne Risikomanagement nicht zugelassene Zertifikate erwerben und diese nicht wieder verlustfrei veräußern können, so kann dies erheblich negative Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- oder Ertragslage der Gesellschaft haben.

Nicht versicherte / nicht versicherbare Risiken

Es können unter Umständen im Beratungsbereich oder im Bereich des Handels von Emissionszertifikaten Risiken in Bezug auf die Beraterhaftung existieren als auch Risiken bei der falschen Eingabe von Orders in das Handelssystem. Ebenfalls könnten Lieferanten ihren Vertrag nicht erfüllen und die Gesellschaft wäre verpflichtet, die Zertifikate von einem anderen Lieferanten zur Erfüllung ihrer Handelsverpflichtung zu erwerben. Weiterhin besteht ein entsprechendes Kreditausfallrisiko durch nicht erfolgte Zahlung von Käufern von Zertifikaten. Dies kann erheblich negative Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- oder Ertragslage der Gesellschaft haben.

Rechtliche und steuerliche Risiken

Steuerliche Risiken

Die Gesellschaft hatte bisher noch keine Betriebsprüfung. Durch die bisherige Geschäftstätigkeit hat die Gesellschaft nur in sehr geringem Umfang Steuern gezahlt. Sollten die von der Gesellschaft ermittelten Vorauszahlungen nicht oder nicht in der errechneten Höhe von der Finanzverwaltung akzeptiert werden, könnte dies nach Ansicht der Gesellschaft gegebenenfalls zu niedrigeren Verlusten und höheren Steuerverpflichtungen der Gesellschaft führen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens- Finanz- und Ertragslage insbesondere im Jahr der entsprechenden Betriebsprüfung haben könnten.

Risiken aus der jungen Unternehmensgeschichte

Die Gesellschaft kann bisher auf eine lediglich kurze Unternehmensgeschichte und erst zweijährige historische Entwicklungen des Unternehmens zurückgreifen. Es kann weiterhin nicht sichergestellt werden, dass die neu geschaffenen Entscheidungswege gerade in der Anfangs- und Festigungsphase völlig reibungslos funktionieren. Die Gesellschaft kann ebenfalls nicht sicherstellen, dass es nicht in Einzelfällen zu Verzögerungen von Entscheidungen kommt, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben könnten. Ebenfalls kann nicht ausgeschlossen werden, dass das entwickelte Geschäftskonzept entscheidend vom Businessplan des Managements abweicht und/oder auf Realisierungshemmnisse stößt, die derzeit nicht absehbar sind und negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risiken aus der Kapitalerhöhung

Die zu platzierenden Aktien stammen aus einer Kapitalerhöhung, die von der Gesellschaft zwar bereits beschlossen, jedoch ohne Übernahmegarantie eines Konsortiums abgewickelt wird. Es kann nicht garantiert werden, dass die erforderlichen finanziellen Mittel, die durch diese Emission eingeworben werden sollen, zu den geplanten Zeitpunkten zur Verfügung stehen oder dass die Emission überhaupt mit dem geplanten Gesamtvolumen platziert wird. Die Realisierung des Geschäftskonzepts der Gesellschaft sieht den geplanten Kapitalbedarf vor, um die entsprechenden Investitionen treffen zu können. Sollte die Kapitalmaßnahme nur in geringem Maße gezeichnet werden und in diesem Fall kein weiterer Kapitalgeber gefunden werden, der die benötigten finanziellen Mittel investiert, ist eine Realisierung der Unternehmensstrategie nicht oder nicht im geplanten Zeitrahmen möglich. Dies könnte erhebliche, negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Risiken in Zusammenhang mit den angebotenen Wertpapieren

Gewinnverwendung/Thesaurierung

Die künftige Zahlung von Dividenden an die Aktionäre der Advantag Aktiengesellschaft ist von mehreren Faktoren abhängig. Hierzu zählen die unternehmenspolitische Ausrichtung und die Entwicklung der Branche ebenso wie gesamtwirtschaftliche Entwicklungen. Des Weiteren kann die Stimmenmehrheit der Aktionäre eine Thesaurierung der Gewinne beschließen. Es kann somit für die Zukunft nicht gewährleistet werden, dass die Gesellschaft Dividenden an ihre Aktionäre ausschüttet.

Risiken aus der Veräußerung von Aktien

Die Altaktionäre unterliegen keinerlei Verkaufsbeschränkungen und können grundsätzlich jederzeit ihre Aktienbestände ganz oder teilweise veräußern. Im Falle einer Börsennotierung oder sonstigen Handelsnotierung der Gesellschaft können sich Veräußerungen von größeren Aktienpositionen an der Gesellschaft oder Gerüchte bezüglich solcher Veräußerungen negativ auf den dann eventuell bestehenden Aktienkurs der Gesellschaft auswirken.

Fehlen eines öffentlichen Marktes

Für die Aktien der Advantag Aktiengesellschaft besteht derzeit kein öffentlicher Markt. Der Platzierungspreis wurde von der Gesellschaft festgelegt. Er entspricht möglicherweise nicht dem Kurs, zu dem die Aktien der Gesellschaft nach einer geplanten Notierung an den Wertpapierbörsen bzw. Handelsplätzen gehandelt werden. Der Preis der Advantag – Aktien wird sich dort ausschließlich nach

Angebot und Nachfrage am jeweiligen Markt richten. Da insgesamt nur max. 25.000 Aktien (33,3%) breit gestreut platziert werden und es bisher keinen Streubesitz gibt, kann nicht sichergestellt werden, dass sich ein aktiver Handel in den Aktien der Gesellschaft entwickelt. Es ist geplant, nach Abschluss dieser Kapitalerhöhung einen Aktiensplit aufgrund der Umwandlung von Kapitalrücklagen durchzuführen, was die Aktienanzahl erhöht, jedoch nicht die prozentuale Verteilung des Free Floats verändert. Die entsprechenden Kurse können deshalb ebenfalls von Zufälligkeiten abhängen. Sollten einer oder mehrere Großaktionäre oder Inhaber größerer Aktienpakete sich dazu entschließen, ihre Aktien über den Markt zu veräußern, könnte dies erhebliche negative Auswirkungen auf die Kursentwicklung der Advantag - Aktie haben. Änderungen der Ertrags- und Finanzdaten der Gesellschaft und/oder ihrer Konkurrenten, Managementfehler sowie Änderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Branchenentwicklung, der Gesamtwirtschaft und der Finanzmärkte können erhebliche Kursschwankungen der Aktien hervorrufen und die Handelbarkeit beeinträchtigen. Generell haben Wertpapiermärkte in den vergangenen Jahren erhebliche Kurs- und Umsatzenschwankungen erfahren. Derartige Schwankungen können sich auch in Zukunft ungeachtet der Betriebsergebnisse oder der Finanzlage der Gesellschaft auf den Kurs der notierten Aktien vor- und nachteilig auswirken. Zu den speziellen Risiken einer Aktienanlage gehört u.a. das unternehmerische Risiko, da der Aktionär Eigenkapitalgeber und damit Mitinhaber der Aktiengesellschaft ist. Im Falle der Insolvenz treten seine Ansprüche hinter die aller anderen Gläubiger des Unternehmens zurück. Da die Börseneinführung bzw. die Handelseinführung bei Valora bisher noch nicht durchgeführt ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese niemals stattfindet. Bei einem nicht börsennotierten Unternehmen kann es schwierig oder sogar unmöglich sein, diese Aktien wieder zu einem höheren als dem Kaufpreis zu veräußern. Es ist aufgrund eines fehlenden Marktes möglich, dass selbst ein Verkauf zu einem niedrigeren Preis als dem Kaufpreis nicht möglich ist.

Allgemeine Informationen

Verantwortlichkeit für den Prospektinhalt

Die Advantag Aktiengesellschaft, Geldern, Niederrhein (Deutschland), im Folgenden auch „Advantag“, „Gesellschaft“, „Emittent/in“, oder „Anbieter/in“ genannt, übernimmt die Verantwortung für den Inhalt dieser Zusammenfassung sowie dieses Emissionsprospekts und erklärt, dass ihres Wissens nach die Angaben in diesem Prospekt sowie in dieser Zusammenfassung richtig sind und keine wesentliche Umstände ausgelassen wurden. Für den Fall, dass vor Gericht Ansprüche aufgrund der in dem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, könnte der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben.

Abschlussprüfer

Der Jahresabschluss sowie die Eigenkapitalveränderungs- und Kapitalflussrechnungen der Gesellschaft zum Ende der Geschäftsjahre 2009, 2010 und 2011 wurde von dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen Michael Thijssen Pöhls Stefaniak KG, Monrestraße 58, 47546 Kalkar, geprüft und bescheinigt. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Mitglied in folgenden Berufsvereinigungen: WPK (Wirtschaftsprüferkammer), IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer), der Steuerberaterkammer und dem Steuerberaterverband. Im Rahmen der Prüfungshandlungen wurden sowohl die Advantag GmbH (bis 31.03.2010) als auch die Rechtsnachfolgerin Advantag AG geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen. Die Jahresabschlüsse entsprechen dem deutschen HGB.

Informationen zu Branchen-, Markt- und Kundendaten

Partiell enthält dieser Prospekt Angaben zu Branchen-, Markt- und Kundendaten sowie Berechnungen, die aus Branchenberichten, Marktforschungsberichten, öffentlich erhältlichen oder zugänglichen Informationen und kommerziellen Veröffentlichungen oder Studien entnommen sind. Derartige kommerzielle Veröffentlichungen geben üblicherweise an, dass die Informationen, die sie enthalten, aus Quellen stammen, von denen man annimmt, dass sie verlässlich sind, dass jedoch die Genauigkeit und Vollständigkeit solcher Informationen nicht garantiert wird und die darin enthaltenen Berechnungen auf einer Reihe von Annahmen beruhen. Externe Daten wurden durch die Gesellschaft nicht auf ihre Richtigkeit überprüft. Zu beachten ist insbesondere, dass in Bezug auf Angaben zu Märkten und Marktentwicklungen neben externen Daten auch auf von der Gesellschaft ermittelte oder geschätzte Daten zurückgegriffen wurde. Solche Internen Daten spiegeln nur die Auffassung der Gesellschaft wider und unterliegen daher Risiken und Unsicherheiten.

Rundungen

Im Rahmen der Darstellung des Prospektes sind bei Prozentangaben und der Darstellung der Finanzaufstellungen Rundungen vorgenommen worden. Dies kann dazu führen, dass Prozentangaben, Zwischensummen und Summen in Tabellen in diesem Prospekt bei ihrer Addition nicht immer die exakte Summe der einzelnen Posten darstellen.

Ausgewählte Finanzinformationen

A K T I V A

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	8.450,00	8.450,00	0,00
<u>Anlagevermögen</u>			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	8.598,00
- Sachanlagen	15.110,00	28.361,00	22.176,00
- Finanzanlagen	0,00	0,00	500,00
<u>Umlaufvermögen</u>			
- Vorräte	0,00	12.028,00	50.000,00
- Ford. & sons. Vermögensgegenstände	11.476,63	9.558,02	67.448,88
- Kasse & Guthaben bei KI	33.890,21	1.238.407,29	161.521,05
Rechnungsabgrenzungsposten	123,00	1.533,00	4.370,00
SUMME AKTIVA	69.049,84	1.289.887,31	314.613,93

P A S S I V A

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
<u>Eigenkapital</u>	<u>25.008,53</u>	<u>53.944,53</u>	<u>56.819,36</u>
- Gezeichnetes Kapital	25.000,00	50.000,00	50.000,00
- Ausstehende Einlagen	-8.450,00	-8.450,00	0,00
- Gewinnvortrag	0,00	8,53	3.944,53
- Jahresüberschuss-/fehlbetrag	8,53	3.936,00	2.874,83
Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0,00	0,00	157.200,00
Rückstellungen	2.211,00	1.235.971,00	46.553,00
Verbindlichkeiten	41.830,31	8.421,78	54.041,57
SUMME PASSIVA	69.049,84	1.289.887,31	314.613,93

Die hier abgebildeten Zahlen entstammen den geprüften Jahresabschlüssen der Advantag Aktiengesellschaft. Per 01.04.2010 wurde die Advantag GmbH nach Erhöhung des Grundkapitals durch Rechtsformwechsel in die Advantag AG umfirmiert.

GEWINN- & VERLUSTRECHNUNG

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
Erlöse	73.566,51	30.393.847,23	2.407.278,12
Materialaufwand	-43.993,80	-30.177.909,34	2.264.354,50
Rohhertrag	29.572,71	215.937,89	142.923,62
Personalaufwand und Provisionen	-19.950,00	-48.244,07	-93.563,12
Abschreibungen	-1.910,00	-10.741,62	-13.923,05
Sonst. Betriebliche Aufwendungen	-7.693,02	-160.312,73	-68.872,36
Zinserträge/-aufwendungen	0,00	9.360,77	1.770,78
Steuern	-11,00	-2.064,24	-1.927,15
ERGEBNIS	8,53	3.936,00	2.874,83

Geschäftskapital, Kapitalisierung und Verschuldung

Erklärung zum Geschäftskapital

Die Gesellschaft geht davon aus, dass aufgrund des Mittelzuflusses durch den Cashflow der allgemeinen Geschäftstätigkeit sowie die Mittel aus der Kapitalerhöhung im Zuge der Platzierung der Finanzierungsbedarf zumindest bis zum Ende des Geschäftsjahres 2014 gedeckt ist und sich sämtliche geplanten Investitionen mit der zufließenden Liquidität decken lassen. Ohne die Zuflüsse der Mittel dieser Kapitalerhöhung wäre es der Gesellschaft nur durch die Hinzunahme von Fremdkapital (z.B. Darlehen) oder die Thesaurierung der Jahresgewinne möglich, ihre geplanten Investitionen sowie ihre Wachstumsfinanzierung in dem von der Gesellschaft vorgesehenen Zeitrahmen durchzuführen. Die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs sowie eines Teils der vom Vorstand geplanten Investitionen ist allein durch den Mittelzufluss des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit möglich. Die zeitnahe Erweiterung des Geschäftsbetriebs durch die Schaffung weiterer Börsenplätze, Geschäftsbereiche und Marketingaktionen ist jedoch lediglich durch den Mittelzufluss der Emission möglich. Ohne die finanziellen Mittel der Emission ist die Schaffung weiterer Unternehmensbereiche und Produkte nur anhand von Fremdkapital oder durch erhebliche, zeitliche Verzögerung in dem vom Vorstand geplanten Umfang möglich. Eine Verzögerung des Mittelzuflusses dieser Kapitalerhöhung hätte somit unter Umständen eine verzögernde Wirkung in Bezug auf die Umsetzung der geplanten Investitionen sowie die Realisierung des geplanten wirtschaftlichen Erfolgs.

Kapitalisierung und Verschuldung per 30.11.2012

(in EUR)	30.11.2012 Ungeprüft
Kurzfristige Verbindlichkeiten:	46.484,66
- garantiert	0,00
- gesichert	0,00
- nicht garantiert / nicht gesichert	46.484,66
Nicht kurzfristige Verbindlichkeiten	0,00
(Mit Ausnahme des kurzfristigen Teils der langfristigen Finanzverbindlichkeiten)	0,00
- garantiert	0,00
- gesichert	0,00
- nicht garantiert / nicht gesichert	0,00
Reinvermögen der Gesellschafter:	321.050,00
- Gezeichnetes Kapital	67.638,00
- Kapitalrücklage (gesetzlich)	0,00
- Sonstige Rücklagen	253.412,00
Total:	367.534,66

(in EUR)	30.11.2012 Ungeprüft
A: Bargeld	129.769,01
B: Sonstige Barpositionen / Geldmarktpapiere	0,00
C: Wertpapierumlauf	69.029,72
D: Liquidität (A) + (B) + (C)	198.798,73
E: Kurzfristige Forderungen	51.430,83
F: Kurzfristige Bankverbindlichkeiten	0,00
G: Kurzfristiger Teil nicht kurzfristiger Verbindlichkeiten	0,00
H: Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	46.484,66
I: Kurzfristige Verbindlichkeiten (F) + (G) + (H)	46.484,66
J: Laufende Verschuldung (netto) = (I) - (E) - (D)	-203.744,90
K: Nicht kurzfristige Bankdarlehen	0,00
L: Ausgegebene Schuldverschreibungen	0,00
M: Sonstige nicht kurzfristige Darlehen	0,00
N: Nicht kurzfristige Verschuldung (K) + (L) + (M)	0,00
Verschuldung (netto) = (J) + (N)	-203.744,90

Einzelheiten zur Kapitalisierung und zur Verschuldung ergeben sich aus dem Kapitel „Angaben zur Geschäfts- und Finanzlage“.

Informationen über die Advantag Aktiengesellschaft

Name, Sitz und Rechtsform der Gesellschaft

Die Advantag Aktiengesellschaft ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht.

Die Firma des emittierenden Unternehmens sowie deren eingetragener Sitz lautet:

Advantag Aktiengesellschaft
Glockengasse 5
47608 Geldern
Deutschland

Fon: +49(0)2831.1348220

Fax: +49(0)2831.1348221

Ort der Registrierung

Die Emittentin ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Kleve unter der Handelsregisternummer HRB 10452.

Gründung der Gesellschaft und Historie

Die Gesellschaft wurde konstitutiv am 04.08.2009 als Advantag GmbH mit Sitz in Issum, Deutschland, auf unbestimmte Zeit mit einem Stammkapital in Höhe von EUR 25.000,00 unter der Handelsregisternummer Duisburg, HRB 9855, gegründet. Die Geschäftsaufnahme jedweder geschäftlicher Aktivitäten erfolgte im September des Rumpfgeschäftsjahres 2009. Am 4. Februar 2010 wurde das Stammkapital durch Beschluss der Gesellschafterversammlung um EUR 25.000,00 auf EUR 50.000,00 durch Bareinlage erhöht. Die Advantag GmbH betrie bis zu diesem Zeitpunkt Unternehmen im Bereich Corporate Finance und unterhielt eine Beteiligung an einem Rohstoffhandelsunternehmen. Um das Kerngeschäftsfeld der Advantag wahrnehmen zu können und den Eigenkapitalvorschriften der Börsen Rechnung zu tragen, wurde diese Kapitalerhöhung durchgeführt. Am 01.04.2010 fasste die Gesellschafterversammlung der Advantag GmbH den notariell beglaubigten Beschluss, die Umwandlung der Rechtsform der Advantag GmbH im Zuge des Rechtsformwechsels gemäß Umwandlungsgesetz in die Advantag AG durchzuführen. Die deklaratorische Eintragung der Durchführung dieses Beschlusses erfolgte am 04.08.2010. Die Advantag AG hat die Handelsregisternummer 10452 bei dem Amtsgericht Kleve. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit gegründet. Die Advantag Aktiengesellschaft ist eine deutsche Gesellschaft auf Aktien, d. h. sie ist eine juristische Personen und Kapitalgesellschaft. Das Kapital der Gesellschaft wird durch Anteilseigner aufgebracht. Die Advantag Aktiengesellschaft untersteht dem deutschen Aktienrecht. Vorstand der Gesellschaft ist seit Umwandlung Herr Raik Oliver Heinzelmann, der ebenfalls alleiniger und einziger bisheriger Geschäftsführer der ursprünglichen Advantag GmbH gewesen ist. Vorsitzender des Aufsichtsrats von Beginn an ist der Düsseldorfer Rechtsanwalt, Herr Jürgen Becker. Stellvertretender Vorsitzender ist der Düsseldorfer Unternehmer Herr Dr. Rolf Breitenstein. Weiterhin gehört dem Aufsichtsrat der Meerbuscher Unternehmer, Herr Ralph Mc Quaye, an. Das derzeitige Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 375.000,00 und ist eingeteilt in Stück 375.000 auf den Namen lautende Stammaktien mit einem Nennwert von EUR 1,00 pro Aktie. Seit dem 15.08.2011 unterhält die Gesellschaft eine Niederlassung in Düsseldorf, die Anschrift lautet Speditionstraße 21, 40221 Düsseldorf.

Investitionen

Die Gesellschaft hat in den Jahren 2009 bis 2012 eine Vielzahl von Investitionen getätigt. Hierzu zählen technische Ausstattung der Gesellschaft mit Computern und sonstiger Büro- und Geschäftsausstattung sowie ein PKW. Hier ein Überblick über die wichtigsten, in dieser Zeit getätigten Investitionen der Gesellschaft:

Verwendungszweck	2009	2010	2011
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16,8 TEUR	42,1 TEUR	16,8
Finanzanlagen	0,0 TEUR	55,0 TEUR	0,00
Total	16,8 TEUR	97,1 TEUR	16,8

Die Planung der Gesellschaft im Falle einer vollständigen Platzierung dieser Emission sieht im kommenden Jahr wie folgt aus:

Laufende Investitionen

Verwendungszweck (2012/2013):	Betrag in EUR
Weitere Betriebs- und Geschäftsausstattung	25,0 TEUR
Finanzanlagen	100,0 TEUR
Total	125.000,00

Die laufenden Investitionen wurden bereits unabhängig von der Kapitalerhöhung begonnen.

Geplante Investitionen Geschäftsjahre 2013/2014

Verwendungszweck (2013/2014):	Betrag in EUR
Gründung einer Gesellschaft zur Emission geschlossener Fonds	50.000,00
Erweiterung Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.000,00
Total	100.000,00

Die bisherigen und laufenden Investitionen wurden und werden am Hauptsitz der Gesellschaft in Geldern am Niederrhein getätigt. Die zukünftigen Investitionen werden ebenfalls am Hauptsitz der Gesellschaft getätigt. Investitionen in weitere Regionen sind derzeit nicht beabsichtigt. Die bisherigen und laufenden Investitionen wurden und werden großteils durch Eigenkapital finanziert. Auch in Zukunft ist eine entsprechend Eigenkapitalbasierende Investitionsplanung vorgesehen. Die geplanten Investitionen für die Geschäftsjahre 2013/2014 wurden noch nicht durch die Organe fest beschlossen, da hierfür erst die entsprechende Liquidität als Voraussetzung sowohl durch das operative Ergebnis als auch durch die Aktienemission geschaffen werden muss.

Geleaste Vermögensgegenstände

Derzeit hat die Gesellschaft keine Leasingverträge abgeschlossen. Neue Leasingverträge sind auch derzeit nicht geplant.

Dingliche Belastungen von Vermögensgegenständen

Es bestehen keinerlei dingliche Belastungen (Hypotheken, Grundschulden, Sicherungsübereignungen etc.).

Grundbesitz und Betriebsstätten

Die Advantag Aktiengesellschaft verfügt über keine eigenen Betriebsstätten und unterhält keinen eigenen Grundbesitz.

Sachanlagen

Per 31.12.2011 hat die Gesellschaft Sachanlagen in Höhe von TEUR 37,5. Hierin enthalten sind Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von TEUR 37,5.

Umwelt

Die Advantag AG unterliegt als Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Emissionsrechte sowie als Beratungsunternehmen keinen besonderen gesetzlichen Vorschriften in Bezug auf Umweltgesetze. Im Bereich des Handels von Emissionszertifikaten unterliegt die Gesellschaft dem TEHG (Treibhausemissionsgesetz), dem ZuG 2012 (Zuteilungsgesetz 2008 – 2012), dem ZuG 2020 (Zuteilungsgesetz 2013 – 2020) und obliegt den gesetzlichen Regelungen des Unionsregister der Europäischen Union für den Emissionshandel als Inhaberin mehrerer Registerkonten. Die Kontonummern bei dem Unionsregister der Europäischen Kommission für den Emissionshandel lauten EU-100-5015993-0-95, EU-100-5016902-12 und DE-121-2747-0-64; der Name der Konten lautet Advantag-Handel.

Einsichtnahme in die Unterlagen

Alle Unterlagen, die in diesem Prospekt benannt sind, wie die Satzung der Gesellschaft, die geprüften Jahresabschlüsse der Advantag AG per 31.12.2009, 31.12.2010 und 31.12.2011 oder sonstige in diesem Prospekt aufgeführte Geschäftsunterlagen können während der üblichen Geschäftszeiten bei der Gesellschaft während der Gültigkeitsdauer des Prospekts in Papierform eingesehen werden; um telefonische oder schriftliche Voranmeldung mit Terminvereinbarung wird gebeten.

Angaben Seitens Dritter

In diesem Prospekt, speziell in dem Kapitel „Geschäftstätigkeit“, insbesondere unter „Haupttätigkeitsbereich“ sowie „Marktüberblick“ wurden Informationen Dritter übernommen, (speziell Angaben des statistischen Bundesamtes, der Fachpublikationen CO2-Handel.de, der Deutschen Emissionshandelsstelle des Umweltbundesamtes sowie den einzelnen Energiebörsen, welche korrekt

wiedergegeben wurden und die – soweit dem Emittenten bekannt – oder aufgrund der vorliegenden Informationen abgeleitet werden könnte, Fakten unterschlagen, welche die reproduzierten Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden. Diverse Informationen entstammen insbesondere den Internetauftritten der Deutschen Emissionshandelsstelle (<http://www.dehst.de>), der Greenmarket Exchange (<http://www.greenmarket-exchange.com>), der Climex/APX (<http://www.climex.com>), der EEX (<http://www.eex.com>), dem Fachportal CO2-Handel (<http://www.co2-handel.de>) sowie dem Portal der UNFCCC unter <http://www.unfccc.int>.

ENTWURF

Geschäftstätigkeit

Branche

Die Advantag Aktiengesellschaft ist im Kerngeschäft im Bereich der spezialisierten Finanzdienste im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes tätig. Seit dem Jahr 2005 wurde in der Europäischen Union und somit auch in Deutschland ein Instrument für den Schutz des Klimas eingeführt, um die weitere Klimaerwärmung durch das Treibhausgas CO₂ zu reduzieren. Das Prinzip des Handels stellt sich durch die Ausstellung von Zertifikaten an die Betreiber von Industrieanlagen und Kraftwerken dar, welche den Ausstoß einer kalkulierten Menge von CO₂ genehmigen. Erhöht sich der Ausstoß, ist der Anlagenbetreiber verpflichtet, weitere Zertifikate dazu zu kaufen; verringert sich der Ausstoß – z. B. durch Investitionen in neue Umwelttechnik – kann er nicht benötigte Zertifikate gewinnbringend veräußern. Damit soll sowohl ein Anreiz für die Investition in den Umweltschutz geschaffen und den Unternehmen eine weitestgehende ökonomische Flexibilität gewährt werden. Durch dieses marktwirtschaftliche Instrument der Klimapolitik soll somit der Erderwärmung Einhalt geboten werden, da die Industrialisierung gemäß Weltklimarat IPCC für eine drastische Erderwärmung gesorgt hat, welche weiterhin anhält. Aufgrund des so genannten Kyoto- Protokolls von 1997 hat sich die Weltgemeinschaft darauf geeinigt, im Zeitraum 2008 – 2012 die Emissionen um 5% gegenüber dem Jahr 1990 zu senken. Für die EU gelten 8% und Deutschland hat sich auf eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 21% verpflichtet, wobei die rechtliche Basis in Deutschland das Treibhaus-Emissionshandelsgesetz (TEHG) ist. Die erste Handelsperiode umfasste die Jahre 2005 bis 2007; die zweite Handelsperiode den Zeitraum 2008 bis 2012. Ab dem Jahr 2013 startet die dritte Handelsperiode, welche weitere Anlagenbetreiber verpflichtet, Zertifikate vorzuweisen. Derzeit nehmen ca. 1.665 Anlagen am Emissionshandel teil. Hierfür unterhalten alle Anlagen, Finanzdienstleister, Händler oder sonstige am Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen ein Anlagen- oder Personenkonto bei der Deutschen Emissionshandelsstelle des Umweltbundesamts. Sollte ein Anlagenbetreiber zu wenig Zertifikate besitzen, wie ein entsprechendes Monitoring durch Sachverständige Stellen nachweist, so hat der Anlagenbetreiber seit 2008 eine Strafzahlung von EUR 100,00 pro überzähliger Tonne zu leisten und muss die fehlenden Zertifikate im Folgejahr abgeben. Seit dem Jahr 2008 wird die zulässige Gesamtemissionsmenge in Deutschland von 451,86 Mio. Tonnen um jährlich 57 Mio. Tonnen CO₂ reduziert, was die Anlagenbetreiber entweder zu Investitionen in neue Umwelttechnik motiviert oder diese Zertifikate hinzu erwerben müssen. Bis zum Jahr 2020 will die EU den CO₂-Ausstoß somit um 20% verringern. Die Einnahmen dieser Maßnahmen fließen den Mitgliedsstaaten zu und können verwendet werden, um zusätzliche Klimaschutzprojekte zu finanzieren. Um den Handel dieser Emissionsrechte effektiv durchführen zu können, wurden die Instrumente der Emissionszertifikate geschaffen, welche in nationalen Registern auf sogenannten Anlagen- und Personenkonten gehalten werden können. Für den Kauf, Verkauf, oder Tausch der jeweiligen Emissionszertifikate gibt es verschiedene Börsen, an denen diese durch deren Teilnehmer gehandelt werden können.

Arten von Emissionszertifikaten

Die Staaten, welche das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, haben umfangreiche rechtliche Grundlagen geschaffen, welche im United Nations Framework Convention on Climate Change, kurz UNFCCC, verankert sind. Diese Regularien wurden in einzelstaatlichen Gesetzen und Verordnungen in den Ländern der EU umgesetzt. So gibt es eine jährliche Abgabeverpflichtung von Zertifikaten in Unternehmen, welche in Deutschland am 30.04. eines jeden Jahres endet. Bis zu diesem Zeitpunkt haben die Sachverständigen

Stellen festgestellt, wie viel CO₂ eine dem Emissionshandel unterliegende Anlage ausgestoßen hat und in Form von Zertifikaten bei der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) des Bundesumweltamtes abzugeben hat. Ein Zertifikat verbrieft hier jeweils als Äquivalent eine Tonne CO₂. Der Zertifikatehandel ist in drei Perioden eingeteilt. Ausgehend vom kalkulierten Stand vor Beginn des Zertifikatehandels der ersten Periode 2005-2007 erhalten alle Anlagen 100% dieser voraussichtlichen Mengen zugeteilt, auch in der II. Periode 2008 – 2012, mit Ausnahme von Energieerzeugern, welche lediglich 50% zugeteilt bekommen. Ab 2012 sind ebenfalls Luftfahrtgesellschaften mit 80% betroffen und ab der III. Periode 2012-2020 werden die zugeteilten Zertifikate schrittweise von 80% auf 30% in 2020 gesenkt, so dass die entsprechenden Anlagenbetreiber Zertifikate hinzukaufen müssen. Um den Abgabeverpflichtungen nachzukommen, müssen also bis spätestens 30.04. des Folgejahres die emittierten Mengen in Form von Emissionszertifikaten bei der DEHSt vorrätig sein, da im Negativfall EUR 100,00 pro Tonne CO₂ Strafe zu zahlen ist. Zur Erfüllung der Abgabeverpflichtung gibt es drei Arten von Zertifikaten:

EUA (European Allowances) sind börsennotierte Europäische Emissionsrechte, welche üblicherweise dem Anlagenbetreiber zugeteilt worden sind oder die an der Börse hinzugekauft werden müssen. Die Bundesrepublik Deutschland oder andere europäische Länder veräußern weitere Zertifikate auch in sogenannten Auktionen. In Deutschland geschieht dies an der European Energy Exchange (EEX) Leipzig, für die Niederlande und Österreich übernimmt dies zum Beispiel die Climex/APX Amsterdam, in Frankreich die Pariser Bluenext. Ein Anlagenbetreiber kann bis zu 100% seiner Abgabeverpflichtung durch EUA erfüllen.

EUAA (European Aviation Allowances) sind ebenfalls Emissionsberechtigungen der Europäischen Union, welche jedoch im Gegensatz zu den oben erörterten EUAs lediglich zur Erfüllung der Abgabepflicht von Luftfahrtbetreibern verwendet werden können.

CER (Certified Emission Reductions) sind börsennotierte Zertifizierte Emissionsreduktionen, welche in Deutschland mit bis zu 22% zur Erfüllung der Abgabeverpflichtung herangezogen werden können. CERs entstehen durch sogenannte Clean Development Mechanism – Projekte (CDM), bei welchen Zertifikate herausgegeben werden, welche auf der Einsparung von CO₂ in Entwicklungsländern basieren. Beispielsweise spart ein Biomassekraftwerk in Südamerika rechnerisch und überprüfbar 100.000 Tonnen CO₂ ein, so erhält dieses Projekt 100.000 CER, die es jährlich zugeteilt bekommt und diese gewinnbringend an einer Börse veräußern kann.

ERU (Emission Reduction Units) sind ebenfalls börsennotierte Emissionsreduktionseinheiten, die durch sogenannte Joint Implementations – Projekte (JI) entstehen, die in Industriestaaten (Anlage I – Staaten) ebenfalls CO₂ in festgelegten Größenordnungen einsparen. Wenn zum Beispiel bei der Förderung von Erdöl das entsprechend ebenfalls vorhandene Gas nicht mehr in die Atmosphäre geleitet wird, sondern der Energiegewinnung zugeführt wird und somit CO₂ eingespart wird, kann bei Einhaltung der hierfür geltenden Regelungen diese Einsparung in ERU – Zertifikaten vergütet werden. Diese können in Deutschland ebenfalls bis zu 22% der Abgabeverpflichtung der II. Handelsperiode erfüllen.

Der Swap von Emissionsrechten

Mit Hilfe von Tauschgeschäften, sogenannten Swaps, ist es den Anlagenbetreibern in Europa möglich, einen Teil ihrer Abgabepflicht durch zertifizierte Emissionsreduktionen (CER) oder Emissionsreduktionseinheiten (ERU) zu erfüllen. In Deutschland können gemäß dem Treibhausemissionsgesetz (TEHG) und dem Zuteilungsgesetz 2012 (ZuG 2012) für die Zuteilungsperiode 2008 - 2012 insgesamt 22% der für die zweite Verpflichtungsperiode 2008-2012 zugeteilten Europäischen Erlaubnisse (EUA) in Form von zertifizierten Emissionsreduktionseinheiten (CER) oder Emissionsreduktionseinheiten (ERU) abgegeben werden. In der dritten Handelsperiode können noch nicht ausgeschöpfte Kontingente der II. Handelsperiode getauscht werden. Betreiber neuer handelspflichtiger Anlagen haben das Recht, 4,5% ihrer Abgabepflicht durch CERs für die Jahre 2013 bis 2020 abzugeben.

Beispiel: Wurden einem Unternehmen für die zweite Verpflichtungsperiode 2008 - 2012 insgesamt 100.000 EUA - Emissionsrechte zugeteilt, ist es möglich, hiervon bis zu 22%, mithin also bis zu 22.000 Zertifikate von EUA (European Union Allowances) in CER (Certified Emission Reductions) oder ERU (Emission Reduction Units) zu tauschen. Diese sind zur Erfüllung der Verpflichtung zur Abgabe gleichwertig und verbriefen ebenfalls das Recht der Emission einer Tonne CO₂. Ist der Spread (Handelsspanne) zwischen EUA und CER/ERU angenommen bei EUR 5,00, so erzielen die Betreiber durch den Tausch einen Bruttogewinn in Höhe von EUR 5,00 x 22.000 Zertifikaten, summa summarum EUR 110.000,00 abzgl. Transaktionskosten. Der Anlagenbetreiber überträgt entsprechend 22.000 EUA an seinen Broker und dieser übermittelt ihm im Gegenzug 22.000 CER oder ERU zur Verpflichtungserfüllung und überweist diesem weiterhin EUR 110.000,00 abzgl. der Transaktionskosten oder erwirbt für diesen Betrag weitere EUA, CER oder ERU.

Börsen und Marktplätze für Emissionszertifikate

Die Preise für die unterschiedlichen Emissionserlaubnisse, welche Unternehmen zur Erfüllung ihrer Verpflichtung der jährlichen Abgabe dieser Verschmutzungsrechte zahlen müssen, werden aufgrund des marktwirtschaftlichen Prinzips von Angebot und Nachfrage bestimmt. Hierfür sind die Börsen der wichtigste Platz zur Preisfindung der Märkte. Hierfür gibt es nachstehende Börsen, an welchen sowohl Emissionsrechte im Spotmarkt („physischer“ Handel) oder im Terminmarkt (Futures und Optionen) gehandelt werden können:

- Nordpool (Norwegen)
- Climex / APX (Niederlande)
- ECX / ICE (Großbritannien)
- CEB / Commodity Exchange Bratislava (Slowakei)
- EEX (Deutschland)
- CTX / Carbon Trade Exchange (Großbritannien)
- Sibex (Rumänien)
- SendeCO₂ (Spanien)

Während des fortlaufenden Handels befinden sich die gehandelten Preise an diesen Börsen auf einem annähernd gleichen Niveau. Auf Basis dieser Kursnotierungen orientieren sich auch außerbörsliche Handelsgeschäfte (sogenannte OTC – Trades) preislich, da ein großer Teil des Gesamtmarktes auch außerhalb der Börsen zwischen zwei Handelspartnern direkt abgewickelt wird. Die Advantag AG ist Mitglied (Non Clearing Member) an folgenden Börsen: Climex (Amsterdam), CTX (London) und CEB

(Bratislava). Weiterhin hat die Gesellschaft durch Vertragspartner Zugang als Broker zur EEX (Leipzig) und ICE (London).

Die Handelsperioden

Gemäß dem sogenannten Kyoto-Protokoll gibt es für die Länder der Europäischen Union, die dieses auch ratifiziert haben, drei Handelsperioden, in denen verschiedene Vorgaben fixiert wurden, welche eine Reduktion der Treibhausgase zur Folge haben sollen.

- I. Handelsperiode von 2005 – 2007
- II. Handelsperiode von 2008 – 2012
- III. Handelsperiode von 2013 – 2020

Nach 2020 sind wiederum die Vereinten Nationen dafür verantwortlich, mit den einzelnen Ländern eine Nachfolgeregelung zu schaffen, welche von so viel wie möglichen Staaten ratifiziert wird. Derzeit befinden wir uns inmitten der zweiten Handelsperiode, in welcher alle Anlagenbetreiber mit Ausnahme der Energieproduzenten 100% der ermittelten Emissionsrechte vom Stand 2008 zugeteilt bekommen. Bei den Energieproduzenten sind es lediglich 50%, der Rest muss durch Zukauf bezogen werden. Ab 2012 kommen weiterhin Luftfahrtunternehmen hinzu, die ebenfalls lediglich 80% der aktuellen Emissionen zugeteilt bekommen werden. Hierbei müssen die Anlagenbetreiber mit der kompletten Zuteilung lediglich dann Zertifikate kaufen, wenn sie mehr CO₂ emittieren oder können Zertifikate veräußern, wenn sie weniger Emissionen haben, z. B. durch neue Filteranlagen oder Produktionsrückgang. Ab der III. Handelsperiode jedoch wird der Handel an den Börsen und OTC einen extremen Zuwachs erleben, da die kostenlos zugeteilten EUA für alle Anlagenbetreiber schrittweise von 80% (2013) bis auf 30% (2020) reduziert werden sollen. Entsprechend müssen alle Anlagenbetreiber Zukäufe tätigen. Ab 2013 kommen zudem noch einmal voraussichtlich ca. 2.000 Anlagen in Deutschland hinzu, welche der Handelspflicht unterliegen, was die Anzahl der Marktteilnehmer und potentiellen Kunden der Broker und Händler verdoppelt.

Wichtigste Märkte

Emissionshandel

Die Gesellschaft sieht ihren Schwerpunkt der Akquisitionstätigkeit vorrangig im Bereich der Anlagenbetreiber in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, welche am Emissionshandel teilnehmen. Die Schweiz hat ein eigenes Emissionshandelssystem, deren Kunden über die Gesellschaft CERs erwerben können. In der zweiten Handelsperiode können alle in Mitgliedsstaaten der EU ansässigen Anlagenbetreiber bereits aktiv am Emissionshandel teilnehmen, Emissionsrechte erwerben, veräußern und tauschen. Mit Beginn der dritten Handelsperiode 2013 werden hier jedoch alle Unternehmen verpflichtend am Handel teilnehmen. Zweiter Schwerpunkt werden die 2012 neu am Handel teilnehmenden Luftfahrtunternehmen werden, für die es eine eigene Klasse an Zertifikaten geben wird, sogenannte EUAA (European Union Aviation Allowances). Die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten ist hier bereits 2012 auf 85% beschränkt. Weiterhin haben hier alle Fluggesellschaften teilzunehmen, deren Flugzeuge mehr als 5 Tonnen wiegen und am europäischen Luftverkehr teilnehmen. Für beide Zielgruppen bietet die Advantag AG durch Ihre Handelspartner und Börsenmitgliedschaften einen direkten Zugriff zum Markt und den Börsen zum Erwerb, Verkauf und Tausch von in Zertifikaten verbriefen Emissionsrechten. Die Advantag AG unterhält derzeit die Mitgliedschaft an drei Energie- und

Klimabörsen, nämlich der Carbon Trade Exchange (London), der Climex (Amsterdam) sowie der CEB Commodity Exchange Bratislava. Weiterhin hat die Gesellschaft Verträge mit mehreren Handelspartnern für den außerbörslichen Handel (OTC – Over The Counter) abgeschlossen. Die Mitgliedschaft an weiteren Börsen sowie der Abschluss von mehr bilateralen Handelsverträgen ist derzeit in Vorbereitung. Um neben dem Handel am Spotmarkt ebenfalls den Handel von Terminkontrakten durchführen zu können, bereitet die Gesellschaft alle hierfür erforderlichen Schritte vor.

Corporate Finance Consulting

Die Gesellschaft berät Unternehmen im In- und Ausland, welche am öffentlichen Kapitalmarkt teilnehmen oder eine Teilnahme daran beabsichtigen und Finanzinstrumente nutzen, welche im Rahmen eines Öffentlichen Angebots derartige Finanzinstrumente offerieren. Hierbei unterstützt die Gesellschaft Emittenten von Wertpapieren unter Anderem bei der Erstellung von Wertpapierprospekten und der Erarbeitung von Businessplänen. In Deutschland gibt es derzeit allein am Freiverkehr Open Market der Wertpapierbörse Frankfurt mehr als 9.000 inländische und ausländische Unternehmen, von denen ein Großteil aufgrund der gesetzlichen Regelungen bei Beginn des Listings oder in dessen weiteren Verlauf von der Verpflichtung der Vorlage eines durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gebilligten Wertpapierprospekts betroffen sind. Diese Unternehmen sind daher Hauptzielgruppe im Bereich des Corporate Finance Consulting der Advantag AG.

Unternehmensstrategie

Die Unternehmensstrategie der Advantag Aktiengesellschaft ist auf mehrere Bereiche ausgerichtet. So gilt es zunächst, die Anzahl der Kunden im Bereich des Emissionshandels weiter auszubauen und insbesondere im Hinblick auf die dritte Handelsperiode einen größeren Marktanteil zu gewinnen. Hierbei hat die Gesellschaft neben der eigenen Kundenbetreuung Vermittlungsvereinbarungen mit Unternehmen abschließen können, deren Kerngeschäft in der Beratung von Anlagenbetreibern angesiedelt ist. Der Bereich der Neukundenakquise soll daher sowohl durch derartige Vermittler als auch durch den eigenen Vertrieb weiter ausgebaut werden. Im Hauptfokus der derzeitigen Handelsperiode bis zum Jahr 2012 ist der Swap von Zertifikaten für Anlagenbetreiber, um deren finanzielle Aufwendungen für den Emissionshandel so gering wie möglich zu halten oder Erträge durch die Nutzung der Handelsmargen zwischen den einzelnen Zertifikatstypen zu generieren. Ab der dritten Handelsperiode wird das Hauptaugenmerk auf dem Zukauf von Zertifikaten für Anlagenbetreiber liegen sowie an der Teilnahme an den Auktionen der Europäischen Union, welche die nicht kostenlos zugeteilten Zertifikate im Rahmen von Auktionsverfahren anbieten werden, so wie dies bereits von den einzelnen Staaten der EU vorgenommen wird. Um für die Kunden neben dem Handel der Zertifikate am Spotmarkt ebenfalls am Terminmarkt Terminkontrakte (Futures) handeln zu können, bereitet die Geschäftsleitung alle hierfür erforderlichen Schritte derzeit vor. Weiterhin ist vorgesehen, den Eigenhandel auf eigene Rechnung auszubauen, um die Entwicklungen der Emissionszertifikate an den Märkten für die Gesellschaft nutzen zu können. Gleichfalls beabsichtigt die Gesellschaft die Mitgliedschaft an der Börse EEX (Leipzig), die ab dem Jahr 2013 die Versteigerungen der Emissionsrechte für die Europäische Union vornehmen wird, damit sie für ihre Kunden an diesen Auktionsverfahren teilnehmen kann. Hier wird die Gesellschaft ebenfalls als sogenannter Non Clearing Member (NCM) aktiv, wie bei ihren bisherigen Mitgliedschaften. Sie muss sich daher zur finanziellen Abwicklung eines Clearing Members (Kreditinstitut) bedienen. Je nach Börse stellen diese Clearing Member entsprechende Anforderung an die Eigenkapitalausstattung ihrer Kunden. Um

diese Anforderungen erfüllen zu können, gleich an welcher Börse die Versteigerungen stattfinden werden, sind die Mittel dieser Kapitalerhöhung Teil der Finanzplanung der Gesellschaft. Im Bereich des Corporate Consulting beabsichtigt die Gesellschaft, neben der Betreuung der bereits bestehenden Kunden durch direkte Akquisition weitere Kunden im In- und Ausland zu generieren, welche am Deutschen oder Europäischen öffentlichen Kapitalmarkt teilnehmen oder die Teilnahme am Kapitalmarkt durch die Emission von Finanzinstrumenten planen. Hierbei wird die Gesellschaft weiter neben der Nutzung von Multiplikatoren Direktmarketingmaßnahmen zur Kundengewinnung durchführen. Weiterer Schwerpunkt ist der Investmentbereich, bei dem die Gesellschaft durch ihre 100%ige Tochtergesellschaft Advantag Climate Invest GmbH, Geldern, aktiv ist. Hier bietet die Gesellschaft institutionellen und privaten Investoren mit dem „Klimakonto“ die Möglichkeit, in CO₂ – Emissionszertifikate als neue Asset - Klasse zu investieren. Desweiteren hat der Vorstand Planungen für einen geschlossenen Fonds ausgearbeitet, welcher in CO₂ – Emissionszertifikate investiert, wobei im Gegensatz zum „Klimakonto“ eine feste Laufzeit bis zum Ende der III. Handelsperiode besteht und die temporäre Absicherung durch Termingeschäfte (Hedging) vorgenommen werden kann. Ebenfalls bereitet die Gesellschaft die Auflage eines geschlossenen Fonds gemeinsam mit hierauf spezialisierten Partnern vor, wobei die Verwaltung und der Handel des Fonds durch Advantag durchgeführt werden soll.

Angaben zur Geschäfts- und Finanzlage

Die Advantag Aktiengesellschaft wurde am 22.04.2010 durch Beschluss der Gesellschafterversammlung aus der davor bestehenden Advantag GmbH umgewandelt. Der Jahresabschluss des Rumpfgeschäftsjahres 2009 wurde daher von der Advantag GmbH aufgestellt; der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 von der Advantag Aktiengesellschaft. Auditert wurden beide Jahresabschlüsse vom Wirtschaftsprüfungsunternehmen Thijssen, Pöhls, Stefaniak KG aus Kalkar.

Bilanzen per 31.12.2009, 31.12.2010 und 31.12.2011

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Beide Jahresabschlüsse der Advantag GmbH und der Advantag Aktiengesellschaft wurden testiert und mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen.

A K T I V A

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	8.450,00	8.450,00	0,00
<u>Anlagevermögen</u>			
- Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	8.598,00
- Sachanlagen	15.110,00	28.361,00	22.176,00
- Finanzanlagen	0,00	0,00	500,00
<u>Umlaufvermögen</u>			
- Vorräte	0,00	12.028,00	50.000,00
- Ford. & sons. Vermögensgegenstände	11.476,63	9.558,02	67.448,88
- Kasse & Guthaben bei KI	33.890,21	1.238.407,29	161.521,05
Rechnungsabgrenzungsposten	123,00	1.533,00	4.370,00
SUMME AKTIVA	69.049,84	1.289.887,31	314.613,93

PASSIVA

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
<u>Eigenkapital</u>	<u>25.008,53</u>	<u>53.944,53</u>	<u>56.819,36</u>
- Gezeichnetes Kapital	25.000,00	50.000,00	50.000,00
- Ausstehende Einlagen	-8.450,00	-8.450,00	0,00
- Gewinnvortrag	0,00	8,53	3.944,53
- Jahresüberschuss-/fehlbetrag	8,53	3.936,00	2.874,83
Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0,00	0,00	157.200,00
Rückstellungen	2.211,00	1.235.971,00	46.553,00
Verbindlichkeiten	41.830,31	8.421,78	54.041,57
SUMME PASSIVA	69.049,84	1.289.887,31	314.613,93

Die hier abgebildeten Zahlen entstammen den geprüften Jahresabschlüssen der Advantag Aktiengesellschaft. Per 01.04.2010 wurde die Advantag GmbH nach Erhöhung des Grundkapitals durch Rechtsformwechsel in die Advantag AG umfirmiert.

GEWINN- & VERLUSTRECHNUNG

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
Erlöse	73.566,51	30.393.847,23	2.407.278,12
Materialaufwand	-43.993,80	-30.177.909,34	2.264.354,50
Rohhertrag	29.572,71	215.937,89	142.923,62
Personalaufwand und Provisionen	-19.950,00	-48.244,07	-93.563,12
Abschreibungen	-1.910,00	-10.741,62	-13.923,05
Sonst. Betriebliche Aufwendungen	-7.693,02	-160.312,73	-68.872,36
Zinserträge/-aufwendungen	0,00	9.360,77	1.770,78
Steuern	-11,00	-2.064,24	-1.927,15
ERGEBNIS	8,53	3.936,00	2.874,83

Die Advantag Aktiengesellschaft wurde im August 2009 gegründet und hat ihre Erträge im Rumpfgeschäftsjahr 2009 hauptsächlich durch Einnahmen im Bereich Corporate Finance Consulting sowie durch die Veräußerung einer Beteiligung an einem Rohstoffhandelsunternehmen erzielt. Im Jahr 2010 hat die Gesellschafterversammlung die Erhöhung des Stammkapitals beschlossen, wonach die Gesellschafterversammlung die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vorgenommen hat. Gleichzeitig wurde ein neuer Bereich, der Handel von Emissionszertifikaten gemäß Treibhausemissionsgesetz (TEHG)

und Zuteilungsgesetz 2008-2012 (ZuG 2012), Kerngeschäftsfeld der Gesellschaft. Die Gesellschaft konnte in diesem Segment bereits erste Kunden generieren, für welche sie Handelsaufträge OTC (außerbörslich) und an den jeweiligen Börsen ausgeführt hat, an denen die Gesellschaft Mitgliedschaften unterhält. Hierdurch konnte bereits ein relativ hohes Handelsvolumen durchgeführt werden. Weiterer Bestandteil des Geschäftsjahres 2010 war die Beratung von Unternehmen im Bereich Corporate Finance, was den zweiten Geschäftsbereich der Gesellschaft darstellt.

Kapitalfluss / Cashflow

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Die Jahresabschlüsse der Geschäftsjahre 2009 (Advantag GmbH), 2010 und 2011 (Advantag Aktiengesellschaft) wurden geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen.

CASH FLOW

(alle Angaben in EUR)

	31.12.2009 Advantag GmbH	31.12.2010 Advantag AG	31.12.2011 Advantag AG
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	8,53	3.936,00	2.874,83
Abschreibungen auf Anlagevermögen	1.910,16	10.741,62	13.923,05
Verluste Anlagenabgänge	0,00	-5.091,42	0,00
Vorräte	0,00	12.028,00	50.000,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.112,50	7.930,98	54.407,57
Sonstige Vermögensgegenstände und RAP	487,13	3.160,04	13.041,31
Rückstellungen	-2.211,00	-1.235.971,00	-46.553,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-41.830,31	-8.421,78	-54.041,57
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	64.883,36	2.433.286,91	-1.258.457,28
Cashflow aus Investitionstätigkeit in das Anlagevermögen	-17.020,16	-42.082,27	-9.281,15
Erlöse Anlagenabgänge	0,00	0,00	0,00
Cashflow aus Zahlung gezeichnetes Kapital	16.550,00	25.000,00	157.200,00
Veränderung Finanzmittelfonds	33.890,21	1.204.517,08	-1.076.886,24
Finanzmittelfonds Anfang Periode	0,00	33.890,21	1.238.407,29
Finanzmittelbestand am Ende des Berichtszeitraums	33.890,21	1.238.407,29	161.521,05

Die historischen Finanzinformationen wurden durch ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen. Wie in der vorangegangenen Tabelle ersichtlich ist, konnte in den Jahren 2009, 2010 und 2011 ein entsprechender Teil der Investitionen in das Anlagevermögen getätigt werden. Die Finanzierung dieser Investitionen konnte maßgeblich durch den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit durch die Zahlung des gezeichneten Kapitals sowie den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen. Der signifikante

Anstieg der Finanzmittel zum Ende des Berichtszeitraums des Jahresabschlusses 2010 hängt mit der Tatsache zusammen, dass Lieferantenverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.157,0 zum Bilanzstichtag vorhanden waren, für die noch kein Rechnungseingang zu verzeichnen war. Diese wurden im Geschäftsjahr 2011 entsprechend abgebaut.

ENTWICKLUNG DES EIGENKAPITALS

(alle Angaben in EUR)	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
Eigenkapital	25.008,53	53.944,53	56.819,36

Die historischen Finanzinformationen wurden jeweils durch ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen geprüft und mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen.

Finanzierungsstruktur der Advantag Aktiengesellschaft

Die Advantag Aktiengesellschaft ist ein maßgeblich durch Eigenkapital finanziertes Unternehmen. Fremdfinanzierungen existieren lediglich in der Form kurzfristiger Lieferantenkredite.

Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft und deren Dienstleistungen und Produkte sowie die Umsetzung der geplanten Umsatz- und Ertragszahlen setzen keine Ergebnisse aufgrund von Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Gesellschaft voraus. Der Vorstand befasst sich ständig mit der Entwicklung neuer Arbeitsprozesse zur Steigerung der Effizienz und der Umschlagshäufigkeit des eingesetzten Kapitals.

Patente und Lizenzen

Die Advantag Aktiengesellschaft ist nicht im Besitz jedweder Patente oder Lizenzen, welche für die Durchführung der bisherigen oder der geplanten Geschäftstätigkeit notwendig sind. Es besteht keine Abhängigkeit von Lizenzen oder Patenten, welche die Gesellschaft von Dritten nutzt.

Industrie-, Handels-, Finanzierungsverträge, neue Herstellungsverfahren

Derzeit existieren keine Industrie-, Handels-, Finanzierungsverträge oder neue Herstellungsverfahren, welche eine Abhängigkeit der Gesellschaft von derartigen Verträgen oder Verfahren beinhalten.

Angaben über Organe und oberes Management

Allgemeines

Organe der Gesellschaft sind Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen von Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Der Vorstand leitet die Gesellschaft unter eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, der Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat sowie unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Hauptversammlung. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Er hat zu gewährleisten, dass innerhalb der Gesellschaft ein angemessenes Risikomanagement und ein dem Geschäftsumfang entsprechenden internes Überwachungssystem eingerichtet und betrieben werden, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden können. Der Vorstand ist gegenüber dem Aufsichtsrat berichtspflichtig. Der Aufsichtsrat kann zudem jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Gesellschaft verlangen. Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat bestellt und können aus wichtigem Grund abberufen werden. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Geschäftsführung zu überwachen und zu beraten. Ein Aufsichtsratsmitglied einer deutschen Aktiengesellschaft kann grundsätzlich nicht gleichzeitig Mitglied des Vorstands dieser Gesellschaft sein. Die Satzung oder der Aufsichtsrat hat zu bestimmen, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vorgenommen werden dürfen.

Haben Mitglieder des Vorstands, des Aufsichtsrats oder des oberen Managements ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft verletzt und ist infolgedessen der Gesellschaft ein Schaden entstanden, können zunächst Schadensersatzansprüche gegen die Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats von der Gesellschaft selbst gerichtlich geltend gemacht werden. Entscheidet sich das jeweilige vertretungsberechtigte Organ gegen eine Anspruchsverfolgung, müssen Ersatzansprüche trotzdem geltend gemacht werden, wenn die Hauptversammlung dies mit einfacher Mehrheit beschließt. Hinsichtlich der Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands und des oberen Managements liegen keine Schuldsprüche in Bezug auf betrügerische Straftaten vor, sie waren innerhalb der im Kapitel „Aufsichtsrat“, „Vorstand“ oder „Oberes Management“ beschriebenen Mandate nicht in Insolvenzen, Insolvenzverwaltungen oder Liquidationen eingebunden und es liegen auch keine öffentlichen Anschuldigungen und/oder Sanktionen in Bezug auf diese Personen von Seiten der gesetzlichen Behörden oder der Regulierungsbehörden (einschließlich designierter Berufsverbände) vor. Keine der Personen wurde jemals von einem Gericht für die Mitgliedschaft in einem Verwaltungs-, Management oder Aufsichtsorgans einer Gesellschaft oder für die Tätigkeit im Management oder die Führung der Geschäfte eines Emittenten für untauglich angesehen.

Vorstand

Für den weiteren Auf- und Ausbau der Gesellschaft hat die Advantag Aktiengesellschaft einen wichtigen und erfahrenen Vorstand sowie einen gut strukturierten Aufsichtsrat rekrutieren können, deren Wissen insbesondere aufgrund der Marktkenntnisse und branchenbezogenen Verbindungen der Gesellschaft eine wichtige Basis ermöglichen.

Kurzvita Vorstand Raik Oliver Heinzelmann (geboren am 16.02.1970)

1987-1989	Ausbildung zum Finanzkaufmann / Bankkaufmann bei der Kreissparkasse Naumburg
1989-1989	Projektleiter EDV Kreissparkasse Naumburg
1990-1995	Leiter Stabsstelle EDV, Organisation und Marketing Raiffeisenbank Naumburg eG
1994-1997	Gründung und Geschäftsführung der Firma Heinzelmann & Partner Consulting mit dem Schwerpunkt EDV- und Organisationsberatung für Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen (Bad Kösen, Düsseldorf)
1997-2000	Finanzvorstand der DBH Brokerhaus AG (Wertpapierhandelsbank und Kreditinstitut gem. §§32/64e KWG) Düsseldorf
2001-2003	Geschäftsführer der Firma Heinzelmann Consulting, Beratung von Unternehmen, Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten in den Bereichen Aufbau- und Ablauforganisation, Prospektpflichten gemäß Verkaufsprospektgesetz (Düsseldorf)
2000-2001	Mitglied des Aufsichtsrats der UFT AG (Weinheim)
2002-2009	Ernennung zum Vorstandssprecher der METRAG Aktiengesellschaft (Issum)
2004-2009	Geschäftsführer der METRAG Consulting GmbH (Issum)
2004-2009	Aufsichtsratsmitglied der METREX International, Inc. (Florida)
2005-2009	Verwaltungsratsmitglied der Berrer & Sons Ltd. (Birmingham)
2006-2009	Aufsichtsratsmitglied der Interprojekt AG (Düsseldorf)
2009-2010	Geschäftsführer der Advantag GmbH (Issum)
Seit 2010	Vorstand der Advantag Aktiengesellschaft (Geldern)
Seit 2010	Geschäftsführer der Advantag Carbon Limited (London/Großbritannien)
Seit 2012	Geschäftsführer der Advantag Climate Invest GmbH (Geldern)

Weitere Mandate hat oder hatte Herr Heinzelmann in den zurückliegenden fünf Jahren nicht inne.

Der Vorstand hat im Geschäftsjahr 2010 Gesamtbezüge inklusive der Bezüge für die Einbringung von Wertpapieren in die Gesellschaft in Höhe von EUR 38.667,00 erhalten. Die Zahlung zukünftiger Gehälter und/oder Tantiemen sowie sonstiger Einkünfte des Vorstands wird der Aufsichtsrat angepasst an die betrieblichen Bedürfnisse beschließen. Zwischen der Gesellschaft sowie dem Vorstandsmitglied wurde die Vereinbarung der Zahlung eines Bruttojahreseinkommens bei Beendigung des Dienstverhältnisses getroffen, es sei denn, dass das Dienstverhältnis von der Gesellschaft wegen vorsätzlicher oder grob fahrlässigen wichtigen Verstoßes gegen den Dienstvertrag außerordentlich gekündigt worden wäre. Weiter wurden keine Vereinbarungen in schriftlicher oder mündlicher Form getroffen, die sonstige Vergünstigungen nach Beendigung des Dienstverhältnisses vorsehen. Das Vorstandsmitglied ist auf unbestimmte Zeit gewählt, dies ist ebenfalls im Dienstvertrag des Vorstands vereinbart. Eine Ordentliche Kündigung des Dienstvertrags kann von der Gesellschaft oder dem Vorstandsmitglied jederzeit mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende erfolgen. Das Vorstandsmitglied ist über die Advantag Aktiengesellschaft, Glockengasse 5, D-47608 Geldern, zu erreichen.

Aufsichtsrat

Herr **Jürgen Becker** ist seit Wandlung der Rechtsform der Advantag GmbH in die Advantag Aktiengesellschaft Vorsitzender des Aufsichtsrats. Hauptberuflich ist Herr Becker Rechtsanwalt und Partner der Düsseldorf Kanzlei Goetz & Becker. Herr Becker ist Spezialist für Kapitalanlagerecht und Gesellschaftsrecht. Von Juli 2006 bis Juli 2011 war Herr Becker weiterhin stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats des Issumer Rohstoffhandelsunternehmens METRAG Aktiengesellschaft. Herr Becker ist

seit Mitte 2012 ebenfalls stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Düsseldorfer Gesellschaft Qomtec AG, einem Unternehmen im Bereich Soft- und Hardware. Weitere Mandate hat oder hatte Herr Becker in den vergangenen fünf Jahren nicht inne.

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Herr **Dr. Rolf Breitenstein**. Herr Dr. Breitenstein hat sein Studium in der Uni Witten abgeschlossen und seine Promotion im Bereich Unternehmenssoziologie erzielt. Nach Tätigkeiten in einem internationalen Consultingunternehmen ist Herr Dr. Rolf Breitenstein geschäftsführender Inhaber eines Real Estate Unternehmens (Firma Dr. Rolf Breitenstein) in Düsseldorf.

Mitglied des Aufsichtsrats der Advantag AG seit März 2012 ist **Ralph Mc Quaye**. Herr Mc Quaye ist ausgebildeter Börsenmakler und hat eine Wertpapierhandelsbank geleitet. Herr Mc Quaye ist Inhaber des Unternehmens McQuaye Consultants (Düsseldorf). Weiterhin ist Herr Mc Quaye Vorsitzender des Aufsichtsrats der Qomtec Aktiengesellschaft, einem Unternehmen in der Hard- und Softwarebranche.

Der Aufsichtsrat hat für das erste Geschäftsjahr 2010 der umgewandelten Advantag AG keine Vergütung erhalten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben die Möglichkeit der Erstattung anfallender Spesen, die im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Mandate anfallen. Die Aufsichtsratsvergütung des Jahres 2011 erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats nach Abschluss der Ordentlichen Hauptversammlung, welche über das Geschäftsjahr 2010 beschließt. Der Gründungsaufsichtsrat erhält im Jahr 2011 eine Gesamtvergütung in Höhe von EUR 1.875,00, welche in Form von Aktien zum Vorzugspreis von EUR 25,00 pro Aktie herausgegeben werden. Die Aufsichtsratsvergütung kann in jeder zukünftigen Hauptversammlung durch Beschluss der Aktionäre angepasst werden. Zwischen der Gesellschaft sowie dem Aufsichtsrat wurden keine Vereinbarungen in schriftlicher oder mündlicher Form getroffen, die jedwede Vergünstigungen nach Beendigung des Dienstverhältnisses vorsehen. Die Mitglieder des Gründungsaufsichtsrats sind für den Zeitraum beginnend mit der Umwandlung der Gesellschaft am 01.04.2010 bis zur Ordentlichen Hauptversammlung des Jahres 2011 gewählt worden, welche über das Geschäftsjahr 2010 beschließt. Der Aufsichtsrat wurde mit der Ordentlichen Hauptversammlung des Jahres 2011 für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dieser Hauptversammlung gewählt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind über die Advantag Aktiengesellschaft, Glockengasse 5, 47608 Geldern, zu erreichen.

Oberes Management

Auf Grund der Größe und Struktur des Unternehmens gibt es zur Zeit keine weiteren leitenden Mitarbeiter, da die Geschäfte der Gesellschaft im bisherigen Aufbaustatus nicht sehr personalintensiv wahrgenommen werden.

Verwandtschaftliche Verhältnisse

Zwischen den Mitgliedern der Organe bestehen keinerlei verwandtschaftliche Verhältnisse.

Rückstellungen für Pensions- und Rentenzahlungen

Die Gesellschaft hat im vergangenen Geschäftsjahr keinerlei Rückstellungen für Pensions- und Rentenzahlungen vorgenommen. Vorstand und Aufsichtsrat werden zukünftig über ein entsprechendes Programm im Sinne der Gesellschaft und deren verantwortlichen Mitarbeitern entscheiden.

Darlehensverträge

Es bestehen keine Darlehensverträge zwischen der Gesellschaft und deren Organmitgliedern oder Aktionären. Weiterhin bestehen keine derartigen Verträge mit Angehörigen der Organmitglieder oder Aktionäre.

Interessenkonflikte

Es bestehen keine sonstigen wesentlichen Geschäfte, Rechtsbeziehungen oder anderweitige Interessenkonflikte zwischen den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats oder deren Ehepartnern und Verwandten ersten Grades in Bezug auf ihre Verpflichtungen gegenüber dem Emittenten und ihren privaten Interessen.

Kontrollwechsel

Die Satzung der Advantag Aktiengesellschaft enthält keine Bestimmungen, die unter Umständen eine Verzögerung, einen Aufschub oder sogar eine Verhinderung eines Wechsels der Kontrolle der Gesellschaft erwirken könnten. Weitere Statuten oder Satzungen existieren nicht.

Ausschüsse

Es bestehen derzeit keine Ausschüsse bei der Gesellschaft, weder ein Auditausschuss noch ein Vergütungsausschuss.

Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat haben sich bisher nicht den Verpflichtungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entsprechend § 161 AktG unterworfen, da dies rechtlich nicht erforderlich ist.

Mitarbeiter

Der Konzern hat per 31.12.2011 außer den Organmitgliedern sechs angestellte Mitarbeiter sowie zwei Mitarbeiter, welche als selbständige Handelsvertreter beschäftigt sind. Es existiert derzeit kein Mitarbeiterbeteiligungsprogramm. Alle angestellten Mitarbeiter haben die Möglichkeit, eine zusätzliche Altersversorgung über eine Direktversicherung im Wege der Gehaltsumwandlung aufzubauen.

Aktionärsstruktur

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Aktionärsstruktur vor und nach der vorgesehenen Platzierung unter der Annahme, dass die Platzierung in vollem Umfang durchgeführt wird:

	Aktienbesitz vor Kapitalerhöhung		Aktienbesitz nach Kapitalerhöhung	
	Anzahl Aktien	Beteiligung	Anzahl Aktien	Beteiligung
Raik Heinzelmann	250.000	66,66%	250.000	60,61%
Heinrich Linnemeier	30.000	8,00%	30.000	7,27%
Norbert Eikermann	27.500	7,33%	27.500	6,67%
Streubesitz bis 20.09.2012 (Zwischenscheine)	67.500	18,00%	67.500	16,36%
Neue Aktionäre	n.a.	n.a.	37.500	9,09%

Den Altaktionären wurde ein Bezugsrecht zum Bezug von 37.500 Aktien im Verhältnis 10:1 eingeräumt, welches diese zum Vorzugspreis von EUR 5,50 pro Aktie bis zum 15.02.2013 wahrnehmen können. Eine Weitergabe oder ein Handel des Bezugsrechts ist zulässig. Ein offizieller Handelsplatz für Bezugsrechte dieser Kapitalmaßnahme existiert nicht.

Stimmrechte der Organmitglieder

Die Stimmrechte der Organmitglieder sowie der Altaktionäre unterscheiden sich nicht von den Stimmrechten anderer Aktionäre, die Eigentümer von Stammaktien der Gesellschaft sind. Jede Aktie vertritt eine Stimme in der ordentlichen oder außerordentlichen Hauptversammlung.

Kontrolle der Gesellschaft

Derzeit übt der Vorstand Raik Oliver Heinzelmann mit 66,66% der vorhandenen und im Handelsregister eingetragenen Stammaktien die Kontrolle über das Unternehmen aus. Nach Durchführung der hiermit begebenen Kapitalmaßnahme ist es Herrn Heinzelmann weiterhin möglich, durch seine Aktienmehrheit die Kontrolle über die Gesellschaft auszuüben. Er behält auch ohne Wahrnehmung seines Bezugsrechts die einfache Aktienmehrheit. Ein Missbrauch der Kontrolle durch einen Aktionär oder durch Absprache zwischen dem Hauptaktionär und weiteren Aktionären ist nicht zu verhindern. Es gibt derzeit keine Maßnahmen, die einer derartigen Einflussnahme in der Kontrolle der Gesellschaft entgegenwirken können.

Geschäfte mit verbundenen Parteien

Die Advantag Aktiengesellschaft unterhält zum Zeitpunkt der Prospekterstellung keinerlei Geschäfte mit verbundenen Parteien.

Wesentliche Verträge

Derzeit existieren keine Verträge, die einen wesentlichen Einfluss auf die Finanz-, Vermögens und Ertragslage der Gesellschaft haben. Die Advantag Aktiengesellschaft beabsichtigt auch zukünftig nicht, feste Liefer- oder Abnahmeverträge einzugehen, da dies bei Nichterfüllung zu Haftungen und Regresszahlungen führen kann.

Geschäfte und Rechtsbeziehungen mit nahe stehenden Personen

Die Gesellschaft unterhält keine Geschäfte oder Rechtsbeziehungen mit nahe stehenden Personen, welche über die Dienstverträge hinausgehen oder zukünftig einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- oder Finanzlage der Advantag Aktiengesellschaft haben. Ausnahme ist die Vertretung in juristischen Angelegenheiten, welche durch das Organmitglied Rechtsanwalt Jürgen Becker aufgrund eines Beschlusses des Aufsichtsrats vorgenommen werden kann. Herr Becker hat bisher im Rahmen dieser Tätigkeit in den Jahren 2010, 2011 und 2012 die außergerichtliche Vertretung der Interessen der Gesellschaft wahrgenommen, eine gerichtliche Vertretung wurde nicht durchgeführt.

Versicherungen

Die Advantag AG hat eine Betriebshaftpflichtversicherung sowie eine Betriebsinhaltsversicherung abgeschlossen. Desweiteren ist das betriebliche Kraftfahrzeug gemäß seinem Wert mit entsprechendem Versicherungsschutz versehen. Eine Kreditausfallversicherung besteht aufgrund der hierdurch entstehenden beträchtlichen Kosten nicht. Die Gesellschaft geht davon aus, dass im Hinblick auf die mit dem Geschäftsbetrieb verbundenen Risiken ein dem Ertragsverhältnis angemessener Versicherungsschutz besteht, welcher systematisch erweitert wird. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Advantag AG von Schäden oder Verlusten betroffen sein kann, die nicht von dem bestehenden oder zukünftigen Versicherungsschutz gedeckt sind.

Regulatorisches Umfeld

Die Gesellschaft unterliegt den üblichen deutschen Rechtsvorschriften betreffend Arbeitssicherheit und Umweltschutz, insbesondere gewissen Vorschriften, welche sich auf den börsenregulierten Handel von Emissionsrechten beziehen. Neben den gesetzlichen Vorschriften des Treibhausemissionsgesetzes (TEHG), Zuteilungsgesetzes 2008-2012 (ZuG 2012) sowie den einzelnen Vorschriften für Mitglieder der Börsen Climex Amsterdam, KBB Bratislava und CTX London untersteht die Gesellschaft insbesondere den Regelungen des Handelsgesetzbuches (HGB) der Bundesrepublik Deutschland.

Rechtstreitigkeiten

Die Gesellschaft ist derzeit an keinerlei Verwaltungs-, Gerichts- oder Schiedsverfahren beteiligt. Aufgrund einer Rechtsproblematik mit einem Lieferanten im Geschäftsjahr 2010 besteht die Möglichkeit einer juristischen Auseinandersetzung. Hierfür wurden vom Vorstand vorsorglich TEUR 74,4 als Rücklagen im Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 zurückgestellt und 2011 wegen des Nichteintritts teilweise wieder aufgelöst. Weitere Verfahren sind weder angedroht oder nach Kenntnis der Gesellschaft zu

erwarten. Seit Gründung der Gesellschaft im Jahr 2009 sind keine derartigen Verfahren anhängig gewesen. Ebenfalls bestehen keine staatlichen Interventionen oder Schiedsprozesse.

Satzung der Gesellschaft

ALLGEMEINES

§ 1 Firma

Die Gesellschaft führt die Firma „Advantag Aktiengesellschaft“.

§ 2 Sitz

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Geldern.

§ 3 Gründungsmitglieder

Folgende Gründungsmitglieder haben die Gründung der Gesellschaft durch Änderung der Rechtsform der bisherigen Advantag GmbH, Issum, beschlossen:

1. Herr Raik Oliver Heinzelmann, Langendonker Weg 128, 47661 Issum

§ 4 Gegenstand des Unternehmens

- (1) Beteiligung an anderen Unternehmen.
- (2) Unternehmensberatung.
- (3) Handel von Emissionsrechten.
- (4) Handel mit Rohstoffen.

§ 5 Bekanntmachungen

Die Gesellschaft veröffentlicht ihre Bekanntmachungen nur im Bundesanzeiger.

§ 6 Dauer der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

§ 7 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr, jedoch ist das erste Kalenderjahr ein Rumpfgeschäftsjahr. Es beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister und endet mit dem nächsten 31. Dezember.

AKTIEN

§ 8 Grundkapital

- (1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR **375.000,00** (in Worten: Euro **Dreihundertfünfsiebzigtausend**). Das Grundkapital ist eingeteilt in **375.000** (in Worten: **Dreihundertfünfsiebzigtausend**) Aktien im Nennbetrag von jeweils EUR 1,00 (in Worten: Euro Eins).

- (2) Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital durch die Ausgabe von Stück **187.500** neuen Aktien zu erhöhen.

§ 9 Namensaktien

Die Aktien lauten auf den Namen der Aktionäre.

- (1) Die Aktien werden nicht in Form von Aktienurkunden herausgegeben. Die Gesellschaft führt ein elektronisches Aktienbuch, in welchem die Anzahl der Zertifikate der einzelnen Aktionäre mit dem Tag des Erwerbs oder des Besitzübergangs vermerkt sind.
- (2) Die Übertragung der Aktien von einem Aktionär auf einen anderen Aktionär oder auf einen neuen Aktionär bedarf des Nachweises der Einigung des bisherigen und des neuen Besitzers. Die Form des Nachweises der Besitzübertragung der Aktien bestimmt der Vorstand.
- (3) Wird eine Kapitalerhöhung vorgenommen und sagte der Erhöhungsbeschluss nichts darüber, ob die neuen Aktien auf den Namen oder auf den Inhaber lauten sollen, so haben sie ebenfalls auf den Namen der Aktionäre zu lauten.
- (4) Findet künftig eine Kapitalerhöhung statt, so können die sich daraus ergebenden jungen Aktien mit Vorzügen bei der Gewinnverteilung versehen werden. Die Gewinnberechtigung dieser jungen Aktien für das Geschäftsjahr, in dem die Kapitalerhöhung durchgeführt wird, kann abweichend von § 60 III 3 AktG geregelt werden.

VORSTAND; AUFSICHTSRAT UND HAUPTVERSAMMLUNG

§ 10 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Er wird vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt.
- (2) Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, vertritt es die Gesellschaft allein.
- (3) Der Aufsichtsrat kann einzelnen Vorstandsmitgliedern die Befugnis zur Einzelvertretung einräumen, sowie hinsichtlich des Verbots der Mehrfachvertretung von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien und die Befugnis zur Einzelvertretung sowie die Befreiung jederzeit widerrufen.
- (4) Der Vorstand kann sich mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Geschäftsordnung geben. Ein Geschäftsverteilungsplan des Vorstandes bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrats.

§ 11 Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus drei Mitgliedern.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn ihrer Amtszeit beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird dabei nicht mitgerechnet. Scheidet ein Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so amtiert das an seiner Stelle gewählte und eintretende Mitglied nur für die Zeit bis zum Ablauf der Amtszeit der übrigen Aufsichtsratsmitglieder.

- (3) Der Aufsichtsrat wählt nach jeder Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr beschließt, aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden. Diese amtieren jeweils für die Zeit bis zur Beendigung der nächsten Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr beschließt.
- (4) Die Einberufung der Aufsichtsratssitzungen geschieht durch den Vorsitzenden, ansonsten durch den stellvertretenden Vorsitzenden.
- (5) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Er ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Die Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der Mitglieder des Aufsichtsrats. Über die Sitzungen muss eine Niederschrift angefertigt werden, die vom Vorsitzenden zu unterschreiben ist.
- (6) Als Vergütung erhält jedes Aufsichtsratsmitglied neben dem Ersatz seiner Auslagen eine feste, jährliche Zahlung in Höhe von EUR 500,00. Der Gründungsaufsichtsrat erhält diese Vergütung in Form von Aktien.
- (7) Der Aufsichtsrat ist befugt, Satzungsänderungen, die nur die Fassung der Satzung betreffen, zu beschließen.
- (8) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält den eineinhalbfachen, der stellvertretende Vorsitzende den eineinviertelfachen Betrag der Vergütungen der einfachen Aufsichtsratsmitglieder. Umsatzsteuer, die auf die Vergütungen zu zahlen ist, erstattet die Gesellschaft.
- (9) Aufsichtsratsmitglieder können durch einen mit einer Mehrheit von 75 % des Grundkapitals zu fassenden Beschluss der Hauptversammlung ihres Amtes enthoben werden.
- (10) Jedes Aufsichtsratsmitglied kann ohne Angabe von Gründen sein Amt niederlegen, jedoch unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, der dann auch angegeben werden muss, jederzeit. Die Niederlegung hat durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand zu erfolgen, wobei der Vorsitzende des Aufsichtsrats zu benachrichtigen ist.

§ 12 Hauptversammlung

- (1) Die Hauptversammlung hat jährlich mindestens einmal stattzufinden, und zwar innerhalb der ersten acht Monate des Geschäftsjahres am Sitz der Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Hauptversammlung abgesehen von Fällen, in denen dies das Gesetz oder diese Satzung bestimmen, dann einzuberufen, wenn es das Wohl der Gesellschaft erfordert.
- (2) Die Einberufung der Hauptversammlung geschieht durch den Vorstand. Mit eingeschriebenem Brief an die der Gesellschaft zuletzt bekannte Adresse der Aktionäre ist die Tagesordnung mitzuteilen, wobei eine Frist von mindestens einem Monat einzuhalten ist. Der Tag der Absendung und der Tag der Hauptversammlung werden dabei nicht mitgerechnet.
- (3) Berechtigt, an der Hauptversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht auszuüben sind am Tag der Hauptversammlung alle im Aktienbuch eingetragenen Aktionäre bzw. deren bevollmächtigte Vertreter. In den letzten acht Tagen vor der Hauptversammlung darf keine Umschreibung im Aktienbuch mehr erfolgen.
- (4) Das Stimmrecht richtet sich nach der Anzahl der Aktien, die in einer Hand vereinigt sind. Eine Aktie entspricht einer Stimme. Das Stimmrecht besteht, sobald die gesetzliche Mindesteinlage geleistet ist.

- (5) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat den Vorsitz der Versammlung inne, bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter. Der Vorsitzende entscheidet über die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte sowie über die Art und Reihenfolge der Abstimmungen.
- (6) Über den Verlauf der Sitzung und die Verhandlung wird ein Protokoll erstellt, das vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu unterzeichnen ist. Soweit Beschlüsse gefasst werden für die gesetzlich eine $\frac{3}{4}$ -el oder größere Mehrheit vorgeschrieben ist, muss über diese ein notarielles Protokoll aufgenommen werden.
- (7) Abgesehen von den Fällen, in denen das Gesetz zwingend eine andere Mehrheit verlangt, werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. In den Fällen, in denen das Gesetz eine Mehrheit des Grundkapitals vorschreibt, erfolgt die Abstimmung mit einfacher Kapitalmehrheit, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

RECHNUNGSLEGUNG

§ 13 Jahresabschluss

- (1) In den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres hat der Vorstand den Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen. Danach hat der Vorstand den Jahresabschluss sowie den Lagebericht dem Aufsichtsrat vorzulegen. Dabei hat der Vorstand dem Aufsichtsrat den Vorschlag, den er der Hauptversammlung für die Verwendung des Finanzgewinns zu machen gedenkt, mitzuteilen.
- (2) Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht des Vorstandes und dessen Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns zu prüfen und schriftlich in der Hauptversammlung zur Verfügung zu stellen.
- (3) Der Aufsichtsrat muss seinen Bericht innerhalb eines Monats nach Zugang der Vorlagen dem Vorstand zukommen lassen. Sofern der Aufsichtsrat den Jahresabschluss nach Prüfung billigt, ist der Jahresabschluss festgestellt. Andernfalls beschließen Vorstand und Aufsichtsrat, die Feststellung des Jahresabschlusses der Hauptversammlung zu überlassen.
- (4) Sobald der Bericht des Aufsichtsrats eingegangen ist, hat der Vorstand die ordentliche Hauptversammlung unverzüglich einzuberufen.

§ 14 Rücklagen

- (1) Wenn Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss festgestellt haben, kann die Hauptversammlung im vollen Umfang die Entscheidung über die Bildung der Gewinnrücklagen treffen (Hinweis auf § 58 II 2 AktG).
- (2) Stellt die Hauptversammlung den Jahresabschluss fest, dann ist eine Viertel des Jahresabschlusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen. Vorweg jedoch sind Zuweisungen zu Kapitalrücklagen und Verlustvorträgen abzuziehen.

§ 15 Verwendung der Gewinne

Die Hauptversammlung beschließt über die Verwendung des Bilanzgewinns, der sich aus

dem festgestellten Jahresabschluss ergibt. Die Hauptversammlung kann über die Verwendung der Gewinne auch andere Entscheidungen treffen, als sie in § 58 II 1 AktG vorgesehen ist, auch andere als die Verteilung unter die Aktionäre.

§ 16 Gründungsaufwand

Gerichts- und Notarkosten, sowie ähnliche Zulassungs- und Veröffentlichungskosten sowie sonstige Kosten, die mit der Gründung der Gesellschaft zusammenhängen, trägt die Gesellschaft bis zu einem Höchstbetrag von EUR 3.500,00.

§ 17 Aufnahme der Geschäftstätigkeit

Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit erfolgt im direkten Übergang der Geschäfte der vor der Umwandlung bestehenden Gesellschaft Advantag GmbH.

Advantag Aktiengesellschaft

Angaben über das Kapital

Die Gesellschaft und die gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen zur Schaffung des Kapitals unterliegen Deutschem Recht. Wichtigste Gesetz hierbei sind das Aktiengesetz (AktG) sowie das Handelsgesetzbuch (HGB).

Genehmigtes Kapital

Am 01.04.2010 hat die Gesellschaft mit Eintrag in die Satzung §8 (2) den Beschluss gefasst sowie dem Vorstand die Genehmigung erteilt, das Grundkapital durch Ausgabe von 25.000 Aktien gegen Bareinlage zu erhöhen. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 01.04.2010 hat der Vorstand die Erhöhung des Grundkapitals um 25.000,00 Euro auf 75.000,00 Euro, eingeteilt in 75.000 Aktien mit einem Nennwert von jeweils einem Euro, durchgeführt und am 02.11.2012 zur Eintragung beim Amtsgericht Kleve notariell angemeldet. Die Eintragung erfolgte am 00.00.2012. Am 00.00.2013 hat die außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft die Erhöhung des Grundkapitals von 75.000,00 Euro durch Umwandlung von Kapitalrücklagen auf 375.000,00 Euro mit Ausgabe von Gratisaktien im Verhältnis 1:5 beschlossen. Die notarielle Anmeldung der Eintragung erfolgte am 00.00.2013. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 00.00.2013. Ebenfalls mit Hauptversammlung vom 00.00.2013 wurde der Beschluss zur Schaffung eines genehmigten Kapitals von 187.500,00 Euro, eingeteilt in 187.500,00 Aktien, gefasst, welcher in die Satzung der Gesellschaft eingetragen worden ist.

Gezeichnetes Kapital

Die Gesellschaft hatte bei Ihrer Gründung im Jahre 2009 als Advantag GmbH ein genehmigtes Kapital in Höhe von EUR 25.000,00, welches mit Ausnahme von EUR 8.450,00 vollständig eingezahlt wurde. Am 04. Februar 2010 wurde das Stammkapital der Gesellschaft aufgrund eines Gesellschafterbeschlusses um EUR 25.000,00 auf EUR 50.000,00 gegen Bareinlage erhöht. Mit Beschluss vom 01.04.2010 wurde der Beschluss der Gesellschafterversammlung gemäß GmbH-Umwandlungsgesetz gefasst, die Advantag GmbH in die Advantag Aktiengesellschaft umzuwandeln. Ab diesem Zeitpunkt betrug das Grundkapital der Gesellschaft EUR 50.000,00 und war eingeteilt in 50.000 Aktien mit einem Nennwert von EUR 1,00. Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 01.04.2010 hat der Vorstand die Erhöhung des Grundkapitals um 25.000,00 Euro auf 75.000,00 Euro, eingeteilt in 75.000 Aktien mit einem Nennwert von jeweils einem Euro, durchgeführt und am 02.11.2012 zur Eintragung beim Amtsgericht Kleve notariell angemeldet. Die Eintragung erfolgte am 00.00.2012. Am 00.00.2013 hat die außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft die Erhöhung des Grundkapitals von 75.000,00 Euro durch Umwandlung von Kapitalrücklagen auf 375.000,00 Euro mit Ausgabe von Gratisaktien im Verhältnis 1:5 beschlossen. Die notarielle Anmeldung der Eintragung erfolgte am 00.00.2013. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 00.00.2013.

Zusammenfassung

Anzahl der genehmigten Aktien	562.500 Stammaktien Keine Vorzugsaktien
Anzahl der ausgegebenen und voll eingezahlten Aktien	375.000 Stammaktien
Anzahl der genehmigten Aktien	187.500 Stammaktien
Anzahl der gemäß diesem Prospekt zu emittierenden Aktien	37.500 Stammaktien
Nennwert pro Aktie	EUR 1,00

Bedingtes Kapital, Wandelrechte

Ein bedingtes Kapital existiert nicht, ebenso gibt es außer den hier anhand dieses Prospektes emittierten Wertpapieren, welche bereits ausführlich beschrieben worden sind, keine Wertpapiere mit Wandel- oder Optionsrechten auf Aktien der Gesellschaft.

Allgemeine Bestimmungen zur Erhöhung des Kapitals

Nach den Regelungen des Aktienrechts kann das Grundkapital einer Aktiengesellschaft durch einen Beschluss der Hauptversammlung erhöht werden, der mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst wird, soweit nicht die Satzung der Aktiengesellschaft andere Mehrheitserfordernisse festlegt. Die Satzung der Gesellschaft sieht insoweit die einfache Mehrheit für Beschlussfassungen vor, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist. Im Rahmen der Kapitalerhöhung ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen, das nur unter engen gesetzlichen Voraussetzungen oder mit ausdrücklicher Genehmigung der Aktionäre ausgeschlossen werden kann. Außerdem können die Aktionäre genehmigtes Kapital schaffen. Die Schaffung von genehmigtem Kapital erfordert einen satzungsändernden Beschluss, der mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst werden muss und der den Vorstand ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zu einem bestimmten Nennbetrag durch Ausgabe neuer Aktien gegen Einlagen zu erhöhen. Es gibt keine Bestimmung in der Satzung des Emittenten in Bezug auf das Kapital der Gesellschaft, welche strenger ausfallen, als die gesetzlichen Vorschriften. Die Altaktionäre haben ein Bezugsrecht im Verhältnis 10:1 zum Vorzugspreis von EUR 5,50 pro Aktie zum Schutz vor Verwässerung. Dieses Bezugsrecht muss bis zum 10.03.2012 ausgeübt werden. Weitere Vorzugsrechte zum Bezug von Aktien existieren nicht.

Stille Beteiligung

Stille Beteiligungen an der Advantag Aktiengesellschaft existieren nicht.

Dividendenrechte

Die Beschlussfassung über die Ausschüttung von Dividenden für ein Geschäftsjahr auf die Aktien der Gesellschaft obliegt der ordentlichen Hauptversammlung des darauf folgenden Geschäftsjahres. Die Hauptversammlung entscheidet auf Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat. Die Ausschüttung einer Dividende für ein Geschäftsjahr kann nur erfolgen, soweit im handelsrechtlichen Einzelabschluss der Gesellschaft ein Bilanzgewinn ausgewiesen ist. Bei der Ermittlung des zur Ausschüttung zur Verfügung stehenden Bilanzgewinns ist der Jahresüberschuss des jeweiligen Geschäftsjahrs um Gewinn-/Verlustvorträge des Vorjahres sowie um Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen zu korrigieren. Die hiermit angebotenen Aktien sind ab dem 01.01.2013 dividendenberechtigt. Es gibt keine Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Aktionären der gleichen Gattung.

Ergebnis je Aktie und Dividendenpolitik

Die Gesellschaft hat bisher noch keine Dividenden ausgeschüttet und alle bisher angefallenen Gewinne thesauriert. Die Gesellschaft beabsichtigt, in Zukunft, der Hauptversammlung den Vorschlag zu unterbreiten, einen Teil des ausschüttungsfähigen Jahresgewinns als Dividende zu verwenden. Der Rest ist weiterhin zu thesaurieren. Den entsprechenden Beschluss zur Ausschüttung von Dividenden fasst die Ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft.

Hauptversammlung

Die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft findet mindestens einmal jährlich am Sitz der Gesellschaft statt. Die Hauptversammlung ist mindestens vier Wochen vorher durch den Vorstand mit eingeschriebenem Brief an die letzte der Gesellschaft bekannte Adresse einzuberufen. Dies gilt ebenfalls für die etwaige außerordentliche Hauptversammlung. Stimmberechtigt sind bei Beschlusspunkten der Hauptversammlung diejenigen Aktionäre, die im Besitz von Stammaktien der Advantag AG sind. Hierbei gewährt eine Aktie eine Stimme. Die Hauptversammlung bestimmt unter anderem über die Wahl des Aufsichtsrats, die Satzung, das Kapital oder beschließt über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß den Bestimmungen des Deutschen Aktienrechtes (AktG).

Liquidationserlös

Alle Aktionäre sind im Falle einer Liquidation der Gesellschaft im gleichen Verhältnis prozentual gemäß ihrem Aktienbesitz am Liquidationserlös der Gesellschaft beteiligt.

Informationen über die anzubietenden Wertpapiere und das Angebot

Grundlagenbeschlüsse zur Emission

Mit Beschluss vom 00.00.2013 hat die Hauptversammlung aufgrund des Vorschlags des Vorstands den Beschluss als Vorratsbeschluss in die Satzung einzutragen, das Kapital um 187.500,00 Euro, eingeteilt in 187.500 Stammaktien, zu erhöhen. Der Vorstand wird ermächtigt, die Erhöhung durchzuführen und die Bedingungen der Kapitalerhöhung festzulegen. In Ausübung dieses Beschlusses hat der Vorstand am 01.02.2013 beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um 37.500 Aktien gegen Bareinlage zu erhöhen. Der Vorstand wurde durch den satzungsmäßigen Beschluss mit der Durchführung beauftragt. Mithin erfolgt die Ausführung des Beschlusses zur Erhöhung des Grundkapitals um 37.500 Aktien mit einem Nennwert von jeweils EUR 1,00. Dies entspricht einer Erhöhung um nominal 10,00% der Aktien der Gesellschaft. Rechtsgrundlage der Beschlüsse ist das Deutsche Recht, insbesondere das AktG (Aktiengesetz). Emissionstermin der hier beschriebenen 37.500 Stammaktien ist der der 01.02.2013.

Beschreibung der Wertpapiere

Die Advantag Aktiengesellschaft verfügt lediglich über eine Wertpapiergattung, deren Rechte für alle Inhaber gleich gestaltet sind.

Aktiengattung

Stammaktien (Bestandteil dieses Angebots)

Mit dem Erwerb von auf den Namen lautenden Stammaktien der Advantag Aktiengesellschaft ergeben sich für den Aktionär Vermögens- und Verwaltungsrechte. Die Vermögensrechte beinhalten das Recht auf Dividende oder einen Liquidationserlös. Verwaltungsrechte bestehen unter anderem im Recht auf der Teilnahme an der Hauptversammlung sowie dem Auskunfts- und Stimmrecht im Rahmen von Hauptversammlungen. Den Besitzern der Stammaktien steht eine Wahlstimme pro gehaltener Aktie zu. Die Stammaktien tragen kein Recht zur Stimmenhäufung und die Halter von mehr als 75 Prozent der Stammaktien haben die Macht, den Aufsichtsrat abzuwählen und haben somit faktisch die Kontrolle der Firma. Die Halter der Stammaktien haben kein präventives Recht oder können die Stammaktien einlösen. Aufsichtsräte werden für eine fünfjährige Amtszeit während der Jahresversammlung der Aktionäre gewählt. Die erste Wahl des Aufsichtsrats nach der Wahl des ersten Aufsichtsrats erfolgte in der Hauptversammlung 2011, die über das Geschäftsjahr 2010 beschloss. Eine außerordentliche Aktionärsversammlung darf vom Aufsichtsratsvorsitzenden, einer Mehrheit der Vorstandsmitglieder, oder von Aktionären, die einzeln oder zusammen mehr als 20 Prozent der Stammaktien zusammen halten, einberufen werden. Es gibt keine unterschiedlichen Stimmrechte für die Mitglieder des Vorstands, des Aufsichtsrats, Gründungsaktionäre, Mehrheitsaktionäre oder sonstige Aktionäre innerhalb der Gattung der Stammaktien. Jede Aktie gewährt in der Ordentlichen und Außerordentlichen Hauptversammlung eine Stimme.

Nennwert der Aktien / Gesamtnennwert der Emission

Die angebotenen Stammaktien haben einen Nennwert von EUR 1,00. Der rechnerische Gesamtnennwert der angebotenen Stück 37.500 Aktien dieser Emission beläuft sich folgerichtig auf 37.500,00 Euro. Der Zeichnungsaufschlag von EUR 4,50 bzw. EUR 5,00 pro Aktie wird vorerst als Kapitalrücklage

ausgewiesen. Es ist vorgesehen, die offenen Rücklagen im Rahmen eines Aktiensplits in Eigenkapital umzuwandeln.

Übertragung der Aktien

Die Stammaktien sind nach dem Wertpapiergesetz nicht registriert. Es gibt keine Beschränkungen bei der Übertragung jedweder Aktien der Advantag Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft benötigt jedoch einen Nachweis des Besitzwechsels zur Führung des Aktionärsbuches.

Sperrfrist

Es gibt für die hier angebotenen Wertpapiere oder die bereits bestehenden Wertpapiere keine Sperrfrist für die Übertragbarkeit.

Platzierung

Bei dem Angebot handelt es sich um ein öffentliches Angebot in der Bundesrepublik Deutschland sowie ebenso einer Privatplatzierung im europäischen Ausland. Es wurde kein Konsortium mit der Durchführung dieses Angebots beauftragt. Die Platzierung erfolgt durch Zeichnungsannahme der Gesellschaft.

Handelbarkeit der Aktien

Für die Aktien der Advantag Aktiengesellschaft gibt es derzeit keinen organisierten Markt, an dem die Wertpapiere gehandelt werden können. Der Vorstand beabsichtigt jedoch die Notierungsaufnahme nach Platzierung der Aktien am Freiverkehr der Börse **XXXXXX** aufzunehmen. Nach der Notierungsaufnahme bestimmt das Gesetz von Angebot und Nachfrage den Preis, für welchen die hier angebotenen Aktien der Advantag AG erworben und veräußert werden. Die Erstnotierung der hier beschriebenen Aktien der Advantag Aktiengesellschaft soll am **18.02.2013** stattfinden.

Bedingungen des Wertpapierangebots

Die neuen Aktien werden unter Wahrung des Bezugsrechts der Altaktionäre öffentlich zum Kauf angeboten. Der Angebotspreis beträgt für alle öffentlich angebotenen Aktien **EUR 6,00**. Die Altaktionäre erhalten ein Bezugsrecht für 37.500 Aktien im Verhältnis 10:1 zu einem Vorzugspreis in Höhe von EUR **5,50**, insofern diese die Ausübung ihres Bezugsrechts bis einschließlich 10.03.2013 wahrnehmen. Der Handel oder die Weitergabe dieses Bezugsrechts an Dritte ist zulässig. Alle Zeichnungen unterliegen einer Widerrufsfrist von 14 Tagen nach Eingang des Zeichnungsscheins bei der Advantag Aktiengesellschaft. Weitere Möglichkeiten des Rückzugs des Zeichnungsantrags existieren nicht. Die Aktien werden im Rahmen eines öffentlichen Angebots angeboten. Ein Übernahmeangebot durch eine Wertpapierhandelsbank oder ein Finanzdienstleistungsinstitut für die gesamte Emission zur Platzierung oder für Teile der Emission liegt nicht vor. Ebenfalls existieren keine Ausschluss- oder Andienungsregeln in Bezug auf das Angebot. Eine Schließung des Angebots erfolgt innerhalb der Laufzeit des Angebots nach vollständiger Platzierung der beschriebenen Stück **37.500** Aktien. In den letzten 12 Monaten vor dem in diesem Emissionsprospekt beschriebenen Angebot hat kein Organmitglied Aktien zu einem Preis erworben, insbesondere nicht zu einem Preis, welcher von dem Angebotspreis dieses Angebots abweicht.

Gesamtsumme

Das öffentliche Angebot der Kapitalerhöhung in Höhe von 37.500 Aktien umfasst die hier angebotenen 37.500 auf den Namen lautende Stammaktien, jeweils mit voller Gewinnberechtigung ab dem Geschäftsjahr 2013. Der Angebotspreis beträgt EUR 6,00 pro Stammaktie. Altaktionäre haben ein Bezugsrecht von 37.500 Aktien im Verhältnis 10:1 zu einem Vorzugspreis von EUR 5,50 mit einer Ausübungsfrist bis 10.03.2013. Mithin beträgt die Gesamtsumme der Emission im Falle der vollständigen Ausübung des Bezugsrechts der Altaktionäre für die 37.500 Aktien EUR 206.250,00 (37.500 Aktien á EUR 5,50). Sollte der Altaktionär sein Bezugsrecht nicht ausüben oder zur Ausübung übertragen, beträgt das Gesamtemissionsvolumen EUR 225.000,00 (37.500 Aktien á EUR 6,00) bei einer vollständigen Zeichnung des Angebots. Nach vollständiger Durchführung der Emission der Stück 37.500 Aktien ist das Grundkapital der Gesellschaft eingeteilt in 412.500 Stammaktien mit einem Nennwert von EUR 1,00. Der Zeichnungsaufschlag in Höhe von EUR 4,50 pro Aktie bzw. EUR 5,00 (Bezugsrecht) wird als Kapitalrücklage in den Büchern der Gesellschaft verzeichnet. Der Vorstand sieht hierbei vor, der Hauptversammlung nach Durchführung der Emission vorzuschlagen, verbleibende Rücklagen umzuwandeln und allen Aktionären im Verhältnis ihrer Beteiligung Gratisaktien aus der Umwandlung der Rücklagen zur Verfügung zu stellen („Aktiensplit“). Nach der Notierungsaufnahme am Freiverkehr der Börse XXXXXXXXXX stehen insgesamt bis zu 412.500 Aktien gemäß dem Gesetz von Angebot und Nachfrage dem Markt im Rahmen des Listings zur Verfügung.

Unterbleiben einer (vollständigen) Platzierung

Im Falle einer nicht vollständigen Platzierung der angebotenen Aktien steht es dem Vorstand und dem Aufsichtsrat frei, die Zeichnungsfrist zu verlängern oder das Angebot ohne vollständige Platzierung zu beenden. Etwaige nicht platzierte Aktien verbleiben somit als genehmigtes Kapital der Gesellschaft.

Zeitplan

Folgender Zeitplan ist für die Emission der Aktien im Rahmen des öffentlichen Angebots der in diesem Emissionsprospekt beschriebenen Stück 37.500 Aktien vorgesehen:

01.03.2013	Beginn der Zeichnungsfrist
10.03.2013	Ende der Bezugsfrist der Altaktionäre
15.03.2013	Ende der Zeichnungsfrist, Offenlegung der Ergebnisse des Angebots durch Bekanntgabe auf der Homepage www.advantag.de . Die Offenlegung der Ergebnisse kann jedoch bereits zu dem Zeitpunkt erfolgen, an welchem alle Stück 37.500 Aktien, die Gegenstand dieses Prospekts sind, gezeichnet und gezahlt sind.
18.03.2013	Beginn der Notierungsaufnahme aller insgesamt bis zu 412.500 Aktien der Gesellschaft.

Es wird darauf hingewiesen, dass dieser Zeitplan vorläufig ist und sich Änderungen ergeben können. Der Prospekt ist bei der Gesellschaft sowie im Internet unter www.advantag.de erhältlich. Dieser Prospekt wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf Vollständigkeit der nach § 7 WpPG vorgeschriebenen Angaben sowie auf Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen gem. § 13 WpPG geprüft, da es sich um ein Private Placement der Gesellschaft handelt und somit den Ausnahmeregelungen des Wertpapierprospektgesetzes unterliegt.

Widerruf des Angebots

Das öffentliche Angebot ist durch die Gesellschaft innerhalb der Zeichnungsfrist nicht widerrufbar.

Verbriefung und Lieferung

Die Lieferung der angebotenen 37.500 Wertpapiere erfolgt gegen Zahlung des Angebotspreises Übertragung der Wertpapiere auf das Depot des Zeichners durch den Emittenten bis 18.03.2013. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung der Wertpapiere oder Ausgabe effektiver Stücke ist ausgeschlossen. Die Aktien der Gesellschaft sind in einer Globalurkunde verbrieft. Nach Notierungsaufnahme erfolgt die Lieferung gemäß den Usancen des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts des Depotinhabers.

Plan für die Zuteilung

Aus der Kapitalerhöhung werden 37.500 Namensstammaktien mit einem Nennbetrag von EUR 1,00 im Rahmen eines öffentlichen Angebots angeboten. Es gibt keine diversifizierten Tranchen für institutionelle und private Investoren. Das öffentliche Angebot wird ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland sowie als Privatplatzierung in weiteren Ländern der EU sowie der Schweiz. Eine Aufteilung von verschiedenen Tranchen für die jeweiligen Länder der Europäischen Union im Rahmen der Privatplatzierung erfolgt nicht. Die Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie sich Dritte gegenüber der Advantag Aktiengesellschaft verpflichtet haben. Die angestrebte Mindestzuteilung beträgt 100 Aktien pro privatem Investor. Soweit mehr als 37.500 Stammaktien gezeichnet werden, gilt folgendes: Die Zuteilung erfolgt nach Eingang der Zeichnungsscheine sowie der Zeichnungssumme. Alle berücksichtigten Zeichner erhalten eine Bestätigung der Zeichnungsannahme sowie die Übertragung der Aktien auf ihr Depot bis zum 18.03.2012. Die Gesellschaft behält sich vor, Zeichnungen im Rahmen einer eventuellen Überzeichnung des Angebots zu kürzen oder abzulehnen.

Preisfestsetzung

Der Verkaufspreis für die 37.500 Aktien der Emission in Höhe von EUR 6,00 pro Aktie (Preis für Altaktionäre während der Bezugsfrist EUR 5,50) wurde durch den Vorstand der Gesellschaft festgelegt. Mehrere Berechnungen ergaben einen Aktienwert, der den Verkaufspreis nach Ansicht des Managements rechtfertigt. Der Angebotspreis beinhaltet jedoch gegenwärtig keinerlei Verbindung zu Werten der Gesellschaft, wie Vermögenswerte, Buchwerte, Cashflow, Umsätze, Gewinn oder irgendwelche anderen erkennbaren Wertkriterien. Es gibt einen Unterschied zwischen dem hier vorliegenden Angebotspreis und dem Preis, zu dem Mitglieder der Organe die hier angebotenen Aktien, mit Ausnahme des limitierten Bezugsrechts zeichnen können. Der Preis der Aktien nach einer Notierungsaufnahme der Aktien entspricht dem Ergebnis aufgrund von Angebot und Nachfrage.

Mindestzeichnung

Die Mindestzeichnungssumme für die hier angebotenen Namensstammaktien der Advantag Aktiengesellschaft beträgt innerhalb der Laufzeit des öffentlichen Angebots der Stück 37.500 für Neuaktionäre 100 Aktien. Die Mindestzeichnung für neue juristische oder natürliche Aktionäre beträgt EUR 600,00. Für Inhaber der Bezugsrechte existiert keine Mindestzeichnungssumme.

Zahl- und Hinterlegungsstelle

Hinterlegungsstelle ist die Gesellschaft, welche die Wertpapiere zum Kauf anbietet:

Advantag Aktiengesellschaft	Fon: +49(0)2831.1348220
Glockengasse 5	Fax: +49(0)2831.1348221
D-47608 Geldern	
Deutschland	

Als Zahlstelle für die Zeichnungsbeträge der Emission ist folgende Bankverbindung zu nutzen:

Empfänger:	Advantag Aktiengesellschaft
Kreditinstitut:	Sparkasse Krefeld
Bankleitzahl:	320 500 00
Kontonummer:	244 244
BIC / S.W.I.F.T.-Code:	SPKRDE33XXX
IBAN:	IBAN: DE30 3205 0000 0000 244244
Referenz:	„Aktienzeichnung / Name des Aktionärs“

Einbeziehung in den Handel

Nach erfolgreicher Platzierung der Stück **37.500** Aktien sowie der Durchführung der Umwandlung der Kapitalrücklagen der Emission in Grundkapital der Gesellschaft und dem damit verbundenen Aktiensplit ist vorgesehen, die Notierung sämtlicher Aktien der Gesellschaft am Freiverkehr der Börse Düsseldorf am **18.03.2012** aufzunehmen. Nach der Erstnotiz der Aktien bestimmt sich der Preis der Aktien aufgrund Angebot und Nachfrage.

Gründe für die Kapitalerhöhung, Verwendung des Emissionserlöses und Kosten der Emission

Der Gesellschaft wird bei vollständiger Platzierung der Aktien aus der Kapitalerhöhung einen Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR **206.250,00** bis EUR **225.000,00** zufließen. Die Kosten der Emission unter der Voraussetzung der Vollplatzierung aller angebotenen Aktien betragen voraussichtlich bis zu EUR **0,50** pro Aktie, mithin ca. bis zu **EUR 18.750,00**. Insofern die Altaktionäre komplett von ihrem Bezugsrecht innerhalb der Bezugsfrist Gebrauch macht, würden die Kosten der Emission lediglich ca. EUR **9.375,00** betragen. Der Nettoerlös für die Gesellschaft wird somit voraussichtlich ca. EUR **196.875,00** bis EUR **206.250,00** im Rahmen einer Vollplatzierung betragen.

Szenarien für den Nettoemissionserlös (Zusammenfassung)

1.) Komplette Zeichnung durch Altaktionäre

Insofern die Altaktionäre ihr Bezugsrecht wahrnehmen oder zur Wahrnehmung übertragen, werden die Emissionserlöse wie folgt sein: Stück **37.500** Aktien á EUR **5,50** ergäben einen Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR **206.250,00**. Die Kosten der Emission betragen voraussichtlich EUR **18.750,00**. Der Nettoemissionserlös würde somit EUR **196.875,00** betragen.

2.) Komplette Zeichnung durch Neuaktionäre

Falls die Altaktionäre komplett nicht von ihrem Zeichnungsrecht Gebrauch machen oder dies übertragen würden und die gesamten Stück 37.500 Aktien von neuen Aktionären gezeichnet werden würden, verhielte sich die finanzielle Situation der Emissionserlöse wie folgt:

Stück 37.500 Aktien á EUR 6,00 ergäben einen Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR 225.000,00. Hiervon würden ca. EUR 0,50 je Aktie, ergo insgesamt rund EUR 18.750,00, den Gesamterlös reduzieren, woraus ein letztendlicher Nettoemissionserlös in Höhe von EUR 206.250,00 resultieren würde.

3.) Mischszenario

Da es jedoch möglicherweise zu einer Vermischung der diversen Zeichnungsmöglichkeiten kommen könnte, ist es wahrscheinlich, dass sowohl ein Teil des Bezugsrechts ausgeübt wird sowie ein Teil der Emission von neuen Aktionären gezeichnet wird. Dementsprechend ist es nicht möglich, eine genaue Prognose für die endgültigen Erlöse abzugeben. Bei einer vollständigen Zeichnung der Emission von 37.500 Aktien wäre somit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR 206.250,00 bis EUR 225.000,00 zu erzielen; der Nettoemissionserlös beträgt mithin voraussichtlich zwischen EUR 196.875,00 und EUR 206.250,00.

Die Gesellschaft beabsichtigt, diesen Nettoemissionserlös

- Priorität I: Erweiterung des Geschäftsbetriebs am Sitz der Gesellschaft sowie deren Niederlassung Düsseldorf im Bereich Emissionshandel und Corporate Finance Consulting
- Priorität II: Investition in das Anlagevermögen

zu verwenden. Darüber hinaus bestehen keine Interessen von an dem Angebot beteiligten Personen, die für die Durchführung des Angebots ausschlaggebende Bedeutung hätten. Das Grundkapital wird bei kompletter Durchführung der Emission von EUR 375.000,00 auf EUR 412.500,00 erhöht.

Verwässerung

Nach vollständiger Durchführung des Angebots besteht im Fall der nicht wahrgenommenen Bezugsrechte der Altaktionäre eine mögliche Verwässerung. Im Falle, dass die Altaktionäre dieses Bezugsrecht nicht nutzen, sähen die Beteiligungsverhältnisse nach Ende der erfolgreichen Emission wie folgt aus:

- | | |
|----------------------------------|---------------------------------|
| • Raik O. Heinzelmann, Issum | (60,61% / 250.000 Stammaktien) |
| • Heinrich Linnemeier, Wadersloh | (8,00% / 30.000 Stammaktien) |
| • Norbert Eikermann, Köln | (6,67% / 27.500 Stammaktien) |
| • Streubesitz alt | (16,36% / 67.500 Stammaktien) |
| • Neue Aktionäre | (9,09% / 37.500 Stammaktien) |

Da jedoch die prozentuale Nutzung des Bezugsrechts der Altaktionäre nicht im Voraus berechnet werden kann, ist eine absolute Darstellung dieser Daten mithin nicht möglich.

ISIN / WKN

Die ISIN (International Securities Identification Number) der Gesellschaft lautet: DE000A1EWVR2, die WKN (Wertpapierkennnummer) lautet A1EWVR.

Verjährungsfrist für Dividendenansprüche

Die Verjährungsfrist für Dividendenansprüche von Aktionären beträgt 24 Monate nach Bekanntgabe der Dividende auf der ordentlichen Hauptversammlung, die über die Gewinnverwendung entscheidet. Hernach ist die Gesellschaft Begünstigte für Ansprüche der Dividendenzahlung in Form eines außerordentlichen Erlöses.

Vorzugsrechte bei Dividendenansprüchen

Bei der Ausschüttung von Dividende an die Aktionäre gibt es keinerlei Vorzugsrechte. Es gibt derzeit nur eine Aktiengattung, auf den Namen lautende Stammaktien, welche jeweils über die gleichen Dividendenrechte verfügen. Vorzugsaktien existieren nicht.

ENTWURF

Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

Dieser Abschnitt „Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland“ enthält eine kurze Zusammenfassung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten oder der Übertragung von Aktien bedeutsam sind oder werden können. Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende und vollständige Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte, die für Aktionäre relevant sein können. Grundlage dieser Zusammenfassung ist das zur Zeit der Erstellung dieses Emissionsprospekts geltende nationale deutsche Steuerrecht sowie Bestimmungen der Doppelbesteuerungsabkommen, die derzeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten abgeschlossen sind. In beiden Bereichen können sich Bestimmungen – unter Umständen auch rückwirkend – ändern.

Potenziellen Käufern der Aktien wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens sowie der Veräußerung bzw. unentgeltlichen Übertragung von Aktien oder von Bezugsrechten und wegen des bei einer gegebenenfalls möglichen Erstattung deutscher Quellensteuer (Kapitalertragsteuer) einzuhaltenden Verfahrens ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Diese sind in der Lage, auch die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Aktionärs angemessen zu berücksichtigen.

Besteuerung der Gesellschaft

Kapitalgesellschaften unterliegen in Deutschland mit ihren Gewinnen der Körperschaftsteuer in Höhe von 15% zuzüglich 5,5% Solidaritätszuschlag (insgesamt 15,825%). Dividenden oder andere Gewinnanteile, die die Gesellschaft von inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaften bezieht, sind grundsätzlich von der Körperschaftsteuer befreit; 5% der jeweiligen Einnahmen gelten jedoch pauschal als nicht abziehbare Betriebsausgaben und unterliegen deshalb der Körperschaftsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag). Gleiches gilt für Gewinne der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen inländischen oder ausländischen Kapitalgesellschaft. Veräußerungsverluste sind steuerlich nicht abziehbar. Tatsächlich entstandene Betriebsausgaben im Zusammenhang mit in- oder ausländischen Kapitalgesellschaftsbeteiligungen können in voller Höhe abgezogen werden. Zusätzlich unterliegen Kapitalgesellschaften mit ihrem in inländischen Betriebsstätten erzielten Gewerbeertrag der Gewerbesteuer. Der Gewerbesteuersatz wird von der jeweiligen Gemeinde, in der sich die Betriebsstätte befindet, durch den Gewerbesteuerhebesatz vorgegeben. Ein bundesweit einheitlicher Gewerbesteuersatz besteht aus diesem Grund nicht. Der durch Anwendung der sogenannten Gewerbesteuermesszahl von 3,5% auf den Gewerbeertrag ermittelte Gewerbesteuermessbetrag wird mit diesem Hebesatz multipliziert. Hieraus resultiert die Gewerbesteuerbelastung. Seit dem Veranlagungszeitraum 2008 kann der Gewerbesteueraufwand nicht mehr als Betriebsausgabe von der Bemessungsgrundlage für die Körperschafts- und Gewerbesteuer abgezogen werden. Die effektiven Gewerbesteuersätze liegen regelmäßig zwischen 7% (bei einem Hebesatz von 200%) und 17,5% (bei einem Hebesatz von 500%).

Für Zwecke der Gewerbesteuer werden von inländischen und ausländischen Kapitalgesellschaften bezogene Gewinnanteile sowie Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft grundsätzlich in gleicher Weise behandelt wie für Zwecke der Körperschaftsteuer. Allerdings sind Gewinnanteile grundsätzlich nur dann im Ergebnis zu 95% steuerbefreit, wenn die Gesellschaft zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraumes mindestens mit 15% am Grund- oder Stammkapital der ausschüttenden Gesellschaft beteiligt war (sog. „gewerbesteuerliches Schachtelprivileg“). Für Gewinnanteile, die von ausländischen Kapitalgesellschaften stammen, gelten zusätzliche Einschränkungen. Es gelten zusätzliche Einschränkungen für enthaltene Gewinnanteile einer

ausländischen Kapitalgesellschaft. Verluste der Gesellschaft können zunächst – nur für Zwecke der Körperschaftsteuer – bis zu einem Betrag von maximal EUR 511.500,00 mit dem zu versteuernden Einkommen des Vorjahres verrechnet werden (sog. „Verlustrücktrag“). Danach verbleibende Verluste werden grundsätzlich zeitlich unbefristet vorgetragen. In Vorjahren erzielte Verluste der Kapitalgesellschaft sind für körperschaftsteuerliche und gewerbesteuerliche Zwecke bis zu einem Betrag in Höhe von EUR 1.000.000,00 uneingeschränkt mit dem maßgeblichen laufenden Gewinn zu verrechnen. Darüber hinaus können sie dagegen nur mit 60% des maßgeblichen laufenden Gewinns verrechnet werden. Die verbliebenen 40% müssen besteuert werden (sog. Mindestbesteuerung). Nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge können unbefristet vorgetragen werden und im Rahmen der dargestellten 60%-Beschränkung zukünftiges steuerpflichtiges Einkommen mindern. Nach der im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 2008 eingeführten und zwischenzeitlich gesetzlich umgestalteten sogenannten Zinsschranke können Nettozinsaufwendungen (Saldo aus Zinsaufwendungen und Zinserträgen des entsprechenden Geschäftsjahres) von mehr als EUR 3.000.000,00, insofern hier keine Ausnahmetatbestände Gültigkeit haben, bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns generell nur noch in Höhe von 30% des steuerlichen EBITDA abgezogen werden. Überlässt der Gesellschafter hierbei Fremdkapital, so greifen zudem zusätzliche Regelungen. Nicht abzugsfähige Zinsaufwendungen können vorgetragen werden und bei Erfüllung weiterer Voraussetzungen abgezogen werden. Bis zur Ausschöpfung dieser 30%-Grenze kann nicht genutztes Zinsabzugspotential des EBITDA in einem EBITDA-Vortrag genutzt werden. Insofern innerhalb von fünf Jahren mehr als 50% des gezeichneten Kapitals, der Beteiligungsrechte, Stimmrechte oder Mitgliedschaftsrechte an der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar auf einen Erwerber oder eine diesem nahe stehende Person übertragen werden oder ein vergleichbarer Sachverhalt vorliegt (sog. schädlicher Beteiligungserwerb), gehen Zinsvorträge, nicht genutzte Verluste und ein nicht verwendeter EBITDA-Vortrag vollständig unter. Bis zum schädlichen Beteiligungserwerb entstandene Verluste des laufenden Wirtschaftsjahres können nicht mehr ausgeglichen werden. Übertragungen von mehr als 25% bis hin zu 50% lassen Zinsvorträge und nicht genutzte Verluste quotal entfallen.

Besteuerung der Aktionäre

Bei der Besteuerung der Aktionäre ist zu unterscheiden zwischen der Besteuerung im Zusammenhang mit dem Halten der Aktien (Besteuerung von Dividenden), der entgeltlichen Veräußerung von Aktien (Besteuerung von Veräußerungsgewinnen) und der unentgeltlichen Übertragung von Aktien (Erbschaft- und Schenkungsteuer).

Besteuerung von Dividenden

Kapitalertragsteuer

Die Gesellschaft muss bei der Auszahlung der Dividende grundsätzlich Kapitalertragsteuer in Höhe von 25% zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% darauf (insgesamt 26,375%) einbehalten. Dividendenzahlungen, die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft finanziert werden, unterliegen nicht der Kapitalertragsteuer. Für in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtige Aktionäre, die ihrer inländischen Depotbank eine Nichtveranlagungsbescheinigung ihres Sitz- oder Wohnsitzfinanzamtes vorgelegt haben, kann die Depotbank durch Sammelantrag die Erstattung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags beantragen und an die Aktionäre auszahlen. Gleiches gilt, wenn der unbeschränkt steuerpflichtige Aktionär, der die Aktien in seinem Privatvermögen hält, der Depotbank

einen Freistellungsauftrag eingereicht hat und das darin zulässigerweise genannte Freistellungsvolumen nicht bereits verbraucht ist. Einbehaltung und Abführung der Kapitalertragsteuer sind unabhängig davon, in welcher Höhe die Dividendenzahlung beim Anteilseigner steuerlich zu berücksichtigen ist, und ob dieser innerhalb oder außerhalb Deutschlands ansässig ist. Bestimmte Ausnahmen können für bestimmte Aktionäre gelten, beispielsweise für Kapitalgesellschaften, die außerhalb Deutschlands in einem anderen EU-Mitgliedsstaat ansässig sind, wenn die EU-Mutter-Tochter-Richtlinie auf sie anwendbar ist. Sowohl bei inländischen Anlegern (d.h. Anlegern mit Wohnsitz, gewöhnlichem Aufenthalt, Geschäftsleitung oder Sitz in Deutschland) als auch bei im Ausland ansässigen Anlegern, die ihre Anteile über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, halten, wird die einbehaltene Kapitalertragsteuer auf die persönliche Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld angerechnet. Soweit die einbehaltene Kapitalertragsteuer die persönliche Steuerschuld übersteigt, wird sie erstattet. Entsprechendes gilt für den Solidaritätszuschlag. Dividendenzahlungen an ausländische Anleger unterliegen einer ermäßigten Kapitalertragsteuer (in der Regel 15%), wenn zwischen Deutschland und dem Herkunftsstaat des Anlegers ein entsprechendes Doppelbesteuerungsabkommen besteht, der Anleger Abkommenschutz genießt, er nach deutschem nationalen Steuerrecht zur Inanspruchnahme der Abkommensvorteile berechtigt ist und er die Anteile nicht über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen hält, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist. Die Ermäßigung wird dadurch gewährt, dass der Differenzbetrag zwischen der in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe einbehaltenen Kapitalertragsteuer (einschl. des Solidaritätszuschlags) und der Steuerschuld, die sich aus dem Steuersatz im jeweiligen Abkommen ergibt (in der Regel 15%), auf Antrag vom Bundeszentralamt für Steuern, Hauptdienstsz Bonn, An der Kuppe 1, D-53225 Bonn, erstattet wird. Die entsprechenden Antragsformulare sind beim Bundeszentralamt für Steuern sowie deutschen Botschaften und Konsulaten erhältlich. Seit dem 1. Januar 2007 erhalten ausländische Gesellschaften keine Kapitalertragsteuerentlastung, soweit an der Gesellschaft Personen beteiligt sind, denen die Entlastung nicht zustünde, wenn sie die Einkünfte unmittelbar erzielten und für die Einschaltung der Gesellschaft wirtschaftliche oder sonst beachtliche Gründe fehlen, die Gesellschaft nicht mehr als 10% ihrer Bruttoerträge im Wirtschaftsjahr aus eigener Wirtschaftstätigkeit erzielt oder die Gesellschaft nicht mit einem für ihren Geschäftszweck angemessenen eingerichteten Geschäftsbetrieb am allgemeinen Wirtschaftsverkehr teilnimmt.

Besteuerung der in Deutschland ansässigen Anleger

Bei Aktien, die von unbeschränkt steuerpflichtigen, natürlichen Personen im Privatvermögen gehalten werden, unterliegen Dividenden und Veräußerungsgewinne unabhängig von der Haltedauer der Anteile in voller Höhe einer Abgeltungssteuer. Dies bedeutet mit dem Einbehalt der Steuer gilt die Einkommenssteuerschuld des Anteilseigners als abgegolten. Die erzielten Einkünfte bleiben im Steuerveranlagungsverfahren des Anteilseigners daher unberücksichtigt. Die Abgeltungssteuer wird von der Gesellschaft im Wege des Kapitalertragssteuerabzugs für Rechnung des Aktionärs einbehalten und abgeführt. Der Abgeltungssatz beträgt hierbei 25% zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag, mithin insgesamt 26,375% der maßgeblichen Bruttoerlöse. Für sämtliche Einkünfte aus Kapitalvermögen wird als Werbungskostenabzug insgesamt ein Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801,00 bzw. EUR 1.602,00 bei zusammen veranlagten Ehegatten gewährt. Ausgeschlossen ist hingegen der Abzug der tatsächlichen Werbungskosten. Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Steuerarten verrechnet oder anderweitig verwendet werden. Indes mindern die Verluste aber die künftigen Einkünfte des Steuerpflichtigen aus Kapitalvermögen. Auf Antrag des Aktionärs werden die Kapitalerträge mit dem

persönlichen individuellen Einkommenssteuersatz besteuert, insofern dies für den Aktionär zu einer niedrigeren Steuerbelastung führt. Hierbei ist allerdings auch der Werbungskostenabzug ausgeschlossen. Bei einer Beteiligung von mehr als 25% oder einer Beteiligung von mindestens 1% und gleichzeitiger beruflicher Tätigkeit für die Gesellschaft kommt es auf Antrag zu einer Berücksichtigung der Kapitalerträge im Rahmen des Veranlagungsverfahrens. Der Werbungskostenabzug ist in diesem Fall möglich, Verluste können mit anderen Einkünften verrechnet werden. Die Abgeltungssteuer gilt hingegen nicht für Dividenden auf Aktien im Betriebsvermögen. Sind die Aktien dem Betriebsvermögen des Aktionärs zuzuordnen, so hängt die Besteuerung vielmehr davon ab, ob der Aktionär eine Körperschaft, eine natürliche Person oder eine Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft) ist.

(i) Bei Kapitalgesellschaften sind die Dividendenzahlungen grundsätzlich von der Körperschaftsteuer befreit. Jedoch gelten 5% der steuerfreien Dividendeneinnahmen als Ausgaben, die steuerlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden dürfen, und unterliegen somit im Ergebnis der Besteuerung. Im Gegenzug ist die Abzugsfähigkeit tatsächlich entstandener Betriebsausgaben, die im Zusammenhang mit den Anteilen stehen, nicht deswegen eingeschränkt, weil sie mit steuerfreien Einnahmen im Zusammenhang stehen. Steuerfreie Dividendeneinnahmen sind für die Ermittlung der gewerbsteuerlichen Bemessungsgrundlage wieder hinzuzurechnen, es sei denn, die Anlegerin ist zu Beginn des Erhebungszeitraums zu mindestens 10% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Im letztgenannten Fall sind allerdings 5% der Dividende, die als nicht abzugsfähige Betriebsausgaben gelten, gewerbsteuerpflichtig. Dividendenzahlungen, die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft finanziert werden, unterliegen nur insoweit der Körperschaft- und Gewerbesteuer, als die aus dem steuerlichen Einlagekonto der Gesellschaft stammenden Dividendenzahlungen die Anschaffungskosten der Aktien überschreiten. Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds sind unten beschrieben.

(ii) Bei Aktien, die von natürlichen Personen im Betriebsvermögen gehalten werden, ist das sogenannte Teileinkünfteverfahren zu beachten. Dividenden und Gewinne aus der Veräußerung oder Entnahme von Aktien sind demnach zu 40% steuerbefreit. Entsprechend können Aufwendungen, die mit Dividenden oder Aktienveräußerungs- oder Entnahmegewinnen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, nur zu 60% abgezogen werden. Die Dividenden unterliegen in voller Höhe der Gewerbesteuer, es sei denn, der Steuerpflichtige war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums mit 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, gilt die 40%ige Freistellung der Dividende von der Einkommenssteuer für die Gewerbesteuer entsprechend. Allerdings ist die Gewerbesteuer unter bestimmten Voraussetzungen im Wege eines pauschalisierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommenssteuerschuld des Aktionärs anrechenbar.

(iii) Werden die Aktien von einer Personengesellschaft gehalten, fällt Einkommen- oder Körperschaftsteuer lediglich auf der Ebene der Gesellschafter an. Bei körperschaftsteuerpflichtigen Gesellschaftern ist die Dividendenzahlung grundsätzlich steuerbefreit (siehe oben (i)). Unterliegt der Gesellschafter hingegen der Einkommensteuer, (siehe oben (ii)). Hinsichtlich der Abziehbarkeit von Betriebsausgaben gilt für körperschaftsteuerpflichtige Gesellschafter das oben unter (i) Ausgeführte und für einkommensteuerpflichtige Gesellschafter das oben unter (ii) Ausgeführte. Gewerbesteuer auf die gesamte Dividendenzahlung fällt auf der Ebene der Personengesellschaft an, wenn diese gewerbsteuerpflichtig ist und nicht zu Beginn des Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt ist. Soweit Kapitalgesellschaften an der Personengesellschaft beteiligt sind, unterliegen in diesem Fall nur 5% der Dividendenzahlungen der Gewerbesteuer. Im Fall,

dass natürliche Personen an ihr beteiligt sind, unterliegen die Dividenden nur zu 60% der Gewerbesteuer. Die auf Ebene der Personengesellschaft anfallende Gewerbesteuer wird im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die Einkommenssteuer der natürlichen Personen angerechnet.

Im Ausland ansässige Anleger

Bei ausländischen Anlegern, die die Anteile nicht über eine inländische Betriebsstätte oder feste Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen halten, für das im Inland ein ständiger Vertreter bestellt ist, ist die Steuerpflicht mit der Einbehaltung der (möglicherweise über entsprechende Doppelbesteuerungsabkommen reduzierten) Kapitalertragsteuer abgegolten. Handelt es sich bei dem Aktionär um eine natürliche Person und gehören die Aktien zu einem Betriebsvermögen einer deutschen Betriebsstätte oder festen Einrichtung in Deutschland oder zu einem Betriebsvermögen, für das ein im Sinne der anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommen abhängiger ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, so unterliegen 60% der Dividenden der deutschen Einkommenssteuer zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag. Gehören die Aktien zu einem gewerblichen Betriebsvermögen, unterliegen die bezogenen Dividenden nach Abzug der mit ihnen im wirtschaftlichen Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben der Gewerbesteuer, außer, der Aktionär war zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums zu mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Unter gewissen Voraussetzungen ist allerdings die Gewerbesteuer im Wege eines pauschalierten Anrechnungsverfahrens auf die persönliche Einkommenssteuer des Aktionärs anrechenbar. Vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, zum Beispiel für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Pensionsfonds sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen sind Dividendenausschüttungen an ausländische Körperschaften generell von der Körperschaftssteuer und dem Solidaritätszuschlag befreit, soweit die Aktien der Betriebsstätte in Deutschland zugerechnet werden können oder durch einen ständigen Vertreter in Deutschland gehalten werden. Soweit die Aktien zu einer gewerblichen Betriebsstätte in Deutschland gehören, unterliegen die bezogenen Dividenden der Gewerbesteuer, es sei denn, die Beteiligung betrug zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums mindestens 15% des Grundkapitals der Gesellschaft. Auch wenn die Dividende von Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer befreit ist, werden jedoch 5% der Dividenden als steuerlich nicht abziehbare Betriebsausgaben behandelt und somit effektiv 5% der Dividenden der Körperschaftssteuer (zzgl. Solidaritätszuschlag) und Gewerbesteuer unterworfen. Tatsächlich anfallende Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Beteiligung stehen, können fernerhin, für körperschafts- und gewerbesteuerliche Zwecke in voller Höhe als Betriebsausgaben abgezogen werden. Ist der Gläubiger der Kapitalerträge eine in Deutschland beschränkt steuerpflichtige Körperschaft, werden 2/5 der Kapitalertragssteuer auf Antrag erstattet. Der Antrag ist bei dem Bundeszentralamt für Steuern zu stellen. Eine weitergehende Freistellung oder Erstattung nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder §43b EStG (Mutter-Tochter-Richtlinie) bleibt unberührt.

Besteuerung von Veräußerungsgewinnen

Im Inland ansässige Aktionäre

Gewinne aus der Veräußerung von im Privatvermögen einer natürlichen Person mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland gehaltenen und nach dem 31.12.2008 erworbenen Aktien (Beteiligung weniger als 1%) unterliegen unabhängig von der Haltedauer der Aktien Einkommenssteuer- und Solidaritätszuschlagspflicht. Der Gewinn aus der Veräußerung der Aktien unterliegt der Kapitalertragssteuer in Höhe von 25% zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag hierauf. Ein unter Umständen

entstehender Veräußerungsverlust kann lediglich mit Veräußerungsgewinnen verrechnet werden. Falls dies in dem Veranlagungszeitraum, in dem die Verluste realisiert wurden, nicht möglich ist, mindern die Verluste die Einkünfte, die der Steuerpflichtige in den folgenden Veranlagungszeiträumen aus der Veräußerung von Aktien erzielt. Veräußerungsgewinne von Aktien, die im Privatvermögen eines in Deutschland ansässigen Aktionärs gehalten werden, sind darüber hinaus zu 60% steuerpflichtig, wenn der Aktionär oder im Falle eines unentgeltlichen Erwerbs sein Rechtsvorgänger – in einem Zeitpunkt während eines der Veräußerung vorausgehenden Fünfjahreszeitraums zu mindestens 1% unmittelbar oder mittelbar am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt gewesen ist. In diesem Fall unterliegen ebenfalls 60% der Gewinne aus der Veräußerung eines Bezugsrechts der Einkommenssteuer und dem Solidaritätszuschlag. Verluste aus der Veräußerung von Aktien oder Bezugsrechten sowie Aufwendungen, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Veräußerung stehen, sind lediglich zu 60% absetzbar. Die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Aktien, die von einem in Deutschland ansässigen Aktionär im Betriebsvermögen gehalten werden, hängt davon ab, ob der Aktionär eine Kapitalgesellschaft, eine Personengesellschaft oder natürliche Person ist.

(i) Im Falle einer Kapitalgesellschaft als Anlegerin sind Veräußerungsgewinne grundsätzlich von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit. Jedoch gelten 5% des Veräußerungsgewinns als Ausgaben, die steuerlich nicht als Betriebsausgaben abgezogen werden dürfen, so dass sie im Ergebnis der Besteuerung unterliegen. Im Gegenzug ist die Abzugsfähigkeit tatsächlich entstandener Betriebsausgaben, die im Zusammenhang mit den Anteilen stehen, nicht deswegen eingeschränkt, weil sie mit steuerfreien Einnahmen im Zusammenhang stehen. Veräußerungsverluste (ebenso wie Teilwertabschreibungen auf die Anteile) können steuerlich nicht berücksichtigt werden. Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds sind unten beschrieben.

(ii) Sofern die Aktien von Einzelunternehmern gehalten werden, werden 60% der Veräußerungsgewinne besteuert und dem Solidaritätszuschlag unterworfen. Entsprechend können nur 60% der mit solchen Veräußerungsgewinnen zusammenhängenden Betriebsausgaben sowie nur die Hälfte eventueller Veräußerungsverluste (oder Teilwertabschreibungen auf die Anteile) steuerlich berücksichtigt werden. Zusätzlich unterfällt die Hälfte der Veräußerungsgewinne der Gewerbesteuer, wenn der Einzelunternehmer gewerbesteuerpflichtig ist. Die Gewerbesteuer wird jedoch – abhängig von der Höhe des kommunalen Gewerbesteuersatzes und der persönlichen Besteuerungsverhältnisse – vollständig oder teilweise auf die Einkommensteuer des Anlegers angerechnet.

(iii) Ist der Anleger eine Personengesellschaft, so hängt die Besteuerung davon ab, ob deren Gesellschafter der Einkommen- oder Körperschaftsteuer unterliegen: Bei Gesellschaftern, die der Körperschaftsteuer unterliegen, sind Veräußerungsgewinne grundsätzlich steuerbefreit (siehe oben (i)). Gesellschafter, die der Einkommensteuer unterliegen, haben die Hälfte der Veräußerungsgewinne zu versteuern (siehe oben (ii)). Entsprechendes gilt für Gewerbesteuerzwecke in Abhängigkeit vom Gesellschafterbestand der Personengesellschaft, wenn die Personengesellschaft gewerbesteuerpflichtig ist. Soweit natürliche Personen an der Personengesellschaft beteiligt sind, wird die Gewerbesteuer jedoch – abhängig von der Höhe des kommunalen Gewerbesteuersatzes und der persönlichen Besteuerungsverhältnisse – vollständig oder teilweise auf ihre Einkommensteuer angerechnet. Hinsichtlich der Abziehbarkeit von mit Veräußerungsgewinnen zusammenhängenden Betriebsausgaben und Veräußerungsverlusten gilt für körperschaftsteuerpflichtige Gesellschafter das oben unter (i) Ausgeführte und für einkommensteuerpflichtige Gesellschafter das oben unter (ii) Ausgeführte.

Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds sind unten beschrieben.

Im Ausland ansässige Anleger

Erfolgt die Veräußerung der Aktien durch eine ausländische natürliche Person (i), welche die Aktien in einer Betriebsstätte, festen Einrichtung oder in einem Betriebsvermögen hält, für das ein ständiger Vertreter in Deutschland bestellt ist, oder (ii) die selbst – bzw. bei unentgeltlichem Erwerb dessen Rechtsvorgänger – zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Veräußerung der Aktien direkt oder indirekt mit mindestens 1% des Grundkapitals beteiligte gewesen ist, so unterliegen die erzielten Veräußerungsgewinne in Deutschland zu 60% der Einkommenssteuer zzgl. 5,5% Solidaritätszuschlag. Im Falle einer Zurechnung der Aktien zu einer inländischen Betriebsstätte eines Gewerbebetriebs unterliegen die Veräußerungsgewinne zu 60% ebenfalls der Gewerbesteuer. Die Vielzahl der Doppelbesteuerungsabkommen sehen eine uneingeschränkte Befreiung von der deutschen Besteuerung vor, sofern die Aktien nicht im Vermögen einer inländischen Betriebsstätte oder festen Einrichtung oder durch einen inländischen ständigen Vertreter, der im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens abhängig ist, gehalten werden. Veräußerungsgewinne einer nicht in Deutschland ansässigen Körperschaft sind – vorbehaltlich gewisser Ausnahmen, zum Beispiel Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Pensionsfonds, Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen – grundsätzlich zu 95% von der Gewerbe- und Körperschaftssteuer befreit. 5% der Gewinne werden als steuerlich nicht abziehbare Betriebsausgaben behandelt, so dass effektiv 5% der Gewinne der Körperschaftssteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag unterliegen, insofern (i) die Aktien über eine Betriebsstätte gehalten werden oder zu einem Betriebsvermögen gehören, für das in Deutschland ein ständiger Vertreter bestellt ist, der im Sinne des anwendbaren Doppelbesteuerungsabkommens abhängig ist oder (ii) vorbehaltlich der Anwendung eines Doppelbesteuerungsabkommens die ausländische Körperschaft zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Veräußerung der Aktien unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 1% am Kapital der Gesellschaft beteiligt war. Gehören die Aktien zu einer inländischen gewerblichen Betriebsstätte der Körperschaft, so unterliegen 5% des Gewinns aus der Veräußerung auch der Gewerbesteuer. Doppelbesteuerungsabkommen sehen diesbezüglich grundsätzlich keine weitere Reduktion der im Inland erhobenen Steuer vor. Tatsächlich anfallende Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Beteiligung stehen, können für körperschafts- und gewerbsteuerliche Zwecke als Betriebsausgaben abgezogen werden. Verluste aus der Veräußerung oder Abschreibung von Aktien sowie andere Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit den veräußerten Aktien stehen, sind steuerlich hingegen nicht abzugsfähig.

Besondere Regelungen für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen sowie Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen und Pensionsfonds

Für Aktien, die bei Kreditinstituten oder Finanzdienstleistungsinstituten gemäß § 1a Kreditwesengesetz ihrem Handelsbuch zuzurechnen sind, findet die üblicherweise für Kapitalgesellschaften geltende Steuerbefreiung bzw. das Teileinkünfteverfahren sowohl auf Dividendeneinnahmen als auch auf Veräußerungsgewinne bzw. -verluste keine Anwendung, d.h. Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne unterliegen in vollem Umfang der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer. Die Dividenden sind ggf. von der Gewerbesteuer befreit, sofern zu Beginn des maßgeblichen Erhebungszeitraums eine Beteiligung von mindestens 15% am Grundkapital der Gesellschaft bestand.

Das gleiche gilt für Aktien, die von Finanzunternehmen im Sinne des Kreditwesengesetzes mit dem Ziel der kurzfristigen Erzielung eines Eigenhandelserfolges erworben wurden. Dies gilt ebenso für Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute und Finanzunternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft oder einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens. Eine Gewerbesteuerpflicht besteht jedoch nur, wenn die Anteile über eine inländische Betriebsstätte gehalten wurden. Ebenso findet die üblicherweise für Kapitalgesellschaften geltende Steuerbefreiung sowohl auf Dividendeneinnahmen als auch auf Veräußerungsgewinne bzw. -verluste keine Anwendung auf Aktien, die bei Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen sowie Pensionsfonds den Kapitalanlagen zuzurechnen sind. Für diese Anleger ist eine Befreiung von der Gewerbesteuer aufgrund der Beteiligungshöhe allerdings nicht möglich. Eine Rückausnahme von der Steuerpflicht auf Dividendeneinnahmen und Veräußerungsgewinne gilt für Bezüge, die unter die Mutter-Tochter- Richtlinie der EU fallen. Diese Bezüge sind von der Besteuerung befreit.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die Übertragung von Aktien im Wege der Erbfolge oder Schenkung wird nur unter folgenden Voraussetzungen der deutschen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer unterworfen: (i) Der Erblasser, der Schenker, der Erbe, der Beschenkte oder ein sonstiger Begünstigter hat seinen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt, Geschäftsleitung oder Sitz zum Zeitpunkt der Übertragung in Deutschland oder hat sich als deutscher Staatsangehöriger nicht länger als fünf Jahre dauernd im Ausland aufgehalten, ohne im Inland einen Wohnsitz zu haben; (ii) Die Anteile werden — unabhängig von diesen persönlichen Voraussetzungen — in einem gewerblichen Betriebsvermögen gehalten, für welches in Deutschland eine Betriebsstätte unterhalten wird oder ein ständiger Vertreter bestellt ist; oder (iii) Der Erblasser war zurzeit des Erbfalls oder der Schenker zurzeit der Schenkung entweder allein oder zusammen mit anderen ihm nahe stehenden Personen unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 10% am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt. Besondere Vorschriften gelten für deutsche Staatsangehörige, die im Inland weder einen Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, zu einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts in einem Dienstverhältnis stehen und dafür Arbeitslohn aus einer öffentlichen Kasse beziehen, sowie für zu ihrem Haushalt gehörende Angehörige, die die Staatsangehörigkeit besitzen. Die wenigen Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer, die Deutschland abgeschlossen hat, sehen üblicherweise vor, dass deutsche Erbschaft- oder Schenkungsteuer nur in der Fallgestaltung (i) und mit gewissen Einschränkungen auch in der Fallgestaltung (ii) erhoben wird. Sonderregelungen finden Anwendung auf bestimmte außerhalb Deutschlands lebende deutsche Staatsangehörige und ehemalige deutsche Staatsangehörige.

Sonstige Steuern

Bei Kauf, Verkauf oder sonstiger Veräußerung von Aktien fällt keine deutsche Kapitalverkehrsteuer, Stempelsteuer oder ähnliche Steuer an., Unter bestimmten Voraussetzungen ist es jedoch möglich, dass Unternehmer zu einer Umsatzsteuerpflicht der ansonsten steuerfreien Umsätze optieren. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben. Die Übertragung oder Vereinigung von mindestens 95% der Aktien an einer Gesellschaft kann Grunderwerbssteuer auslösen, wenn die Gesellschaft oder Gesellschaften, an denen die Gesellschaft mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist, über inländische Grundstücke verfügt.

Finanzteil

Die nachfolgenden Jahresabschlüsse wurden durch das nachfolgend benannte Wirtschaftsprüfungsunternehmen geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Wirtschaftsprüfungstestat versehen.

Jahresabschlüsse per 31.12.2009 (Advantag GmbH), 31.12.2010 und 31.12.2011 (jeweils Advantag Aktiengesellschaft):

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Thijssen – Pöhls – Stefaniak KG
Monrestraße 58
47546 Kalkar

Die Bilanzierung der Gesellschaft erfolgt gemäß dem deutschen Handelsgesetzbuch (HGB).

Erklärung zu wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Advantag Aktiengesellschaft

Seit den letzten, geprüften Interimsfinanzinformationen per 31.12.2011 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Gesellschaft eingetreten. Die Handelsposition hat sich in den Jahren 2011 und 2012 in der Form verändert, dass der Umsatz des Emissionshandelsgeschäftes aufgrund des Verlustes eines Großlieferanten im Geschäftsjahr 2010 erkennbar zurückgegangen ist, die Zahl der Kunden in diesem Bereich jedoch deutlich erhöht werden konnte. Der Vorstand begegnete dieser Entwicklung mit einer Erhöhung der Handelsgebühren und verstärkter Kundengewinnung. Die Umsatzerlöse im Bereich Corporate Finance Consulting und die in diesem Segment betreuten Kunden konnten im Geschäftsjahr 2011 signifikant gesteigert werden. Der Vorstand erwartet einen deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse im Emissionshandelsbereich ab dem Beginn der III. Handelsperiode im Jahr 2013, da ab diesem Zeitpunkt die kostenlose Zuteilung der Anlagenbetreiber auf 80% reduziert wird.

Thijssen – Pöhls – Stefaniak KG – Postfach 1443 – 47541 Kalkar

Bericht

über die

**Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichts**

zum

31. Dezember 2011

Advantag Aktiengesellschaft

47608 Geldern

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>SEITE</u>
A. Prüfungsauftrag	1
B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	4
C.I Gegenstand der Prüfung	4
C.II Art und Umfang der Prüfung	4
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
D.I Feststellungen zur Rechnungslegung	8
D.I.1 Vorjahresabschluss	8
D.I.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
D.I.3 Jahresabschluss	9
D.I.4 Lagebericht	9
D.II Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
D.II.1 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
D.II.2 Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	10
E. Analyse der Vermögens-, Finanz und Ertragslage	11
E.1 Vermögenslage (Bilanz)	11
E.2 Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	12
E.3 Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	12
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	13

ANLAGENVERZEICHNIS

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

Umfassende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

A. Prüfungsauftrag

1. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der

Advantag Aktiengesellschaft

47608 Geldern

- nachstehend auch Gesellschaft genannt –

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 gewählt.

2. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat uns daraufhin beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie den Lagebericht unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten. Wir haben den Auftrag mit Schreiben vom 26. Mai 2011 angenommen.

3. Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen. Da es sich um eine freiwillige Jahresabschlussprüfung handelt, richtet sich der Bestätigungsvermerk an das geprüfte Unternehmen.

4. Bei unserer Berichterstattung haben wir die "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW), wie sie in dem Prüfungsstandard IDW PS 450 niedergelegt sind, beachtet.

5. Grundlage für die Durchführung des uns erteilten Prüfungsauftrages und für unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der als Anlage beigefügten Fassung.

B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

6. Die Geschäftsführung der Gesellschaft hat im Jahresabschluss und Lagebericht zur Lage der Gesellschaft Stellung genommen.

Die Geschäftsführung hat durch die Bilanzierung und Bewertung unter Fortführungsgesichtspunkten zum Ausdruck gebracht, dass sie von einer Fortführung des Unternehmens ausgeht. Besondere, über das allgemeine unternehmerische Risiko hinausgehende Risiken in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegen nach Auffassung der Geschäftsführung nicht vor.

Im Geschäftsjahr 2010 entstand die Advantag Aktiengesellschaft aus Umwandlung der Advantag GmbH unter Erweiterung der Geschäftstätigkeit um den Handel mit Emissionsrechten nach Treibhausemissionsgesetz. Das Jahr 2011 ist daher das erste komplette Geschäftsjahr der AG.

Folgende Angaben der Geschäftsführung sind zur Beurteilung der Lage der Gesellschaft als wesentlich hervorzuheben:

- a) Der Handel mit Emissionsrechten wurde nach dem Ausfall eines Großkunden im Vorjahr verändert aufgebaut und mehrere Kleinkunden konnten gewonnen werden.
- b) Die Gesellschaft geht von einer zunehmenden Bedeutung des Handels mit Emissionsrechten aus.

7. Die Darstellung der Lage durch die Geschäftsführung ist durch uns als Abschlussprüfer im Rahmen unserer Stellungnahme zu beurteilen. Diese geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Fortführung der Unternehmenstätigkeit gefährdet wäre.

Die durch die Geschäftsführung dargestellten Aspekte des Lageberichts zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zutreffend. Schwerpunkt der Tätigkeit im Berichtsjahr lag auf der Erschließung des Handelsmarktes mit Emissionsrechten. Die übrigen Tätigkeiten sind von geringerer Bedeutung gewesen.

Zu den wesentlichen Angaben der Geschäftsführung im Lagebericht nehmen wir wie folgt Stellung:

- zu a) Die Geschäftsbeziehung zu dem Großkunden endete wegen eines Steuerermittlungsverfahrens, in das auch die Gesellschaft einbezogen wurde. In dem Verfahren wird die Gesellschaft rechtsanwältlich betreut. Aus der Sicht des Anwalts ist die Angelegenheit für die Gesellschaft weitgehend abgeschlossen. Es konnten mehrere kleinere neue Kunden gewonnen werden.
- zu b) Der noch junge Markt der Emissionsrechte wird in Folge rückläufiger Zuweisungen in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Analysten sehen darin auch einen Markt für Spekulationen.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Wir schließen uns der im Jahresabschluss und Lagebericht zum Ausdruck kommenden Beurteilung der gesetzlichen Vertreter zur Lage des Unternehmens an.

- 8. Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- 9. Zu den rechtlichen und steuerlichen Verhältnissen der Gesellschaft verweisen wir auf die Anlage VI des Prüfungsberichts.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

C.I. Gegenstand der Prüfung

10. Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.
11. Feststellungen unter anderen Gesichtspunkten, insbesondere im Hinblick auf die Beachtung sonstiger rechtlicher Vorschriften sowie auf dolose Handlungen im Geschäftsverkehr, waren nicht Gegenstand unseres Auftrages. Anhaltspunkte hierfür haben sich bei unserer Prüfung nicht ergeben. Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrages.

C.II. Art und Umfang der Prüfung

12. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine kleine Gesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Im Auftrag der Gesellschaft haben wir unsere Prüfung nach Art und Umfang einer Jahresabschlussprüfung gemäß §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der "Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen", insbesondere der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" (Prüfungsstandards PS 200 ff.), durchgeführt. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Anforderungen, die sich aus der Festlegung des Prüfungsgegenstandes ergeben, erfüllt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

13. Unsere Prüfung haben wir in den Monaten Januar 2012 - mit zeitlichen Unterbrechungen - in den Geschäftsräumen der Gesellschaft und in unserem Büro vorgenommen.
14. Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene und von den Gesellschaftern festgestellte Vorjahresabschluss.
15. Der Prüfung lag eine Planung unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind uns aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft sowie aus Branchenberichten und aus unseren Erfahrungen aus vergleichbaren Prüfungen bekannt.
16. Für die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte wurden kritische Prüfungsziele identifiziert und ein Prüfungsprogramm entwickelt, welches neben dem Ansatz der Prüfung die Art und den Umfang der Prüfungshandlungen in zeitlicher und personeller Zuordnung festlegt. Aus den bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:
 - Umsatzerlöse und
 - Wareneinkauf.
17. Ausgehend von einer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen erfolgten im Wesentlichen aufgrund von analytische Prüfungen und Einzelfallprüfungen.

Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung trugen und es ermöglichten, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen. Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

18. Insbesondere haben wir folgende Prüfungshandlungen vorgenommen:

Bei der Prüfung des Anlagevermögens haben wir uns von der Ordnungsmäßigkeit der Anlagenkartei überzeugt. Zugänge und Abgänge zum Anlagevermögen wurden weitgehend überprüft. Die Bewertung des Anlagevermögens wurde auf die Übereinstimmung mit Abschreibungsmethoden und Abschreibungsdauern untersucht.

Bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden durch die Gesellschaft auf den 31. Dezember 2011 Saldenbestätigungen eingeholt. Weiterhin haben wir die Entwicklung des durch eine Saldenliste nachgewiesenen Bestandes an Forderungen und Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag bis zum Tag der Prüfung verfolgt und daraus Rückschlüsse auf die Bewertung gezogen. Soweit möglich, erfolgte eine Abstimmung von Forderungen und Verbindlichkeiten mit den entsprechenden Gegenkonten bei Gesellschaftern und anderen Unternehmen.

Soweit Nachweise und Bestätigungen Dritter vorlagen, haben wir diese bei unserer Prüfung zugrunde gelegt.

Bei der Prüfung der Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen gingen die aus den vorangegangenen Jahresabschlussprüfungen gewonnenen Erfahrungen in die Prüfung mit ein.

Die Prüfung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte weitgehend durch eine bewusste Stichprobenauswahl, sofern nicht wegen der Auswirkung auf den Jahresabschluss eine lückenlose Prüfung einzelner Konten erforderlich war.

19. Alle verlangten Aufklärungen und Nachweise wurden uns durch die Geschäftsführung bzw. die von ihr benannten Mitarbeiter bereitwillig und im gewünschten Umfang erbracht. Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind. In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

D.I. Feststellungen zur Rechnungslegung

D.I.1. Vorjahresabschluss

20. Der Vorjahresabschluss wurde in der Gesellschafterversammlung vom 20. Mai 2011 festgestellt. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt.

D.I.2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

21. Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die weiteren Informationen aus den sonstigen zur Prüfung herangezogenen Unterlagen führten zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Im Hinblick auf die IT-gestützte Rechnungslegung haben wir keine Sachverhalte festgestellt, die uns zu der Annahme veranlassen, dass die Sicherheit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten nicht gewährleistet ist.

Die Buchführung und die sonstigen geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung.

D.I.3. Jahresabschluss

22. Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen entwickelt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung für kleine Gesellschaften unter der Prämisse der Unternehmensfortführung aufgestellt worden. Die Gliederung der Bilanz erfolgte nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt. Soweit für die Bilanz oder die Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgte die entsprechende Angabe überwiegend im Anhang. Der Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben.

Der Jahresabschluss entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

D.I.4. Lagebericht

23. Für kleine Kapitalgesellschaften besteht keine gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung eines Lageberichts.

Die Gesellschaft hat freiwillig einen Lagebericht erstellt. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft.

Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft sind im Lagebericht zutreffend dargestellt.

D.II. Erläuterungen zur Rechnungslegung

D.II.1. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

24. Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss als Gesamtaussage aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

D.II.2. Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

25. Die Bewertungsgrundlagen umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen wertbestimmenden Faktoren.
Zu den wesentlichen Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.
26. Im Berichtsjahr sind keine Änderungen in den Bewertungsgrundlagen im Vergleich zum Vorjahr vorgenommen worden.
27. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Gesellschaft im Jahresabschluss die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie die Ermessensspielräume handelsrechtlich zulässig nach dem Vorsichtsprinzip ausübt.
Ansatz und Bewertung der Aktiv- und Passivposten entsprechen den handelsrechtlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Bilanzierung.
28. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen vorgenommen, die dazu geeignet sind, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Jahresabschluss wesentlich zu beeinflussen.

E. Analyse der Vermögens-, Finanz und Ertragslage

29. Nachstehend werden die Inhalte der wichtigsten Posten des Jahresabschlusses erläutert und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft analysierend dargestellt.

E.1. Vermögenslage (Bilanz)

30. Die Entwicklung der Vermögenslage wird durch einen Vergleich der nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen des Berichtsjahres mit den entsprechenden Bilanzzahlen des vorangegangenen Geschäftsjahres deutlich:

	Bilanz zum 31.12.2011		Bilanz zum 31.12.2010		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
<u>AKTIVA</u>						
Anlagevermögen	31,3	9,9	28,4	2,2	2,9	24,2
Vorräte	50,0	15,9	12,0	0,9	38,0	316,7
Forderungen	54,4	17,3	7,9	0,6	46,5	588,6
Sonstige Vermögensgegenstände	13,0	4,1	1,6	0,1	11,4	712,5
Flüssige Mittel/Wertpapiere	161,5	51,3	1.238,4	96,0	-1.076,9	-87,0
Rechnungsabgrenzungsposten	4,4	1,4	1,5	0,1	2,9	193,3
Summe Aktiva	314,6	100,0	1.289,9	100,0	-975,3	-75,6

	Bilanz zum 31.12.2011		Bilanz zum 31.12.2010		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
<u>PASSIVA</u>						
Eigenkapital	214,0	68,0	45,5	3,5	168,5	370,3
Rückstellungen	46,6	14,8	1.236,0	95,8	-1.189,4	-96,2
Lieferverbindlichkeiten	12,7	4,0	1,4	0,1	11,3	807,1
Sonstige Verbindlichkeiten	41,3	13,1	7,0	0,5	34,3	490,0
Summe Passiva	314,6	100,0	1.289,9	100,0	-975,3	-75,6

31. Wesentlicher Posten auf der Aktivseite der Bilanz sind die liquiden Mittel. Sie stehen im Zusammenhang mit den Einzahlungen für eine anstehende Kapitalerhöhung.

Das Eigenkapital .einschließlich der Einlagen zu Durchführung einer Kapitalerhöhung machen den größten Posten auf der Passivseite der Bilanz aus.

E.2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

32. Eine Kapitalflussrechnung wird nicht dargestellt. Die Liquidität hat im wesentlichen durch Inanspruchnahme von Rückstellungen abgenommen und durch Einzahlungen zur Kapitalerhöhung wieder zugenommen. Sie beträgt zum Stichtag 162 Teuro.

E.3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

33. Die Ertragslage und die Auswirkungen ihrer Veränderungen ergeben sich aus dem nachstehenden Vergleich der Erfolgsrechnungen für das Berichtsjahr und das Vorjahr:

	Bilanz zum 31.12.2011 TEuro	%	Bilanz zum 31.12.2010 TEuro	%	Änderung ggü. d. Vorjahr in TEuro	%
Umsatzerlöse	2.407,3	100,0	30.393,8	100,0	-27.986,5	-92,1
+ sonst. betriebl. Erträge	36,5	1,5	0,0	0,0	36,5	0,0
- Materialaufwand	2.310,9	96,0	30.216,6	99,4	-27.905,7	-92,4
- Personalaufwand	47,1	2,0	9,6	0,0	37,5	390,6
- Abschreibungen	13,9	0,6	10,7	0,0	3,2	29,9
- sonst.betriebl.Aufwand	68,9	2,9	160,3	0,5	-91,4	-57,0
+ Finanzerträge	1,8	0,1	9,4	0,0	-7,6	-80,9
= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4,8	0,2	6,0	0,0	-1,2	-20,0
- EE-Steuern	1,9	0,1	2,1	0,0	-0,2	-9,5
= Jahresergebnis	2,9	0,1	3,9	0,0	-1,0	-25,6

34. Wegen der Geschäftsgründung in 2009 und der Aufnahme der Tätigkeit in 2010 macht eine detaillierte Analyse wenig Sinn. Der Umsatz entfällt auf den Handel mit Wertpapieren und mit Zertifikaten sowie auf Beratungsleistungen und Kostenerstattungen. Der Rohertrag beträgt 97 TEuro nach 177 TEuro im Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im wesentlichen Raumkosten und Kfz – Kosten.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

35. Wir haben zu dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 und dem dazugehörigen Lagebericht den nachstehend abgedruckten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Advantag Aktiengesellschaft, 47608 Geldern

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Advantag Aktiengesellschaft, Geldern, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Der unterzeichnete Bestätigungsvermerk ist diesem Bericht als Anlage V beigelegt.

Kalkar, 27. Januar 2012

Thijssen - Pöhls - Stefaniak KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Michael Thijssen
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	25.000,00
1. Software	593,00	0,00	nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	<u>0,00</u>	<u>8.450,00-</u>
2. Geschäfts- oder Firmenwert	<u>8.005,00</u>	<u>0,00</u>	eingefordertes Kapital	50.000,00	41.550,00
	8.598,00	0,00	II. Gewinnvortrag	3.944,53	8,53
II. Sachanlagen			III. Jahresüberschuss	2.874,83	3.936,00
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.176,00	28.361,00			
III. Finanzanlagen			B. zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	157.200,00	0,00
1. Beteiligungen	500,00	0,00			
B. Umlaufvermögen			C. Rückstellungen		
I. Vorräte			1. Steuerrückstellungen	553,00	971,00
1. Bestand Wertpapiere und Zertifikate	50.000,00	12.028,00	2. sonstige Rückstellungen	<u>46.000,00</u>	<u>1.235.000,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				46.553,00	1.235.971,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	54.407,57	7.930,98	D. Verbindlichkeiten		
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>13.041,31</u>	<u>1.627,04</u>	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.724,56	1.437,42
	67.448,88	9.558,02	2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>41.317,01</u>	<u>6.984,36</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	161.521,05	1.238.407,29	- davon aus Steuern Euro 4.624,66 (Euro 6.782,57)	54.041,57	8.421,78
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.370,00	1.533,00	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 4.200,32 (Euro 201,79)		
	-----	-----		-----	-----
	314.613,93	1.289.887,31		314.613,93	1.289.887,31
	=====	=====		=====	=====

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	2.407.278,12	30.393.847,23
2. sonstige betriebliche Erträge	36.466,11	0,00
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Wertpapiere und Zertifikate	2.264.354,50	30.177.909,34
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>46.512,70</u>	<u>38.667,00</u>
	2.310.867,20	30.216.576,34
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	37.210,27	7.071,50
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	<u>9.840,15</u>	<u>2.505,57</u>
	47.050,42	9.577,07
- davon für Altersversorgung Euro 1.168,00 (Euro 0,00)		
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	13.923,05	10.741,62
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	68.872,36	160.312,73
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>1.770,78</u>	<u>9.360,77</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.801,98	6.000,24
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.927,15	2.064,24
	-----	-----
10. Jahresüberschuss	<u>2.874,83</u>	<u>3.936,00</u>
	=====	=====

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des AktG aufgestellt.

Die Gesellschaft weist zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 1 HGB auf.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Einzelnen wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen (bei einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von bis zu fünf Jahren), bewertet.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zu den Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen (Nutzungsdauer zwischen zwei bis vierzehn Jahren) angesetzt.

Die **geringwertigen Wirtschaftsgüter** bis EUR 150,00 sowie von EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 wurden gemäß den gesetzlichen Regelungen in Sammelposten zusammengefasst und aktiviert sowie über eine Laufzeit von fünf Jahren abgeschrieben.

Die Abschreibungen im Berichtsjahr 2011 erfolgten pro rata temporis

Die **Finanzanlagen** wurden mit ihren Anschaffungskosten bzw. niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken wurden durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen sowie drohende Verluste aus schwebenden Geschäften.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Angaben zur Bilanz

Die Entwicklung der in der Bilanz erfassten Anlagegegenstände im Jahre 2011 ist im Anlagespiegel (Anlage) dargestellt.

Das **Grundkapital** der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2011 EUR 50.000,00 und ist eingeteilt in 50.000 Stammaktien mit einem Nennwert von jeweils EUR 1,00. Es handelt sich um Namensaktien.

6.180 wurden im Rahmen der aktuellen Kapitalerhöhung neu gezeichnet. Diese werden nach Abschluss der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen. Hierbei ist ein Agio aufgrund der Zeichnung in Höhe von EUR 151.020,00 entstanden. Die Gesamterlöse betrugen somit EUR 157.200,00.

Sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten haben **Restlaufzeiten** bis zu einem Jahr.

Zum Abschlussstichtag bestanden keinerlei **Haftungsverhältnisse** zu Lasten der Gesellschaft.

Derivative Finanzinstrumente bestanden zum 31.12.2011 nicht.

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** wurden hauptsächlich im Ausland erzielt und betrugen zum Hauptteil Erlöse aus dem Verkauf von Emissionsrechten (EUA).

V. Sonstige Angaben

Im Jahre 2011 wurden drei geringfügig Beschäftigte, zwei sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie ein freiberuflicher **Mitarbeiter** beschäftigt.

Im Geschäftsjahr 2011 erfolgte die **Geschäftsführung** durch das Vorstandsmitglied.

- Herrn Raik Oliver Heinzelmann, Issum

Das Vorstandsmitglied ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Die von der Advantag Aktiengesellschaft im Berichtsjahr bezahlten **Gesamtbezüge** des tätigen Vorstandsmitglieds betrugen EUR 99.785,48 inklusive der Bezüge, welche das Vorstandsmitglied für den Erwerb von Beteiligungen erhalten hat.

Der **Aufsichtsrat** bestand im Geschäftsjahr 2011 aus folgenden Mitgliedern:

- Jürgen Becker, Düsseldorf (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Dr. Rolf Breitenstein, Düsseldorf (stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Nina Heinzelmann, Issum (Mitglied des Aufsichtsrats)

Im Jahr 2011 hat der Aufsichtsrat insgesamt EUR 1.875,00 in Form von Aktien zum Preis von EUR 25,00 erhalten. Im Geschäftsjahr 2011 ergaben sich keine Änderungen in der Zusammensetzung des ersten Aufsichtsrats der Advantag Aktiengesellschaft oder in dessen Organisation.

Im Folgenden werden die Angaben zu Unternehmen zusammengefasst, an denen die Advantag Aktiengesellschaft Anteile von mehr als 10% hält:

Firma	Sitz	Beteiligungs- quote	Letztes Jahresergebnis	Eigenkapital
Advantag Carbon Limited	London (Großbritannien)	100%	EUR -458,82	EUR 41,18

Die Beteiligung an der Advantag Carbon Limited wurde mit ihren Anschaffungskosten in Höhe von EUR 500,00 gemäß § 255 Abs. I HGB bilanziert. Anhaltspunkte für eine dauerhafte Wertminderung sind derzeit nicht erkennbar. Die Gesellschaft wurde im Jahr 2010 gegründet und hat bisher lediglich Umsätze gegenüber der Advantag Aktiengesellschaft in Höhe von insgesamt EUR 26.055,00 für die Vornahme von Marketing- und Research-Tätigkeiten aufzuweisen.

Die Meldungen nach § 160 AktG sind erfolgt.

Geldern, 26. Januar 2012

Advantag Aktiengesellschaft

- Der Vorstand -

A. Anlagevermögen

	<u>Anschaffungskosten/Herstellungskosten</u>				<u>Abschreibungen</u>					Zuschreibungen	<u>Buchwerte</u>		
	Stand 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2011	Stand 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2011	Geschäftsjahr	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2010
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
A. Anlagevermögen													
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Software	0,00	604,60	0,00	0,00	604,60	0,00	11,80	0,00	0,00	11,60	0,00	593,00	0,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	8.676,55	0,00	0,00	8.676,55	0,00	671,55	0,00	0,00	671,55	0,00	8.005,00	0,00
Summe immaterieller Vermögensgegenstände	0,00	9.281,15	0,00	0,00	9.281,15	0,00	683,15	0,00	0,00	683,15	0,00	8.598,00	0,00
II. Sachanlagen													
Betriebs- und Geschäftsausstattung	37.490,34	7.054,90	0,00	0,00	44.545,24	9.129,34	13.239,90	0,00	0,00	22.369,24	0,00	22.176,00	28.361,00
Summe Sachanlagen	37.490,34	7.054,90	0,00	0,00	44.545,24	9.129,34	13.239,90	0,00	0,00	22.369,24	0,00	22.176,00	28.361,00
III. Finanzanlagen													
Beteiligungen	0,00	500,00	0,00	0,00	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	500,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	500,00	0,00	0,00	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,00	500,00	0,00
Summe Anlagevermögen	37.490,34	16.836,05	0,00	0,00	54.326,39	9.129,34	13.923,05	0,00	0,00	23.052,39	0,00	31.274,00	28.361,00

Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2011

Das Geschäftsjahr 2011 ist das erste komplette Geschäftsjahr der Advantag Aktiengesellschaft nach dem Rechtsformwechsel in die Rechtsform einer AG im Jahr 2010 und die gleichzeitige Aufnahme des Geschäftsbereichs des Handels von Emissionsrechten gemäß dem Europäischen Emissionshandelssystem, welches aufgrund des Kyoto-Protokolls entstanden ist. Aufgrund des relativ neuen Marktes und der noch nicht vollumfänglich bewährten Marktstruktur unterlag der Markt für CO₂ – Emissionsrechte besonders im Jahr 2011 wichtigen Einflüssen und Veränderungen, welche auch die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft tangierten. So war bereits zu Beginn des Jahres das gesamte europäische Emissionshandelsregister für mehrere Wochen nicht verfügbar, da Sicherheitsaspekte optimiert werden mussten. Im weiteren Jahresverlauf hat die Finanzkrise zu starken Kursverlusten der Emissionsrechte geführt, was ebenfalls einen bedeutenden Einfluss auf die Umsatzentwicklung der Advantag AG in diesem neuen Geschäftsfeld ausübte, da insbesondere Kunden auf der Verkaufsseite ihre Verkaufsaufträge nicht ausführen wollten.

Im Jahr 2010 erzielte die Gesellschaft hohe Umsatzerlöse im Emissionshandel aufgrund steigender Kurse und Marktvolumina, wobei ein Großlieferant maßgeblich daran beteiligt gewesen ist. Wie bereits im Lagebericht 2010 beschrieben, hat dieser Lieferant seine Geschäftstätigkeit eingestellt. Die Advantag AG ist diesem Adressausfall in der Form begegnet, dass sie eine Anzahl wichtiger neuer Kunden für den Handel von Emissionszertifikaten gewinnen konnte. Hierunter fallen insbesondere Stadtwerke, Energiedienstleister und sonstige Unternehmen, welche dem Emissionshandel und somit der gesetzlichen Abgabepflicht von Emissionsrechten unterliegen.

Weiterhin hat der Vorstand die Handelsgebühren angehoben. Die Gesamterträge der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 reduzierten sich auf insgesamt EUR 2.443.744,23. Hierin enthalten sind Erlöse aus dem Beratungsbereich (Corporate Finance Consulting) in Höhe von EUR 130.673,23 sowie Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen in Höhe von EUR 52.654,25. Sondereffekte ergaben sich aufgrund der Auflösung von Rückstellungen aus dem Jahr 2010 in Höhe von EUR 35.866,07. Der Materialaufwand betrug im Berichtsjahr EUR 2.264.354,50.

Der Rohertrag verringerte sich trotz des Wegfalls des Großlieferanten und dem daher sichtbaren Umsatzrückgang geringfügig gegenüber dem Vorjahr auf EUR 96.410,92.

Im Jahr 2011 übergab die Wiener Energiebörse EXAA, an welcher die Advantag AG 2010 eine Mitgliedschaft erhielt, ihren Emissionshandelsbereich komplett an die Greenmarket Exchange der Bayerischen Börse München, an welcher die Advantag AG ebenfalls die Mitgliedschaft hat. Aufgrund einer Umstellung des Clearingsystems der Greenmarket Exchange ist jedoch noch keine ausreichende Handelsvolumina vorhanden. Die niederländische Climex, an welcher die Advantag AG ebenfalls Mitglied ist, hat sich nunmehr auf die Vornahme von Auktionen für Emissionszertifikate spezialisiert. Aus diesem Grund hat der Vorstand beschlossen, die Mitgliedschaft an der im Vergleich zu Greenmarket, Climex und EXAA wesentlich umsatzstärkeren KBB (Commodity Exchange Bratislava) zu beantragen und diese Mitgliedschaft für den Emissionsrechtehandel im Ende August 2011 auch erhalten.

Zum weiteren Ausbau des Emissionshandelsbereichs wurde die Mitgliedschaft an der Londoner CarbonTradeXchange - kurz CTX - beantragt, welche auch bereits Ende 2011 bestätigt worden ist. Hierfür benötigt Advantag noch ein Registerkonto in den USA, welches derzeit in Bearbeitung ist. Mit Erhalt der Mitgliedschaft an der CTX in London ist es der Gesellschaft möglich, einen weiteren Bereich des Emissionshandels abzudecken, nämlich den Voluntary Market (Freiwilliger Emissionshandel). Die hier gehandelten VER (Verified Emissions Reductions) können zwar nicht im verpflichtenden Handel eingesetzt werden, finden jedoch Anwendung bei der freiwilligen Kompensation von Treibhausgasemissionen für Privatpersonen und insbesondere für Unternehmen, welche den CO₂ – Ausstoß (Carbon Footprint) ihrer Firma kompensieren möchten und dies auch als Marketingstrategie verfolgen. Nach Erhalt des Registerkontos wird die Gesellschaft als einziger deutscher Broker an der ebenfalls weltweit einzigen Börse für VER wird die Gesellschaft beginnen, Marktanteile in diesem Marktsegment aufzubauen.

Im September 2011 hat die Advantag AG eine Niederlassung in Düsseldorf eröffnet, da hier sowohl die Betreuung von Investoren als auch die Vermarktung des Investmentprodukts „Klimakonto“ geschehen soll. Um eine direkte Abgrenzung zwischen Investorengeldern des „Klimakontos“ zu den Gesellschaftsgeldern zu ermöglichen, hat die Advantag AG am 05.01.2012 die 100%ige Tochtergesellschaft Advantag Climate Invest GmbH mit Sitz in Geldern gegründet. Nach Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister sowie Erhalt des Registerkontos bei der Deutschen Emissionshandelsstelle wird auch hier der Vertrieb des Klimakontos forciert.

Im Bereich Corporate Finance Consulting hat die Advantag AG drei neue Beratungskunden gewonnen, welche aus dem Bereich Rohstoffhandel, Real Estate und Solar kommen. Für diese hat die Gesellschaft Beratungsverträge für Wertpapierprospekterstellung und Begleitung eines Börsenlistings an der Frankfurter Wertpapierbörse abgeschlossen.

Der Emissionsrechtehandel wird gemäß Erwartungen des Vorstands ab dem Jahr 2013 eine weitaus größere Wichtigkeit sowie an den Energiebörsen als auch zwischen Handelspartnern (OTC) gegenüber der jetzigen Handelsperiode einnehmen, da derzeit 100% der Emissionsrechte aufgrund historischer Produktionsdaten zugeteilt wurden und ein Handel nur dann notwendig ist, wenn die Produktion des Unternehmens höher ausgefallen ist. So wird ab 2013 die kostenlose Zuteilung um 20% reduziert, so dass Zukäufe erforderlich sind. Bis zum Ende der III. Handelsperiode 2020 wird die kostenlose Menge auf 30% reduziert, 2027 soll es keine kostenlose Zuteilung mehr geben.

Der Vorstand nutzt die Zeit bis zum Beginn der III. Handelsperiode, in welcher die komplette kostenlose Zuteilung aufhört, um weiter Kunden zu generieren und Marktanteile zu erschließen, da speziell der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmensbereichs Emissionsrechtehandel von der Anzahl der Kunden und der gehandelten Emissionsrechte abhängt. Seit Beginn des Jahres 2012 wurde der Luftverkehr in den Handel von Emissionsrechten einbezogen, weswegen sich Advantag derzeit mit der Gewinnung von Marktanteilen in diesem Kundensegment befasst.

Ebenfalls beabsichtigt der Vorstand, für das Unternehmen die aufsichtsrechtliche Genehmigung gemäß KWG (Gesetz über das Kreditwesen) zu beantragen, um ebenfalls Termingeschäfte durchführen zu können und dadurch das Dienstleistungsangebot weiter zu verbessern.

Nachdem die Advantag AG im Jahr 2010 den „Proof of concept“ erreicht hat, hat der Vorstand zur Finanzierung dieser Phase der Unternehmensentwicklung beschlossen, die bereits anhand der Hauptversammlung des Jahres 2010 genehmigte Erhöhung des Grundkapitals durchzuführen und das Eigenkapital der Gesellschaft zu erhöhen. Die Kosten dieser Eigenkapitalfinanzierung sind in den Aufwendungen enthalten und reduzieren das Ergebnis der Gesellschaft entsprechend. Aufgrund der Umsetzung des Beschlusses wurden bis zum Ende des Jahres 2011 insgesamt EUR 157.200,00 Erlöst.

Die Gesamtbruttoerlöse sollen insgesamt zwischen EUR 625.000,00 und EUR 737.500,00 betragen. Nach Eintragung der Kapitalerhöhung beabsichtigt der Vorstand einen Aktiensplit durch Umwandlung von Rücklagen sowie die darauf folgende Handelsaufnahme der Aktie an der Frankfurter Wertpapierbörse im Segment Open Market oder dem Teilsegment Entry Standard. Hierdurch ist es den Investoren sowohl möglich, ihre Aktien wieder zu veräußern als auch der Gesellschaft, auf den internationalen Kapitalmarkt zuzugreifen.

Der Vorstand beabsichtigt, bereits 2012 den Umsatz wiederum gegenüber dem Vorjahr weiter auszubauen und zusätzliche Marktanteile zu gewinnen, was mit einer Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Advantag AG einhergehen soll. Der Vorstand hält weiterhin an seinem Ziel fest, in der III. Handelsperiode (2013 – 2020) zu den führenden unabhängigen Finanzdienstleistern im Markt des Emissionszertifikatehandels zu gehören, da in der jetzigen Phase bereits wichtige Schritte zum Auf- und Ausbau des Marktanteils unternommen worden sind und natürlich weiterhin werden.

Weitere nennenswerte, über das allgemeine Geschäftsrisiko hinausgehende Risiken sind zurzeit nicht erkennbar.

Geldern, den 26. Januar 2012

Advantag Aktiengesellschaft

- Der Vorstand -

Bestätigungsvermerk des AbschlussprüfersAn die Advantag Aktiengesellschaft, 47608 Geldern

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Advantag Aktiengesellschaft, Geldern, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kalkar, 27. Januar 2012

Thijssen - Pöhls - Stefaniak KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Michael Thijssen
Wirtschaftsprüfer

Rechtliche und
steuerliche Verhältnisse

I. Rechtliche Verhältnisse

1. Die Firma der Gesellschaft lautet

Advantag Aktiengesellschaft.

2. Sitz der Gesellschaft ist Glockengasse 5 in 47608 Geldern.

Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 01.04.2010 (UR 524/2010 des Notars Dr. Gerhard Tebarth in Geldern) im Wege der Umwandlung der Advantag GmbH, Geldern, errichtet.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Kleve unter HR B 10452 eingetragen.

3. Gegenstand des Unternehmens gemäß Gesellschaftsvertrag ist die Beteiligung an anderen Unternehmen, Unternehmensberatung, Handel mit Emissionsrechten sowie Handel mit Rohstoffen.

4. Das Kapital ist in 50.000 nennwertlose Stückaktien mit einfachem Stimmrecht aufgeteilt. Es handelt sich um Namensaktien. Andere Aktiengattungen liegen nicht vor.

Das Kapital soll durch Ausgabe 25.000 neuer Aktien erhöht werden. Zum Stichtag waren bereits 6.180 Aktien für insgesamt EUR 157.200,00 gezeichnet.

5. Vorstand der Gesellschaft ist Herr Raik Oliver Heinzelmann, Issum.

Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

6. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft wird gebildet durch

Jürgen Becker, Düsseldorf (Vorsitzender)

Dr. Rolf Breitenstein, Düsseldorf, und

Nina Heinzelmann, Issum.

7. Die Tätigkeit der Gesellschaft entspricht dem Gesellschaftszweck.

II. Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft ist unbeschränkt steuerpflichtig. Sie wird beim Finanzamt Geldern unter der Steuernummer 113/5722/1528 geführt.

Eine Betriebsprüfung fand bisher nicht statt.

Umfassende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

A. Bilanz

I. Aktiva

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

1. <u>Software</u>	<u>Euro</u>	<u>593,00</u>
Vorjahr:	Euro	0,00

Der Posten betrifft eine Adressen-Software und hat sich wie folgt entwickelt:

Anschaffungskosten 1. Januar 2011	Euro	0,00
+ Zugänge	<u>Euro</u>	<u>604,60</u>

= Anschaffungskosten 31. Dezember 2011	Euro	604,60
- kumulierte Abschreibungen	<u>Euro</u>	<u>11,60</u>

Buchwert zum 31. Dezember 2011	<u>Euro</u>	<u>593,00</u>
--------------------------------	-------------	---------------

2. <u>Geschäfts- oder Firmenwert</u>	<u>Euro</u>	<u>8.005,00</u>
Vorjahr:	Euro	0,00

Es handelt sich hierbei um diverse Internetseiten in folgender Entwicklung:

Anschaffungskosten 1. Januar 2011	Euro	0,00
+ Zugänge	<u>Euro</u>	<u>8.676,55</u>

= Anschaffungskosten 31. Dezember 2011	Euro	8.676,55
- kumulierte Abschreibungen	<u>Euro</u>	<u>671,55</u>

Buchwert zum 31. Dezember 2011	<u>Euro</u>	<u>8.005,00</u>
--------------------------------	-------------	-----------------

II. Sachanlagen1. Betriebs- und Geschäftsausstattung

	<u>Euro</u>	<u>22.176,00</u>
Vorjahr:	<u>Euro</u>	<u>28.361,00</u>

Der Posten hat sich wie folgt entwickelt:

Anschaffungskosten 1. Januar 2011	<u>Euro</u>	<u>37.490,34</u>
+ Zugänge	<u>Euro</u>	<u>7.054,90</u>
= Anschaffungskosten 31. Dezember 2011	<u>Euro</u>	<u>44.545,24</u>
- kumulierte Abschreibungen	<u>Euro</u>	<u>22.369,24</u>
Buchwert zum 31. Dezember 2011	<u>Euro</u>	<u>22.176,00</u>

Im einzelnen handelt es sich um:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
PKW	13.788,00	22.852,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>8.388,00</u>	<u>5.509,00</u>
	<u>22.176,00</u>	<u>28.361,00</u>

III. Finanzanlagen1. Beteiligungen

	<u>Euro</u>	<u>500,00</u>
Vorjahr:	<u>Euro</u>	<u>0,00</u>

Die Gesellschaft ist zu 100 % an der Advantag Carbon Limited, Großbritannien, beteiligt. Das Kapital beträgt 500,00 €.

B. UmlaufvermögenI. Vorräte1. Bestand Wertpapier und Zertifikate

	<u>Euro</u>	<u>50.000,00</u>
Vorjahr:	<u>Euro</u>	<u>12.028,00</u>

Die Bewertung der Wertpapiere und Zertifikate im Bestand erfolgt zu Anschaffungskosten.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	<u>Euro</u>	<u>54.407,57</u>
Vorjahr:	Euro	7.930,98

In Übereinstimmung mit der Saldenliste. Teile der Forderungen wurden einzeln wertberichtigt.

2. sonstige Vermögensgegenstände

	<u>Euro</u>	<u>13.041,31</u>
Vorjahr:	Euro	1.627,04

Im einzelnen:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Körperschaftsteuer/Solidaritätszuschlag	0,00	1.344,00
Gewerbesteuer	1.479,00	0,00
Kautionen	3.840,00	0,00
Forderungen gegen Personal	3.159,30	283,00
debitorische Kreditoren	<u>4.563,01</u>	<u>0,00</u>
	<u>13.041,31</u>	<u>1.627,04</u>

Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

	<u>Euro</u>	<u>161.521,05</u>
Vorjahr:	Euro	1.238.407,29

Folgende Salden sind durch das Kassenbuch bzw. den letzten Tagesauszügen des Kreditinstituts vor dem Bilanzstichtag nachgewiesen:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Kasse	6.295,32	283,52
Sparkasse Krefeld	10.548,51	7.939,06
Sparkasse Krefeld Tagesgeld	115.145,59	1.158.914,56
Postbank	1.674,09	1.162,30
Postbank Tagesgeld	27.857,54	69.709,54
Climex ABN Escrow Account	0,00	398,31
	<u>161.521,05</u>	<u>1.238.407,29</u>

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	<u>Euro</u>	<u>4.370,00</u>
Vorjahr:	Euro	1.533,00

Der Posten beinhaltet:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Versicherungen	1.369,00	1.362,00
Kfz-Steuer	171,00	171,00
Börsenmitgliedschaft	2.500,00	0,00
Fortbildung	<u>330,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>4.370,00</u>	<u>1.533,00</u>

II. Passiva**A. Eigenkapital****I. Gezeichnetes Kapital**

	<u>Euro</u>	<u>50.000,00</u>
Vorjahr:	Euro	50.000,00

Das Stammkapital ist noch nicht vollständig eingezahlt. Es ist in 50.000 nennwertlose Stückaktien mit einfachem Stimmrecht aufgeteilt. Es handelt sich um Namensaktien. Andere Aktiengattungen liegen nicht vor.

nicht eingeforderte**ausstehende Einlagen**

	<u>Euro</u>	<u>0,00</u>
Vorjahr:	Euro	-8.450,00

eingefordertes Kapital

	<u>Euro</u>	<u>50.000,00</u>
Vorjahr:	Euro	41.550,00

II. Gewinnvortrag

	<u>Euro</u>	<u>3.944,53</u>
Vorjahr:	Euro	8,53

Hier ist das Vorjahresergebnis enthalten.

III. Jahresüberschuss

	<u>Euro</u>	<u>2.874,83</u>
Vorjahr:	Euro	3.936,00

Vgl. Ergebnis laut Gewinn- und Verlustrechnung.

B. zur Durchführung der beschlossenen**Kapitalerhöhung geleistete Einlagen**

	<u>Euro</u>	<u>157.200,00</u>
Vorjahr:	Euro	0,00

Gemäß Satzung ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien um 25.000,00 € zu erhöhen. Der Posten setzt sich wie folgt zusammen:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Nennkapital	6.180,00	0,00
Agio	<u>151.020,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>157.200,00</u>	<u>0,00</u>

C. Rückstellungen1. Steuerrückstellungen

	<u>Euro</u>	<u>553,00</u>
Vorjahr:	<u>Euro</u>	<u>971,00</u>

Die Rückstellungen betreffen die Ertragsteuern des Geschäftsjahres.

2. sonstige Rückstellungen

	<u>Euro</u>	<u>46.000,00</u>
Vorjahr:	<u>Euro</u>	<u>1.235.000,00</u>

In folgender Zusammensetzung und Entwicklung:

	01.01.2011 Euro	Zuführung Euro	Auflösung Euro	Verbrauch Euro	31.12.2011 Euro
ausstehende Rechnungen	1.157.000,00	0,00	91,27	1.120.408,73	36.500,00
Rechtskosten	74.000,00	0,00	35.405,30	33.594,70	5.000,00
Jahresabschluss und Prüfung	4.000,00	4.500,00	369,50	3.630,50	4.500,00
	<u>1.235.000,00</u>	<u>4.500,00</u>	<u>35.866,07</u>	<u>1.157.633,93</u>	<u>46.000,00</u>

Die ausstehenden Rechnungen und Rechtskosten betreffen die iTrading GmbH.

D. Verbindlichkeiten1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	<u>Euro</u>	<u>12.724,56</u>
Vorjahr:	<u>Euro</u>	<u>1.437,42</u>

In Übereinstimmung mit der Saldenliste.

2. sonstige Verbindlichkeiten

	<u>Euro</u>	<u>41.317,01</u>
Vorjahr:	Euro	6.984,36

Im einzelnen:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Umsatzsteuer	3.321,80	6.761,24
Lohn- und Kirchensteuer	1.302,86	21,33
Sozialversicherungen	4.200,32	201,79
R.O. Heinzelmänn	10.311,96	0,00
Personal	6.155,17	0,00
ausstehende Rechnungen	14.524,90	0,00
kreditorische Debitoren	<u>1.500,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>41.317,01</u>	<u>6.984,36</u>

B. Gewinn- und Verlustrechnung

1. <u>Umsatzerlöse</u>	Euro	<u>2.407.278,12</u>
Vorjahr:	Euro	30.393.847,23

Es entfallen auf:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Beratungen	130.673,23	87.984,23
Wertpapiere	52.654,25	56.883,00
Zertifikate	2.223.950,64	30.248.920,00
Übrige	<u>0,00</u>	<u>60,00</u>
	<u>2.407.278,12</u>	<u>30.393.847,23</u>

2. sonstige betriebliche

<u>Erträge</u>	Euro	<u>36.466,11</u>
Vorjahr:	Euro	0,00

Im einzelnen:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	35.866,07	0,00
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen	600,00	0,00
Übrige	<u>0,04</u>	<u>0,00</u>
	<u>36.466,11</u>	<u>0,00</u>

3. Materialaufwanda) Aufwendungen für

<u>Wertpapiere und Zertifikate</u>	Euro	<u>2.264.354,50</u>
Vorjahr:	Euro	30.177.909,34

In folgender Zusammensetzung:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Wertpapiere	102.083,75	34.966,20
Zertifikate	-5.551,00	30.142.943,14
Steuerfreier EU-Erwerb	<u>2.167.821,75</u>	<u>0,00</u>
	<u>2.264.354,50</u>	<u>30.177.909,34</u>

b) Aufwendungen für bezogeneLeistungen

	<u>Euro</u>	<u>46.512,70</u>
Vorjahr:	Euro	38.667,00

Es handelt sich um Provisionen.

4. Personalaufwanda) Löhne und Gehälter

	<u>Euro</u>	<u>37.210,27</u>
Vorjahr:	Euro	7.071,50

Der Posten umfasst Löhne und Gehälter einschließlich Nebenkosten.

b) soziale Abgaben undAufwendungen für Altersversorgung

	<u>Euro</u>	<u>9.840,15</u>
Vorjahr:	Euro	2.505,57

In folgender Zusammensetzung:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Gesetzliche Sozialversicherung	7.860,49	1.337,57
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	81,66	0,00
Aufwendungen für Altersversorgung	<u>1.898,00</u>	<u>1.168,00</u>
	<u>9.840,15</u>	<u>2.505,57</u>

5. Abschreibungena) auf Sachanlagen

	<u>Euro</u>	<u>13.923,05</u>
Vorjahr:	Euro	10.741,62

Wir verweisen auf das Anlagevermögen.

6. sonstige betriebliche AufwendungenEuro 68.872,36

Vorjahr: Euro 160.312,73

Im einzelnen:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Raumkosten	23.082,87	7.059,22
Beiträge, Versicherungen, Abgaben	611,56	307,12
Kfz-Kosten	14.821,33	12.148,35
Werbe- und Reisekosten	8.444,48	23.025,47
Bürokosten	9.424,70	6.352,16
Rechts- und Beratungskosten	9.056,75	96.313,23
Forderungsverluste und Zuführung zur Wertberichtigung	0,00	5.054,00
Buchverluste Anlagenabgänge	0,00	5.091,42
Übrige	<u>3.430,67</u>	<u>4.961,76</u>
	<u>68.872,36</u>	<u>160.312,73</u>

7. sonstige Zinsen und ähnliche ErträgeEuro 1.770,78

Vorjahr: Euro 9.360,77

Der Posten betrifft Banzinsen.

8. Ergebnis der gewöhnlichenGeschäftstätigkeitEuro 4.801,98

Vorjahr: Euro 6.000,24

9. Steuern vom Einkommen undvom ErtragEuro 1.927,15

Vorjahr: Euro 2.064,24

In folgender Zusammensetzung:

	2011	2010
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Körperschaftsteuer	948,61	1.036,66
Solidaritätszuschlag	52,32	56,58
GewSt-Nachzahlung Vorjahre	0,22	0,00
Gewerbsteuer	<u>926,00</u>	<u>971,00</u>
	<u>1.927,15</u>	<u>2.064,24</u>

10. <u>Jahresüberschuss</u>	<u>Euro</u>	<u>2.874,83</u>
Vorjahr:	Euro	3.936,00

Das Jahresergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

C. Anhang

Zum Anhang verweisen wir auf Anlage III. Weitere Erläuterungen zum Anhang sind nicht erforderlich.

Thijssen – Pöhls – Stefaniak KG – Postfach 1443 – 47541 Kalkar

Bericht
über die
Prüfung des Jahresabschlusses
und des Lageberichts

zum

31. Dezember 2010

Advantag Aktiengesellschaft

47608 Geldern

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>SEITE</u>
A. Prüfungsauftrag	1
B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	4
C.I Gegenstand der Prüfung	4
C.II Art und Umfang der Prüfung	4
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
D.I Feststellungen zur Rechnungslegung	8
D.I.1 Vorjahresabschluss	8
D.I.2 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
D.I.3 Jahresabschluss	9
D.I.4 Lagebericht	9
D.II Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
D.II.1 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
D.II.2 Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	10
E. Analyse der Vermögens-, Finanz und Ertragslage	11
E.1 Vermögenslage (Bilanz)	11
E.2 Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	12
E.3 Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	12
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	13

ANLAGENVERZEICHNIS

Bilanz zum 31. Dezember 2010

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010

Anhang für das Geschäftsjahr 2010

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

Umfassende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

A. Prüfungsauftrag

2. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der

Advantag Aktiengesellschaft

47608 Geldern

- nachstehend auch Gesellschaft genannt –

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010 gewählt.

2. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat uns daraufhin beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 sowie den Lagebericht unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung nach berufüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten. Wir haben den Auftrag mit Schreiben vom 12. Dezember 2010 angenommen.

3. Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen. Da es sich um eine freiwillige Jahresabschlussprüfung handelt, richtet sich der Bestätigungsvermerk an das geprüfte Unternehmen.

4. Bei unserer Berichterstattung haben wir die "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW), wie sie in dem Prüfungsstandard IDW PS 450 niedergelegt sind, beachtet.

5. Grundlage für die Durchführung des uns erteilten Prüfungsauftrages und für unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der als Anlage beigefügten Fassung.

B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

6. Die Geschäftsführung der Gesellschaft hat im Jahresabschluss und Lagebericht zur Lage der Gesellschaft Stellung genommen.

Die Geschäftsführung hat durch die Bilanzierung und Bewertung unter Fortführungsgesichtspunkten zum Ausdruck gebracht, dass sie von einer Fortführung des Unternehmens ausgeht. Besondere, über das allgemeine unternehmerische Risiko hinausgehende Risiken in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegen nach Auffassung der Geschäftsführung nicht vor.

Im Geschäftsjahr 2010 entstand die Advantag Aktiengesellschaft aus Umwandlung der Advantag GmbH unter Erweiterung der Geschäftstätigkeit um den Handel mit Emissionsrechten nach Treibhausemissionsgesetz.

Folgende Angaben der Geschäftsführung sind zur Beurteilung der Lage der Gesellschaft als wesentlich hervorzuheben:

- a) Der Handel mit Emissionsrechten wurde aufgebaut und ein Großkunde konnte gewonnen werden. Wegen steuerlicher Probleme ruht diese Geschäftsbeziehung jedoch zur Zeit.
- b) Die Gesellschaft geht von einer zunehmenden Bedeutung des Handels mit Emissionsrechten aus.

7. Die Darstellung der Lage durch die Geschäftsführung ist durch uns als Abschlussprüfer im Rahmen unserer Stellungnahme zu beurteilen. Diese geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Fortführung der Unternehmenstätigkeit gefährdet wäre.

Die durch die Geschäftsführung dargestellten Aspekte des Lageberichts zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind zutreffend. Schwerpunkt der Tätigkeit im Berichtsjahr lag auf der Erschließung des Handelsmarktes mit Emissionsrechten. Die übrigen Tätigkeiten sind von geringerer Bedeutung gewesen.

Zu den wesentlichen Angaben der Geschäftsführung im Lagebericht nehmen wir wie folgt Stellung:

- zu a) Die Geschäftsbeziehung zu dem Großkunden ruht wegen eines Steuerermittlungsverfahrens, in das auch die Gesellschaft einbezogen wurde. In dem Verfahren wird die Gesellschaft rechtsanwaltlich betreut.
- zu b) Der noch junge Markt der Emissionsrechte wird in Folge rückläufiger Zuweisungen in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Analysten sehen darin auch einen Markt für Spekulationen.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Wir schließen uns der im Jahresabschluss und Lagebericht zum Ausdruck kommenden Beurteilung der gesetzlichen Vertreter zur Lage des Unternehmens an.

- 8. Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- 9. Zu den rechtlichen und steuerlichen Verhältnissen der Gesellschaft verweisen wir auf die Anlage VI des Prüfungsberichts.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

C.I. Gegenstand der Prüfung

10. Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.
11. Feststellungen unter anderen Gesichtspunkten, insbesondere im Hinblick auf die Beachtung sonstiger rechtlicher Vorschriften sowie auf dolose Handlungen im Geschäftsverkehr, waren nicht Gegenstand unseres Auftrages. Anhaltspunkte hierfür haben sich bei unserer Prüfung nicht ergeben. Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrages.

C.II. Art und Umfang der Prüfung

12. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine kleine Gesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Im Auftrag der Gesellschaft haben wir unsere Prüfung nach Art und Umfang einer Jahresabschlussprüfung gemäß §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der "Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen", insbesondere der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" (Prüfungsstandards PS 200 ff.), durchgeführt. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Anforderungen, die sich aus der Festlegung des Prüfungsgegenstandes ergeben, erfüllt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

13. Unsere Prüfung haben wir in den Monaten Januar und Februar 2011 - mit zeitlichen Unterbrechungen - in den Geschäftsräumen der Gesellschaft und in unserem Büro vorgenommen.
14. Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene und von den Gesellschaftern festgestellte Vorjahresabschluss.
15. Der Prüfung lag eine Planung unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind uns aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft sowie aus Branchenberichten und aus unseren Erfahrungen aus vergleichbaren Prüfungen bekannt.
16. Für die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte wurden kritische Prüfungsziele identifiziert und ein Prüfungsprogramm entwickelt, welches neben dem Ansatz der Prüfung die Art und den Umfang der Prüfungshandlungen in zeitlicher und personeller Zuordnung festlegt. Aus den bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:
 - Umsatzerlöse und
 - Wareneinkauf.
17. Ausgehend von einer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen erfolgten im Wesentlichen aufgrund von analytische Prüfungen und Einzelfallprüfungen.

Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung trugen und es ermöglichten, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen. Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

18. Insbesondere haben wir folgende Prüfungshandlungen vorgenommen: Bei der Prüfung des Anlagevermögens haben wir uns von der Ordnungsmäßigkeit der Anlagenkartei überzeugt. Zugänge und Abgänge zum Anlagevermögen wurden weitgehend überprüft. Die Bewertung des Anlagevermögens wurde auf die Übereinstimmung mit Abschreibungsmethoden und Abschreibungsdauern untersucht.

Bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden durch die Gesellschaft auf den 31. Dezember 2010 Saldenbestätigungen eingeholt. Weiterhin haben wir die Entwicklung des durch eine Saldenliste nachgewiesenen Bestandes an Forderungen und Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag bis zum Tag der Prüfung verfolgt und daraus Rückschlüsse auf die Bewertung gezogen. Soweit möglich, erfolgte eine Abstimmung von Forderungen und Verbindlichkeiten mit den entsprechenden Gegenkonten bei Gesellschaftern und anderen Unternehmen.

Soweit Nachweise und Bestätigungen Dritter vorlagen, haben wir diese bei unserer Prüfung zugrunde gelegt.

Bei der Prüfung der Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen gingen die aus den vorangegangenen Jahresabschlussprüfungen gewonnenen Erfahrungen in die Prüfung mit ein.

Die Prüfung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte weitgehend durch eine bewusste Stichprobenauswahl, sofern nicht wegen der Auswirkung auf den Jahresabschluss eine lückenlose Prüfung einzelner Konten erforderlich war.

19. Alle verlangten Aufklärungen und Nachweise wurden uns durch die Geschäftsführung bzw. die von ihr benannten Mitarbeiter bereitwillig und im gewünschten Umfang erbracht. Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind. In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

D.I. Feststellungen zur Rechnungslegung

D.I.1. Vorjahresabschluss

20. Der Vorjahresabschluss wurde in der Gesellschafterversammlung vom 27. April 2010 festgestellt. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt.

D.I.2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

21. Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die weiteren Informationen aus den sonstigen zur Prüfung herangezogenen Unterlagen führten zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Im Hinblick auf die IT-gestützte Rechnungslegung haben wir keine Sachverhalte festgestellt, die uns zu der Annahme veranlassen, dass die Sicherheit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten nicht gewährleistet ist.

Die Buchführung und die sonstigen geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung.

D.I.3. Jahresabschluss

22. Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen entwickelt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung für kleine Gesellschaften unter der Prämisse der Unternehmensfortführung aufgestellt worden. Die Gliederung der Bilanz erfolgte nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt. Soweit für die Bilanz oder die Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgte die entsprechende Angabe überwiegend im Anhang. Der Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben.

Der Jahresabschluss entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

D.I.4. Lagebericht

23. Für kleine Kapitalgesellschaften besteht keine gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung eines Lageberichts.

Die Gesellschaft hat freiwillig einen Lagebericht erstellt. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft.

Die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft sind im Lagebericht zutreffend dargestellt.

D.II. Erläuterungen zur Rechnungslegung

D.II.1. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

24. Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss als Gesamtaussage aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

D.II.2. Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

25. Die Bewertungsgrundlagen umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen wertbestimmenden Faktoren.
Zu den wesentlichen Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.
26. Im Berichtsjahr sind keine Änderungen in den Bewertungsgrundlagen im Vergleich zum Vorjahr vorgenommen worden.
27. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Gesellschaft im Jahresabschluss die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie die Ermessensspielräume handelsrechtlich zulässig nach dem Vorsichtsprinzip ausübt.
Ansatz und Bewertung der Aktiv- und Passivposten entsprechen den handelsrechtlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Bilanzierung.
28. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen vorgenommen, die dazu geeignet sind, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Jahresabschluss wesentlich zu beeinflussen.

E. Analyse der Vermögens-, Finanz und Ertragslage

29. Nachstehend werden die Inhalte der wichtigsten Posten des Jahresabschlusses erläutert und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft analysierend dargestellt.

E.1. Vermögenslage (Bilanz)

30. Die Entwicklung der Vermögenslage wird durch einen Vergleich der nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen des Berichtsjahres mit den entsprechenden Bilanzzahlen des vorangegangenen Geschäftsjahres deutlich:

	Bilanz zum 31.12.2010		Bilanz zum 31.12.2009		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
<u>AKTIVA</u>						
Sachanlagen	28,4	2,2	15,1	24,9	13,3	88,1
Vorräte	12,0	0,9	0,0	0,0	12,0	0,0
Forderungen	7,9	0,6	11,1	18,3	-3,2	-28,8
Sonstige Vermögensgegenstände	1,6	0,1	0,4	0,7	1,2	300,0
Flüssige Mittel/Wertpapiere	1.238,4	96,0	33,9	55,9	1.204,5	3.553,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1,5	0,1	0,1	0,2	1,4	1.400,0
Summe Aktiva	1.289,9	100,0	60,6	100,0	1.229,3	2.028,5
Rundungsbedingte Differenz	0,1		0,0			
	Bilanz zum 31.12.2010		Bilanz zum 31.12.2009		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
<u>PASSIVA</u>						
Eigenkapital	45,5	3,5	16,6	27,4	28,9	174,1
Rückstellungen	1.236,0	95,8	2,2	3,6	1.233,8	56.081,8
Lieferverbindlichkeiten	1,4	0,1	0,0	0,0	1,4	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	7,0	0,5	41,8	69,0	-34,8	-83,3
Summe Passiva	1.289,9	100,0	60,6	100,0	1.229,3	2.028,5

31. Wesentlicher Posten auf der Aktivseite der Bilanz sind die liquiden Mittel. Sie stehen im Zusammenhang mit ausstehenden Eingangsrechnungen, für die eine Rückstellung gebildet wurde. Die Rückstellungen machen damit den größten Posten auf der Passivseite der Bilanz aus.

E.2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

32. Eine Kapitalflussrechnung wird nicht dargestellt. Die Liquidität beträgt wegen Sonderauswirkungen 1.238 TEuro.

E.3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

33. Die Ertragslage und die Auswirkungen ihrer Veränderungen ergeben sich aus dem nachstehenden Vergleich der Erfolgsrechnungen für das Berichtsjahr und das Vorjahr:

	Bilanz zum 31.12.2010		Bilanz zum 31.12.2009		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	30.393,8	100,0	73,6	100,0	30.320,2	41.195,9
- Materialaufwand	30.216,6	99,4	63,9	86,8	30.152,7	47.187,3
- Personalaufwand	9,6	0,0	0,0	0,0	9,6	0,0
- Abschreibungen	10,7	0,0	1,9	2,6	8,8	463,2
- sonst.betriebl.Aufwand	160,3	0,5	7,7	10,5	152,6	1.981,8
+ Finanzerträge	9,4	0,0	0,0	0,0	9,4	0,0
= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6,0	0,0	0,0	0,0	6,0	0,0
- EE-Steuern	2,1	0,0	0,0	0,0	2,1	0,0
= Jahresergebnis	3,9	0,0	0,0	0,0	3,9	0,0

34. Wegen der Geschäftsgründung in 2009 und der Aufnahme der Tätigkeit in 2010 macht eine detaillierte Analyse wenig Sinn. Der Umsatz entfällt auf den Handel mit Wertpapieren und mit Zertifikaten sowie auf Beratungsleistungen und Kostenerstattungen. Der Rohertrag beträgt 177 TEuro nach 10 TEuro im Vorjahr. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im wesentlichen Rechts- und Beratungskosten im Zusammenhang mit einem Steuerermittlungsverfahren.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

35. Wir haben zu dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 und dem dazugehörigen Lagebericht den nachstehend abgedruckten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Advantag Aktiengesellschaft, 47608 Geldern

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Advantag Aktiengesellschaft, Geldern, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Der unterzeichnete Bestätigungsvermerk ist diesem Bericht als Anlage V beigelegt.

Kalkar, 4. Februar 2011

Thijssen - Pöhls - Stefaniak KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Michael Thijssen
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2010

AKTIVA

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro		Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Sachanlagen			I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	25.000,00
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	28.361,00	15.110,00	nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	<u>8.450,00-</u>	<u>8.450,00-</u>
B. Umlaufvermögen			eingefordertes Kapital	41.550,00	16.550,00
I. Vorräte			II. Gewinnvortrag	8,53	0,00
1. Bestand Zertifikate	12.028,00	0,00	III. Jahresüberschuss	3.936,00	8,53
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			B. Rückstellungen		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.930,98	11.112,50	1. Steuerrückstellungen	971,00	11,11
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.627,04</u>	<u>364,13</u>	2. Sonstige Rückstellungen	1.235.000,00	2.200,00
	9.558,02	11.476,63	C. Verbindlichkeiten		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.238.407,29	33.890,21	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.437,42	0,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.533,00	123,00	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.437,42 (Euro 0,00)		
			2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>6.984,36</u>	<u>41.830,31</u>
			- davon aus Steuern Euro 6.782,57 (Euro 0,00)	8.421,78	41.830,31
			- davon im Rahmend der sozialen Sicherheit Euro 201,79 (Euro 0,00)		
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 6.984,36 (Euro 41.830,31)		
	<u>1.289.887,31</u>	<u>60.599,84</u>		<u>1.289.887,31</u>	<u>60.599,84</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	30.393.847,23	73.566,51
2. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Wertpapiere und Zertifikate	30.177.909,34	43.993,80
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>38.667,00</u>	<u>19.950,00</u>
	30.216.576,34	63.943,80
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.071,50	0,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.505,57	0,00
	9.577,07	0,00
- davon für Altersversorgung Euro 1.168,00 (Euro 0,00)		
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	10.741,62	1.910,16
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	160.312,73	7.693,02
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>9.360,77</u>	<u>0,00</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.000,24	19,53
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.064,24	11,00
	-----	-----
9. Jahresüberschuss	3.936,00	8,53
	=====	=====

Anhang
für das Geschäftsjahr 2010

A. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Der Jahresabschluss der Advantag Aktiengesellschaft, Geldern, für das Geschäftsjahr 2010 ist nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches sowie den einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes aufgestellt worden.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Gemäß § 267 Abs. 1 i.V.m. Abs. 4 S. 1 HGB gehört die Gesellschaft zu den kleinen Kapitalgesellschaften.

B. Angaben und Erläuterungen zu Posten der Bilanz
und der Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aktiviert und, soweit abnutzbar, vermindert um Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen der Sachanlagen erfolgen planmäßig entsprechend der branchenüblichen Nutzungsdauer nach der linearen Methode pro rata temporis.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem durch Wertberichtigung geminderten Wert angesetzt.

Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert angesetzt.

Rückstellungen werden für alle erkennbaren Risiken gebildet. Die Bewertung erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

II. Angaben und Erläuterungen zu Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung der in der Bilanz ausgewiesenen Anlageposten ist in dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagespiegel ersichtlich. Der Zugang zu den kumulierten Abschreibungen entspricht den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen des Geschäftsjahres.

Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2010	Jahres- ergebnis	Kapitalmaß- nahmen	Stand 31.12.2010
	Euro	Euro	Euro	Euro
Stammkapital	25.000,00	0,00	25.000,00	50.000,00
Bilanzgewinn	8,53	3.936,00	0,00	3.944,53
Eigenkapital	25.008,53	3.936,00	25.000,00	53.944,53

Das Grundkapital ist in 50.000 nennwertlose Stückaktien mit einfachem Stimmrecht aufgeteilt. Es handelt sich um Namensaktien. Andere Aktiengattungen liegen nicht vor. Das Bilanzergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Sämtliche Forderungen und Verbindlichkeiten haben Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten ausstehende Eingangsrechnungen für Emissionsrechte über 1.157 TEuro und Rechtsstreitkosten von 74 TEuro.

Advantag Aktiengesellschaft
47608 Geldern

C. Sonstige Angaben

Die Gesellschaft beschäftigt im Berichtsjahr zwei Arbeitnehmer.

Der Aufwand nach § 285 Nr. 9 a HGB betrug 0,00 Euro für den Vorstand und insgesamt 0,00 Euro für den Aufsichtsrat.

Vorstand der Gesellschaft ist Herr Raik Oliver Heinzelmann, Issum.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft wird gebildet durch
 Jürgen Becker, Düsseldorf (Vorsitzender),
 Dr. Rolf Breitenstein, Düsseldorf, und
 Nina Heinzelmann, Issum.

Die Gesellschaft ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

Gesellschaft	Eigenkapital	letztes Jahres- ergebnis	Beteiligungs- quote
	Euro	Euro	%
Advantag Carbon Limited, London	0,00	-500,00	100,0

Geldern, 4. Februar 2011

Raik Oliver Heinzelmann

A. Anlagevermögen

	<u>Anschaffungskosten/Herstellungskosten</u>				<u>Abschreibungen</u>					Zuschreibungen	<u>Buchwerte</u>		
	Stand 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2010	Stand 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2010	Geschäftsjahr	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2009
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
A. Anlagevermögen													
I. Sachanlagen													
Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.752,22	42.082,27	14.648,44	0,00	44.186,05	1.642,22	14.182,83	0,00	0,00	15.825,05	0,00	28.361,00	15.110,00
Summe Sachanlagen	16.752,22	42.082,27	14.648,44	0,00	44.186,05	1.642,22	14.182,83	0,00	0,00	15.825,05	0,00	28.361,00	15.110,00
Summe Anlagevermögen	16.752,22	42.082,27	14.648,44	0,00	44.186,05	1.642,22	14.182,83	0,00	0,00	15.825,05	0,00	28.361,00	15.110,00

Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2010

Das Geschäftsjahr 2010 der Advantag Aktiengesellschaft wurde von vielen externen und internen Ereignissen geprägt, welche einen Einfluss auf die Entwicklung des Unternehmens genommen haben. So wurde die erst im August 2009 gegründete Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft Advantag GmbH mit Gesellschafterbeschluss vom 01.04.2010 und der damit zusammenhängenden Erhöhung des Stammkapitals in die Advantag Aktiengesellschaft umgewandelt. Gleichzeitig wurde das Geschäftsfeld der Gesellschaft um den Handel von Emissionsrechten gemäß Treibhausemissionsgesetz (TEHG) erweitert.

Aufgrund dieser Erweiterung des Geschäftsbetriebs konnte im Geschäftsjahr 2010 ein signifikanter Umsatzzuwachs durch den Handel von Emissionsrechten als Broker Dealer im Eigenhandel erzielt werden. So betrugen die Gesamtumsatzerlöse EUR 30.393.847,23. Hierin sind ebenfalls die Erlöse im Beratungsbereich in Höhe von EUR 87.984,23 sowie im Bereich Beteiligungen in Höhe von EUR 56.883,00 enthalten. Der Rohertrag konnte gegenüber dem Rumpfgeschäftsjahr 2009 ebenfalls einen Anstieg auf EUR 177.270,89 aufweisen. Das Jahresergebnis nach Abschreibungen, Rückstellungen, Zinsen und Steuern betrug EUR 3.936,00.

Um den Handel von Emissionsrechten dauerhaft erfolgreich durchführen zu können, hat die Advantag AG im Jahr 2010 die Mitgliedschaft an drei Börsen beantragt und erhalten. So konnte die Gesellschaft die Mitgliedschaft an der Bayerischen Börse zu München im Marktsegment Greenmarket Exchange erwerben und Mitglied der Amsterdamer Climex / Amsterdam Power Exchange sowie der Wiener EXAA / Energy Exchange Austria werden.

Die Advantag AG hat bereits zu Beginn des Handels mit Emissionsrechten einen Großkunden akquirieren können, welcher ab dem zweiten Quartal einen Großteil der gelieferten Emissionsrechte vertreten hat. Aufgrund steuerlicher Streitigkeiten hat dieser Kunde die Lieferungen bis zur Klärung der Sachlage an die Gesellschaft vorerst eingestellt. Aus diesem Grund hat die Advantag AG begonnen, weitere Verträge mit Anlagenbetreibern und Händlern abzuschließen.

Advantag Aktiengesellschaft
47608 Geldern

Hierdurch konnte die Gesellschaft zwar geringere Umsätze in den Folgequartalen generieren, jedoch hat sie im gleichen Zeitraum ihre Preisgestaltung dementsprechend angepasst, so dass die hierdurch erweiterte Gewinnmarge höhere Erträge bei geringerem Umsatzvolumen ermöglicht.

Als Dienstleistungsunternehmen hat die Gesellschaft mit Ausnahme von IT-Hard- und Software sowie einem Personenkraftwagen keine nennenswerte Sachanlagen getätigt, wodurch auch lediglich geringe Abschreibungen im Geschäftsjahr 2010 ausgewiesen wurden.

Aufgrund der Rechtsstreitigkeiten des bereits benannten Lieferanten hat die Gesellschaft die gesamte Umsatzsteuer aus mit dieser Gesellschaft getätigten Geschäften aufgrund einer Festsetzung des Finanzamts Geldern an die Finanzverwaltung NRW abgeführt. Gegen diesen Bescheid hat die Gesellschaft zur Abwehr eventueller Forderungen des Lieferanten Rechtsmittel eingelegt. Zur Absicherung der eventuell anfallenden Rechtsverfolgungskosten eines möglichen Verfahrens hat der Vorstand vorsorglich eine Rückstellung in Höhe von TEUR 74,4 gebildet.

Der Vorstand geht davon aus, dass der börsennotierte Emissionshandel insbesondere in der kommenden Handelsperiode der Jahre 2013 – 2020 einen noch weitaus größeren Stellenwert einnehmen wird, da die Verpflichtung zum Zukauf von Emissionsrechten entsteht und weitere Anlagen am Emissionshandel teilnehmen müssen. Ab 2013 erfolgt für Energieerzeuger keine kostenlose Zuteilung von Zertifikaten mehr. Weiterhin nehmen bereits ab 2012 alle Luftfahrtunternehmen teil, welche am europäischen Luftverkehr teilnehmen. Diese bekommen 2012 lediglich 82% der Emissionsrechte kostenlos zugeteilt. Sonstige Anlagenbetreiber erhalten ab 2013 lediglich noch 80% kostenlos zugeteilt, wobei die kostenlose Zuteilung bis zum Jahr 2020 auf 30% reduziert wird. Ab dem Jahr 2027 soll keine kostenlose Zuteilung mehr erfolgen.

Aufgrund der Reduzierung der Zuteilung sowie der Abnahme von jährlich linear 1,74% der gesamten Emissionszertifikate erwartet der Vorstand weiterhin eine starke Erhöhung der Preise der Emissionsrechte von derzeit ca. EUR 14,00 auf mehr als EUR 50,00 zum Ende der dritten Handelsperiode. Um hierbei Investoren die Möglichkeit zu geben, an dieser möglichen Entwicklung teilzuhaben, hat die Gesellschaft das Projekt „Klimakonto“ entwickelt, welches Investoren einen Erwerb von Emissionsrechten am Spotmarkt ermöglicht. Das aktive Marketing für dieses Produkt soll bereits im ersten Quartal 2011 beginnen.

Advantag Aktiengesellschaft
47608 Geldern

Somit verfügt die Advantag Aktiengesellschaft über drei Geschäftsfelder, welche in den kommenden Jahren weiterhin ausgebaut werden sollen. Hauptgeschäftsfeld soll hierbei gemäß Planung des Vorstands der Handel mit Emissionsrechten sowohl als Broker als auch als Broker Dealer sowie im Eigenhandel bleiben. Dieser Geschäftsbereich soll daher weiter ausgebaut und durch das Produkt „Klimakonto“ flankiert werden.

Der Bereich Corporate Finance Consulting soll ebenfalls wichtiger Bestandteil der Gesellschaft bleiben, wobei neben der Beratung in den verschiedenen Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen von Unternehmen nunmehr auch die Beratung von Gesellschaften im Bereich Börsenlisting und IPO hinzugekommen ist.

Last but not least hat der Bereich Beteiligungen bereits im Rumpfgeschäftsjahr 2009 wesentlich zur Ertragssituation der Gesellschaft beigetragen und soll weiterhin ein Standbein der Advantag Aktiengesellschaft sein. Hauptfokus sind hier die Sektoren Umwelt, Pharma und Finanzdienstleistungen.

Der Vorstand geht davon aus, dass trotz des zu erwartenden Umsatzrückgangs der kommenden beiden Jahre kein signifikanter Ertragsrückgang im laufenden Geschäftsjahr 2011 verbunden sein wird. Da sich die Gesellschaft derzeit in der Phase der Überwindung der Markteintrittsbarrieren befindet und sich der Vorstand die Zielsetzung gegeben hat, ab der dritten Handelsperiode zu den führenden, bankenunabhängigen Finanzdienstleistern im Handel von börsennotierten Emissionszertifikaten zu sein, erwartet die Geschäftsleitung ab diesem Zeitpunkt weitaus höhere Umsatz- und Ertragszuwächse als in den Jahren 2011 und 2012.

Weitere nennenswerte, über das allgemeine Geschäftsrisiko hinausgehende Risiken sind zur Zeit nicht erkennbar.

Bestätigungsvermerk des AbschlussprüfersAn die Advantag Aktiengesellschaft, 47608 Geldern

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Advantag Aktiengesellschaft, Geldern, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und Lageberichts nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kalkar, 4. Februar 2011

Thijssen - Pöhls - Stefaniak KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Michael Thijssen
Wirtschaftsprüfer

Rechtliche und
steuerliche Verhältnisse

I. Rechtliche Verhältnisse

1. Die Firma der Gesellschaft lautet

Advantag Aktiengesellschaft.

2. Sitz der Gesellschaft ist Glockengasse 5 in 47608 Geldern.

Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 01.04.2010 (UR 524/2010 des Notars Dr. Gerhard Tebarth in Geldern) im Wege der Umwandlung der Advantag GmbH, Geldern, errichtet. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Kleve unter HR B 10452 eingetragen.

3. Gegenstand des Unternehmens gemäß Gesellschaftsvertrag ist die Beteiligung an anderen Unternehmen, Unternehmensberatung, Handel mit Emissionsrechten sowie Handel mit Rohstoffen.

4. Das Kapital ist in 50.000 nennwertlose Stückaktien mit einfachem Stimmrecht aufgeteilt. Es handelt sich um Namensaktien. Andere Aktiengattungen liegen nicht vor. Das gezeichnete Kapital ist noch nicht vollständig eingezahlt.

5. Vorstand der Gesellschaft ist Herr Raik Oliver Heinzelmann, Isum.

Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

6. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft wird gebildet durch

Jürgen Becker, Düsseldorf (Vorsitzender),
Dr. Rolf Breitenstein, Düsseldorf, und
Nina Heinzelmann, Isum.

7. Die Tätigkeit der Gesellschaft entspricht dem Gesellschaftszweck.

Advantag Aktiengesellschaft
47608 Geldern

II. Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft ist unbeschränkt steuerpflichtig. Sie wird beim Finanzamt Geldern unter der Steuernummer 113/5722/1528 geführt.

Eine Betriebsprüfung fand bisher nicht statt.

ENTWURF

Umfassende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses

A. Bilanz

I. Aktiva

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

1. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Euro 28.361,00

Vorjahr: Euro 15.110,00

Der Posten hat sich wie folgt entwickelt:

Anschaffungskosten 1. Januar 2010

Euro 16.752,22

+ Zugänge

Euro 42.082,27

Euro 58.834,49

- Abgänge

Euro 14.648,44

= Anschaffungskosten 31. Dezember 2010

Euro 44.186,05

- kumulierte Abschreibungen

Euro 15.825,05

Buchwert zum 31. Dezember 2010

Euro 28.361,00

Im einzelnen handelt es sich um:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.716,00	0,00
PKW	22.852,00	13.428,00
Geringwertige Wirtschaftsgüter	<u>3.793,00</u>	<u>1.682,00</u>
	<u>28.361,00</u>	<u>15.110,00</u>

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

1. Bestand Zertifikate

Euro 12.028,00

Vorjahr: Euro 0,00

Die Bewertung der Wertpapiere und Zertifikate im Bestand erfolgt zu Anschaffungskosten.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	Euro	7.930,98
Vorjahr:	Euro	11.112,50

In Übereinstimmung mit der Saldenliste. Teile der Forderungen wurden einzeln wertberichtigt.

2. sonstige Vermögensgegenstände

	Euro	1.627,04
Vorjahr:	Euro	364,13

Im einzelnen:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Körperschaftsteuerrückforderung	1.344,04	0,00
Forderungen gegen Personal	283,00	0,00
Umsatzsteuer	0,00	17,14
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>0,00</u>	<u>346,99</u>
	<u>1.627,04</u>	<u>364,13</u>

Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

	Euro	1.238.407,29
Vorjahr:	Euro	33.890,21

Folgende Salden sind durch das Kassenbuch bzw. den letzten Tagesauszügen des Kreditinstituts vor dem Bilanzstichtag nachgewiesen:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Kasse	283,52	3.411,26
Sparkasse Krefeld	7.939,06	30.478,95
Sparkasse Krefeld Tagesgeld	1.158.914,56	0,00
Postbank	1.162,30	0,00
Tagesgeldkonto	69.709,54	0,00
Climex ABN Escrow Account	398,31	0,00
	<u>1.238.407,29</u>	<u>33.890,21</u>

C. Rechnungsabgrenzungsposten

	Euro	1.533,00
Vorjahr:	Euro	123,00

Der Posten beinhaltet:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Versicherungen	1.362,00	0,00
Kfz-Steuer	171,00	123,00
	1.533,00	123,00

II. Passiva**A. Eigenkapital****I. Gezeichnetes Kapital**

	<u>Euro</u>	<u>50.000,00</u>
Vorjahr:	Euro	25.000,00

Das Stammkapital ist noch nicht vollständig eingezahlt. Es ist in 50.000 nennwertlose Stückaktien mit einfachem Stimmrecht aufgeteilt. Es handelt sich um Namensaktien. Andere Aktiengattungen liegen nicht vor.

nicht eingeforderte**ausstehende Einlagen**

	<u>Euro</u>	<u>-8.450,00</u>
Vorjahr:	Euro	-8.450,00

eingefordertes Kapital

	<u>Euro</u>	<u>41.550,00</u>
Vorjahr:	Euro	16.550,00

II. Gewinnvortrag

	Euro	8,53
Vorjahr:	Euro	0,00

Hier ist das Vorjahresergebnis enthalten.

III. Jahresüberschuss

	Euro	3.936,00
Vorjahr:	Euro	8,53

Vgl. Ergebnis laut Gewinn- und Verlustrechnung.

B. Rückstellungen**1. Steuerrückstellungen**

	Euro	971,00
Vorjahr:	Euro	11,00

Die Rückstellungen betreffen die Ertragsteuern des Geschäftsjahres.

2. sonstige Rückstellungen

Vorjahr: Euro 1.235.000,00
Euro 2.200,00

In folgender Zusammensetzung und Entwicklung:

	01.01.2010 Euro	Zuführung Euro	Auflösung Euro	Verbrauch Euro	31.12.2010 Euro
Jahresabschluss und Prüfung ausstehende Rechnungen	2.000,00	4.000,00	0,00	2.000,00	4.000,00
Rechtskosten	0,00	1.157.000,00	0,00	0,00	1.157.000,00
Beiträge	0,00	74.000,00	0,00	0,00	74.000,00
	200,00	0,00	0,00	200,00	0,00
	2.200,00	1.235.000,00	0,00	2.200,00	1.235.000,00

C. Verbindlichkeiten1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Vorjahr: Euro 1.437,42
Euro 0,00

In Übereinstimmung mit der Saldenliste.

2. sonstige Verbindlichkeiten

Vorjahr: Euro 6.984,36
Euro 41.830,31

Im einzelnen:

	2010 Euro	2009 Euro
Umsatzsteuer	6.761,24	0,00
Lohn- und Kirchensteuer	21,33	0,00
Verbindlichkeiten soziale Sicherheit	201,79	0,00
R.O. Heinzelmänn	0,00	41.830,31
	<u>6.984,36</u>	<u>41.830,31</u>

B. Gewinn- und Verlustrechnung

1. <u>Umsatzerlöse</u>	Euro	30.393.847,23
Vorjahr:	Euro	73.566,51

Es entfallen auf:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Beratungen	87.984,23	2.812,50
Wertpapiere	56.883,00	70.754,00
Zertifikate	30.248.920,00	0,00
Übrige	<u>60,00</u>	<u>0,01</u>
	<u>30.393.847,23</u>	<u>73.566,51</u>

2. Materialaufwanda) Aufwendungen fürWertpapiere und Zertifikate

	Euro	30.177.909,34
Vorjahr:	Euro	43.993,80

In folgender Zusammensetzung:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Wertpapiere	34.966,20	43.993,80
Zertifikate	<u>30.142.943,14</u>	<u>0,00</u>
	<u>30.177.909,34</u>	<u>43.993,80</u>

b) Aufwendungen für bezogeneLeistungen

	Euro	38.667,00
Vorjahr:	Euro	19.950,00

Es handelt sich um Provisionen.

3. Personalaufwand

a) Löhne und Gehälter

	Euro	7.071,50
Vorjahr:	Euro	0,00

Der Posten umfasst Löhne und Gehälter einschließlich Nebenkosten.

b) soziale Abgaben und

Aufwendungen für Altersversorgung

	Euro	2.505,57
Vorjahr:	Euro	0,00

In folgender Zusammensetzung:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Gesetzliche Sozialversicherung	1.337,57	0,00
Aufwendungen für Altersversorgung	<u>1.168,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>2.505,57</u>	<u>0,00</u>

4. Abschreibungen

a) auf Sachanlagen

	Euro	10.741,62
Vorjahr:	Euro	1.910,16

Wir verweisen auf das Anlagevermögen.

5. sonstige betriebliche Aufwendungen

	Euro	160.312,73
Vorjahr:	Euro	7.693,02

Im einzelnen:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Raumkosten	7.059,22	519,37
Beiträge, Versicherungen, Abgaben	307,12	321,00
Kfz-Kosten	12.148,35	1.743,81
Werbe- und Reisekosten	23.025,47	798,70
Bürokosten	6.352,16	1.851,75
Rechts- und Beratungskosten	96.313,23	2.356,65
Forderungsverluste und Zuführung zur Wertberichtigung	5.054,00	0,00
Buchverluste Anlagenabgänge	5.091,42	0,00
Übrige	<u>4.961,76</u>	<u>101,74</u>
	<u>160.312,73</u>	<u>7.693,02</u>

6. sonstige Zinsen und ähnliche

Erträge

	Euro	9.360,77
Vorjahr:	Euro	0,00

Der Posten betrifft Banzinsen.

7. Ergebnis der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit

	Euro	6.000,24
Vorjahr:	Euro	19,53

8. Steuern vom Einkommen und
vom Ertrag

	Euro	2.064,24
Vorjahr:	Euro	11,00

In folgender Zusammensetzung:

	2010	2009
	<u>Euro</u>	<u>Euro</u>
Körperschaftsteuer	1.036,66	10,00
Solidaritätszuschlag	56,58	1,00
Gewerbesteuer	<u>971,00</u>	<u>0,00</u>
	2.064,24	11,00

9. Jahresüberschuss

	Euro	3.936,00
Vorjahr:	Euro	8,53

Das Jahresergebnis wird auf neue Rechnung vorgetragen.

C. Anhang

Zum Anhang verweisen wir auf Anlage III. Weitere Erläuterungen zum Anhang sind nicht erforderlich.

Thijssen – Pöhls – Stefaniak KG – Postfach 1443 – 47541 Kalkar

Bericht
über die
Prüfung des Jahresabschlusses

zum

31. Dezember 2009

Advantag GmbH

47661 Issum

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>SEITE</u>
A. Prüfungsauftrag	1
B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	3
I. Gegenstand der Prüfung	3
II. Art und Umfang der Prüfung	3
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	6
I. Feststellungen zur Rechnungslegung	6
a) Vorjahresabschluss	6
b) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	6
c) Jahresabschluss	7
d) Lagebericht	7
II. Erläuterungen zur Rechnungslegung	8
a) Gesamtaussage des Jahresabschlusses	8
b) Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	8
E. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	8
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	9

ANLAGENVERZEICHNIS

- I. Bilanz zum 31. Dezember 2009
 - II. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 04. August 2009 bis zum 31. Dezember 2009
 - III. Anhang für das Geschäftsjahr 2009
 - Anlage zum Anhang
 - Entwicklung des Anlagevermögens
 - IV. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
 - V. Rechtliche und steuerliche Verhältnisse der Gesellschaft
 - VI. Umfassende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten
des Jahresabschlusses
- Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

A. Prüfungsauftrag

1. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der

Advantag GmbH

47661 Issum

- nachstehend auch Gesellschaft genannt -

wurden wir zum Abschlussprüfer für das Rumpf-Geschäftsjahr vom 04. August 2009 bis zum 31. Dezember 2009 gewählt.

3. Die Geschäftsführung der Gesellschaft hat uns daraufhin beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten. Wir haben den Auftrag mit Schreiben vom 16. April 2010 angenommen.
3. Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen. Da es sich um eine freiwillige Jahresabschlussprüfung handelt, richtet sich der Bestätigungsvermerk an das geprüfte Unternehmen.
4. Bei unserer Berichterstattung haben wir die "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW), wie sie in dem Prüfungsstandard IDW PS 450 niedergelegt sind, beachtet.
5. Grundlage für die Durchführung des uns erteilten Prüfungsauftrages und für unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der als Anlage beigefügten Fassung.

B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

6. Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft haben zulässigerweise auf die Erstellung des Lageberichts verzichtet. Die Geschäftsführung hat durch die Bilanzierung und Bewertung unter Fortführungsgesichtspunkten zum Ausdruck gebracht, dass sie von einer Fortführung des Unternehmens ausgeht. Besondere, über das allgemeine unternehmerische Risiko hinausgehende Risiken in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegen nach Auffassung der Geschäftsführung nicht vor. Wir schließen uns dieser im Jahresabschluss zum Ausdruck kommenden Beurteilung der gesetzlichen Vertreter an.
7. Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Zu den rechtlichen und steuerlichen Verhältnissen der Gesellschaft verweisen wir auf die Anlage V des Prüfungsberichts.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

8. Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.
9. Feststellungen unter anderen Gesichtspunkten, insbesondere im Hinblick auf die Beachtung sonstiger rechtlicher Vorschriften sowie auf dolose Handlungen im Geschäftsverkehr, waren nicht Gegenstand unseres Auftrages. Anhaltspunkte hierfür haben sich bei unserer Prüfung nicht ergeben. Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrages.

II. Art und Umfang der Prüfung

10. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine kleine Gesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Im Auftrag der Gesellschaft haben wir unsere Prüfung nach Art und Umfang einer Jahresabschlussprüfung gemäß §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der "Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen", insbesondere der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" (Prüfungsstandards PS 200 ff.), durchgeführt. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Anforderungen, die sich aus der Festlegung des Prüfungsgegenstandes ergeben, erfüllt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

11. Unsere Prüfung haben wir in dem Monat April 2010 - mit zeitlichen Unterbrechungen - in den Geschäftsräumen der Gesellschaft und in unserem Büro vorgenommen.
12. Der Prüfung lag eine Planung unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind uns aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft sowie aus Branchenberichten und aus unseren Erfahrungen aus vergleichbaren Prüfungen bekannt.
14. Für die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte wurden kritische Prüfungsziele identifiziert und ein Prüfungsprogramm entwickelt, welches neben dem Ansatz der Prüfung die Art und den Umfang der Prüfungshandlungen in zeitlicher und personeller Zuordnung festlegt. Aus den bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:
- Wertpapierverkäufe.
15. Ausgehend von einer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet.
Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen erfolgten im Wesentlichen aufgrund von analytische Prüfungen und Einzelfallprüfungen.
Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung trugen und es ermöglichten, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen. Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

16. Bei der Prüfung des Anlagevermögens haben wir uns von der Ordnungsmäßigkeit der Anlagenkartei überzeugt. Zugänge und Abgänge zum Anlagevermögen wurden weitgehend überprüft. Die Bewertung des Anlagevermögens wurde auf die Übereinstimmung mit Abschreibungsmethoden und Abschreibungsdauern untersucht.

Soweit Nachweise und Bestätigungen Dritter vorlagen, haben wir diese bei unserer Prüfung zugrunde gelegt.

Bei der Prüfung der Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen gingen die aus vergleichbaren Jahresabschlussprüfungen gewonnenen Erfahrungen in die Prüfung mit ein. Die Prüfung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte weitgehend durch eine bewusste Stichprobenauswahl, sofern nicht wegen der Auswirkung auf den Jahresabschluss eine lückenlose Prüfung einzelner Konten erforderlich war.

17. Alle verlangten Aufklärungen und Nachweise wurden uns durch die Geschäftsführung bzw. die von ihr benannten Mitarbeiter bereitwillig und im gewünschten Umfang erbracht.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Feststellungen zur Rechnungslegung

a) Vorjahresabschluss

18. Ein Vorjahresabschluss existiert nicht, da die Gesellschaft erst in 2009 gegründet wurde.

b) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

19. Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die weiteren Informationen aus den sonstigen zur Prüfung herangezogenen Unterlagen führten zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung und Jahresabschluss. Im Hinblick auf die IT-gestützte Rechnungslegung haben wir keine Sachverhalte festgestellt, die uns zu der Annahme veranlassen, dass die Sicherheit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten nicht gewährleistet ist.

Die Buchführung und die sonstigen geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung.

c) Jahresabschluss

20. Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss wurde ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen entwickelt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung für kleine Gesellschaften unter der Prämisse der Unternehmensfortführung aufgestellt worden. Die Gliederung der Bilanz erfolgte nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt. Soweit für die Bilanz oder die Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgte die entsprechende Angabe überwiegend im Anhang. Der Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben.

Der Jahresabschluss entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

d) Lagebericht

21. Für kleine Kapitalgesellschaften besteht keine gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung eines Lageberichts.

Die Gesellschaft hat von diesem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

II. Erläuterungen zur Rechnungslegung

a) Gesamtaussage des Jahresabschlusses

22. Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss als Gesamtaussage aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

b) Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

23. Die Bewertungsgrundlagen umfassen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie die für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen wertbestimmenden Faktoren.

Zu den wesentlichen Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

24. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Gesellschaft im Jahresabschluss die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie die Ermessensspielräume handelsrechtlich zulässig nach dem Vorsichtsprinzip ausübt.

Ansatz und Bewertung der Aktiv- und Passivposten entsprechen den handelsrechtlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Bilanzierung.

26. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen vorgenommen, die dazu geeignet sind, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Jahresabschluss wesentlich zu beeinflussen.

E. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

27. Eine vergleichende Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage macht im Gründungsjahr wenig Sinn und unterbleibt daher.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

28. Wir haben zu dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 den nachstehend abgedruckten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Advantag GmbH, 47661 Issum

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung der Advantag GmbH, Issum, für das Gründungs-Geschäftsjahr vom 04. August 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Be-

stimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. "

Der unterzeichnete Bestätigungsvermerk ist diesem Bericht als Anlage V beigelegt.

Kalkar, 26. April 2010

Thijssen-Pöhl-Stefaniak KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Michael Thijssen
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Bilanz zum 31. Dezember 2009

<u>Aktiva</u>	31.12.2009	04.08.2009		31.12.2009	<u>Passiva</u>
	€	€		€	€
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	8.450,00	25.000,00	A. Eigenkapital		
			I. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	25.000,00	25.000,00
			II. <u>Bilanzgewinn/-verlust (-)</u>	8,53	0,00
B. Anlagevermögen				25.008,53	25.000,00
I. <u>Sachanlagen</u>	15.110,00	0,00			
Betriebs- und Geschäftsausstattung			B. Rückstellungen		
			1. Steuerrückstellungen	11,00	0,00
C. Umlaufvermögen			2. Sonstige Rückstellungen	2.200,00	0,00
I. <u>Forderungen und sonstige</u>					
<u>Vermögensgegenstände</u>			C. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.112,50	0,00	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	364,13	0,00	Leistungen	41.830,31	0,00
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	33.890,21	0,00			
D. Rechnungsabgrenzungsposten	123,00	0,00			
	69.049,84	25.000,00		69.049,84	25.000,00

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr
vom 04. August 2009 bis zum 31. Dezember 2009

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	29.572,71	0,00
2. Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.950,00	0,00
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	1.910,16	0,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.693,02	0,00
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19,53	0,00
6. Steuern vom Einkommen und Ertrag	11,00	0,00
7. Jahresüberschuss	8,53	0,00
8. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
9. Bilanzgewinn	8,53	0,00

Anhang
für das Geschäftsjahr 2009

A. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

1. Der Jahresabschluss der Advantag GmbH, Issum, für das Gründungs-Geschäftsjahr 2009 ist nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt worden.
2. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gewählt.
3. Gemäß § 267 Abs. 1 i.V.m. Abs. 4 S. 1 HGB gehört die Gesellschaft zu den kleinen Kapitalgesellschaften. Sie hat auf die Aufstellung eines Lageberichts nach § 289 HGB verzichtet.

B. Angaben und Erläuterungen zu Posten der Bilanz
und der Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aktiviert und, soweit abnutzbar, vermindert um Abschreibungen bewertet.

Die Abschreibungen der Sachanlagen erfolgen planmäßig entsprechend der branchenüblichen Nutzungsdauer nach der linearen Methode.

Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 EStG mit Einzelanschaffungskosten bis zu 150,00 € werden im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben.

2. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem durch Wertberichtigung geminderten Wert angesetzt.
3. Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert angesetzt.
4. Rückstellungen werden für alle erkennbaren Risiken gebildet. Die Bewertung erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.
6. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

II. Angaben und Erläuterungen zu Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die Entwicklung der in der Bilanz ausgewiesenen Anlageposten ist in dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagespiegel ersichtlich. Der Zugang zu den kumulierten Abschreibungen entspricht den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen des Geschäftsjahres.
2. Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2009	Jahres- ergebnis	Kapitalmaß- nahmen	Stand 31.12.2009
	€	€	€	€
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00
Bilanzgewinn/-Verlust	0,00	8,53	0,00	8,53
Eigenkapital	25.000,00	8,53	0,00	25.008,53

Der Bilanzgewinn wird auf neue Rechnung vorgetragen.

C. Sonstige Angaben

1. Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2009 keinen Arbeitnehmer.
2. Der Aufwand nach § 285 Nr. 9 a HGB betrug 0,00 €.
3. Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr

Raik Heinzelmann, Issum.

Issum, 16. April 2010

.....
Raik Heinzelmann
(Geschäftsführer)

Anlagespiegel

	Kumulierte Anschaffungs-/Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Nettowerte	
	04.08.2009	Zugang	Abgang	31.12.2009	04.08.2009	Zugang	Abgang	31.12.2009	31.12.2009	04.08.2009
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
A. Anlagevermögen										
Sachanlagen										
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	17.020,16	267,94	16.752,22	0,00	1.910,16	267,94	1.642,22	15.110,00	0,00
	0,00	17.020,16	267,94	16.752,22	0,00	1.910,16	267,94	1.642,22	15.110,00	0,00

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Advantag GmbH, 47661 Issum

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung der Advantag GmbH, Issum, für das Gründungsgeschäftsjahr vom 04. August 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen "Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung" vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft.

Kalkar, 26. April 2010

Thijssen-Pöhls-Stefaniak KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Oec. Michael Thijssen

Wirtschaftsprüfer

**Rechtliche und
steuerliche Verhältnisse**

I. Rechtliche Verhältnisse

1. Die Firma der Gesellschaft lautet

Advantag GmbH.

2. Sitz der Gesellschaft ist Langendonker Weg 128 in 47661 Issum.

Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 04. August 2009 (UR 1367/2009 des Notars Dr. Gerhard Tebarth in Geldern) errichtet.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Kleve unter HR B 9855 eingetragen.

3. Gegenstand des Unternehmens gemäß Gesellschaftsvertrag ist Unternehmensberatung.

4. Alleiniger Gesellschafter ist Herr Raik Heinzelmann, Issum.

Das gezeichnete Kapital ist teilweise eingezahlt.

5. Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Raik Heinzelmann, Issum.

Der Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

6. Die Tätigkeit der Gesellschaft entspricht dem Gesellschaftszweck.

II. Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft ist unbeschränkt steuerpflichtig. Sie wird beim Finanzamt Geldern unter der Steuernummer 113/5722/1528 geführt.

ENTWURF

Advantag GmbH47661 Issum

**Umfassende Aufgliederungen und
Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses**

A. Bilanz**I. Aktiva**

1. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete
Kapital

€	<u>8.450,00</u>
i.V. €	25.000,00

Das Stammkapital wurde erst teilweise eingezahlt.

2. Betriebs- und Geschäftsausstattung

€	<u>15.110,00</u>
i.V. €	0,00

Der Posten betrifft im wesentlichen einen PKW und daneben GWG.

3. Forderungen aus Lieferungen
und Leistungen

€	<u>11.112,50</u>
i.V. €	0,00

Die Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

4. <u>Sonstige Vermögensgegenstände</u>	€	<u>364,13</u>
	i.V. €	0,00

Der Posten entfällt auf Umsatzsteuererstattungen und ist innerhalb eines Jahres fällig.

5. <u>Kassenbestand und Guthaben</u> <u>bei Kreditinstituten</u>	€	<u>33.890,21</u>
	i.V. €	0,00

Im Einzelnen:

	€	
Kassenbestand		3.411,26
Sparkasse Krefeld		<u>30.478,95</u>
		<u>33.890,21</u>

Die Guthaben bei den Kreditinstituten stimmen mit den letzten Tagesauszügen vor dem Bilanzstichtag unter Berücksichtigung zeitlicher Buchungsunterschiede überein.

6. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	€	123,00
	i.V. €	0,00

Kfz-Steuer 2010.

II. Passiva

7. <u>Gezeichnetes Kapital</u>	€	<u>25.000,00</u>
	i.V. €	25.000,00

In Übereinstimmung mit dem Handelsregister.

8. <u>Bilanzgewinn</u>	€	<u>8,53</u>
	i.V. €	0,00

In folgender Entwicklung:

	€	
Stand 04. August 2009		0,00
Jahresüberschuss 2009 (vgl. Tz. 17)		<u>8,53</u>
Stand 31. Dezember 2009		<u><u>8,53</u></u>

9. <u>Steuerrückstellungen</u>	€	<u>11,00</u>
	i.V. €	0,00

Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag 2009.

10. Sonstige Rückstellungen	€	<u>2.200,00</u>
	i.V. €	0,00

Der Posten betrifft Jahresabschlusskosten (2.000,00 €) und Beiträge (200,00 €).

11. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	€	41.830,31
	i.V. €	0,00

Die Verbindlichkeiten betreffen den Gesellschafter und sind innerhalb eines Jahres fällig.

B. Gewinn- und Verlustrechnung

12. Umsatzerlöse € 29.572,71
i.V. € 0,00

Der Posten entfällt auf:

	2009	2008
	€	€
Beratungserlöse	2.812,51	0,00
Wertpapierverkäufe	26.760,20	0,00
	29.572,71	0,00

13. Aufwendungen für bezogene Leistungen € 19.950,00
i.V. € 0,00

Der Posten umfasste Marketingleistungen.

14. Abschreibungen auf Sachanlagen € 1.910,16
i.V. € 0,00

Vgl. Tz. 2.

15. Sonstige betriebliche Aufwendungen

€ 7.693,02
i.V. € 0,00

Im Einzelnen:

	2009	2008
	€	€
Raumkosten	519,37	0,00
Fahrzeugkosten	1.743,81	0,00
Werbe- und Reisekosten	798,70	0,00
Versicherungen, Beiträge, Abgaben	321,00	0,00
Bürokosten	1.761,75	0,00
Rechts- und Beratungskosten	2.356,65	0,00
Übrige Aufwendungen	191,74	0,00
	7.693,02	0,00

Die Sonstigen Steuern von 32,00 € werden hier ausgewiesen.

16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

€ 11,00
i.V. € 0,00

Im Einzelnen:

	2009	2008
	€	€
Körperschaftssteuer	10,00	0,00
Solidaritätszuschlag	1,00	0,00
Gewerbsteuer	0,00	0,00
	11,00	0,00

17. Jahresüberschuss

€ 8,53
i.V. € 0,00

Vgl. Tz. 8.

C. Anhang

18. Zum Anhang verweisen wir auf Anlage III. Weitere Erläuterungen zum Anhang sind nicht erforderlich.

ENTWURF

BUSINESS – PLAN



(Version: November 2012)

© Advantag Aktiengesellschaft
Glockengasse 5
D-47608 Geldern

Fon: +49(0)2831.1348220
Fax: +49(0)2831.1348221
Mail: info@advantag.de
Web: www.advantag.de

I. ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE IM EINKLANG

I.I. Der Handel von Emissionsrechten

Der Emissionsrechtehandel oder auch *Handel mit Emissionszertifikaten* ist ein Instrument der Umweltpolitik welches dem Ziel dienen soll, globale Schadstoffemissionen mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu verringern. In der Europäischen Union wurde der EU-Emissionshandel für Kohlendioxidemission im Jahre 2005 gesetzlich eingeführt. Die Grundidee für den Emissionsrechtehandel wurde 1968 von dem kanadischen Ökonomen J. H. Dales in seinem Buch *Pollution, Property and Prices* dargestellt und ist eine Weiterentwicklung des Coase-Theorems. Dales vertrat die Theorie, einen Markt für Verschmutzungsrechte einzurichten, um Gewässerverschmutzung durch Industrieabwässer zu begrenzen. Das revolutionär Neue an dieser Idee war, dass die Politik eine konkrete Obergrenze der Gesamtemission als Umweltziel direkt vorgeben kann. Der Emissionsrechtehandel zählt somit zu den marktpolitischen Mitteln der Umweltpolitik. Hierbei wird der Emissionsrechtehandel zu den Mengelösungen gezählt, da die Politik eine konkrete Menge für eine bestimmte Emission vorgibt. Dabei entfällt die Problematik der Höhe der Steuersätze und eine direkte Beeinflussung des Umweltziels ist gewährleistet. Daher ist eine hohe ökologische Treffsicherheit gewährleistet. Die Preisentwicklungen und somit die Belastung von Unternehmen und letztendlich den Verbrauchern ist derzeit jedoch nicht einfach zu prognostizieren. Die Ausgabe der Zertifikate funktioniert durch Zuteilung oder Versteigerung. Momentan gibt es zwei Handelssysteme für Treibhausgase: Den im Kyoto-Protokoll vereinbarten bilateralen Handel zwischen Annex-I Staaten und innerhalb Europas den EU-Emissionshandel für Unternehmen. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass viele Schadstoffe nicht nur lokal wirken, sondern großräumig, so dass die Minderung von Emissionen nur über große geographische Räume betrachtet und bewertet werden kann. Die vom Menschen verursachten Emissionen von Treibhausgasen wie CO², also Gasen, die zu einer weiteren Erwärmung der Erdatmosphäre beitragen, müssen weltweit reduziert werden. Damit soll die drohende Klimaveränderung abgewendet bzw. deren Fortschreiten abgebremst werden. Aus diesem Grund ist im Kyoto-Protokoll, welches die Bestimmungen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen konkretisiert, vereinbart worden, wie viele dieser klimawirksamen Gase einzelne Länder bzw. Ländergruppen emittieren dürfen und zu welchen Minderungsschritten innerhalb eines bestimmten Zeitplanes sie sich verpflichten. Das Kyoto-Protokoll, ein am 11. Dezember 1997 beschlossenes Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) der Vereinten Nationen mit dem Ziel des Klimaschutzes, enthält als wesentliches "flexibles" Instrument einen Handel mit Emissionsrechten zwischen Staaten. Innerhalb Europas versucht die Europäische Union mit dem EU-Emissionsrechtehandel seit 2005, das im Kyoto-Protokoll festgelegte Klimaschutzziel zu erreichen. Es ist das weltweit erste multinationale Emissionsrechtehandelssystem und fungiert als Vorreiter eines möglichen weltweiten Systems. In Europa gibt es hier zwei frei am Markt handelbare Einheiten, welche jeweils das Recht zur Emission von einer Tonne CO² verbriefen. Dies sind zum Einen die European Unit Allowances

(EUA), welche in Europa für Anlagenbetreiber herausgegeben werden und speziell für den Zeitraum 2008 bis 2012 fungieren. Zum Anderen gibt es die zertifizierte Emissionsreduktionen (Certified Emission Reductions, CER) sowie Emissionsreduktionseinheiten (Emission Reduction Units, ERU). Dies sind Emissionszertifikate, die für erfolgreich durchgeführte Klimaschutzprojekte – die so genannten Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) Projekte – ausgegeben werden. Neben den bisherigen einzelstaatlichen und zukünftig europäischen Auktionen, welche seit Januar 2010 ebenfalls an der EEX, der European Energy Exchange in Leipzig oder der Climex (Niederlande) durchgeführt wurden und werden, gibt es sowohl den Handel „Over The Counter“, kurz OTC genannt sowie den Börsenhandel der Zertifikate. Größte europäische Börse für Termingeschäfte und Spotgeschäfte (Daily Futures) ist die Londoner ICE International Commodity Exchange, gefolgt von der Leipziger EEX. Weitere Europäische Börsen sind die KBB/CEB Commodity Exchange Bratislava, Climex Amsterdam, CTX Carbon Trade Exchange London, SendeCo2 Barcelona, sowie die Sibex in Sibiu, Rumänien.

I.II. Kundenpotentiale

Berücksichtigung bei der Pflicht zur Veranlagung gemäß der Umsetzung der Richtlinien finden Anlagen mit einer Gesamtleistung ab 20MWp, welche dementsprechende Emissionen emittieren. Im Gegenzug dazu können Anlagen mit einer Leistung von 10MWp, wie zum Beispiel Solarkraftwerke oder sonstige regenerative Energien, die CO² einsparen, die somit potentiell eingesparten Tonnagen wiederum am Markt veräußern. Somit betrifft dies alle mittleren und größeren Unternehmen, welche im Produktionssektor verschiedener Branchen, der Energieversorgung aber auch im Luftverkehr (ab 2012) tätig sind. Lediglich die Großunternehmen der Branche haben hierbei die personellen und finanziellen Möglichkeiten, eigene, qualifizierte Händler zu beschäftigen und selbst oder über Tochtergesellschaften an der EEX gelistet zu sein; kleinere Unternehmen können hier allein aus Kostengründen jedoch lediglich über einen Broker agieren oder ihre Zertifikate OTC handeln lassen. Dies gilt sowohl generell für den Handel als auch für die Teilnahme am Auktionsverfahren der Bundesrepublik, welches durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durchgeführt wird. Ab 2013 werden alle Europäischen Auktionen über die EEX Leipzig und die ICE London abgewickelt. Insgesamt gibt es aktuell allein in Deutschland ca. 1.200 offene Anlagen, welche bereits über ein Anlagenkonto bei der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) verfügen, 2013 kommen ca. 500 weitere Marktteilnehmer hinzu. Um die Ziele des Klimaschutzprotokolls und eine Reduzierung der globalen Erderwärmung zu erreichen, wobei mindestens eine Einsparung von 20% des Treibhausgases CO² vorgesehen ist, werden ab 2013 auch hier weitere Verschärfungen vorgenommen werden müssen, was unter Umständen eine Erweiterung des Kundenpotentials zur Folge haben wird. Hier ist zum Beispiel nach der 2012 erfolgten Einbeziehung des Luftfahrtsektors der Schiffsverkehr im Gespräch. Ab 2013 werden somit voraussichtlich ungefähr 1.700 deutsche Anlagen dem Emissionshandel unterliegen und somit

potentielle Kunden der Advantag AG. Hinzu kommen allein im deutschsprachigen Ausland (Österreich und Schweiz 700 Anlagenbetreiber). Insgesamt sind vom Europäischen Emissionshandel ETS mehr als 5.000 Anlagenbetreiber handelspflichtig (Compliance). Besonders wichtig hierbei ist, dass in der II. Zuteilungsperiode alle Anlagen mit Ausnahme der Energieversorger 100% der Emissionen des Standes von 2005 zugeteilt bekommen, wodurch in dieser Periode der Handel noch recht gering ist, da er lediglich auf die später näher erläuterten Swap-Geschäfte sowie den Zukauf bei höherem Ausstoß oder dem Verkauf von nicht benötigten Rechten im Spotmarkt beinhaltet. Ab dem Jahr 2013 werden jedoch die zugeteilten Mengen jährlich stark reduziert, von 2013 80% bis auf 2010 30%. Hierdurch sind alle Anlagenbetreiber gezwungen, den Erwerb von Zertifikaten durchzuführen, um ihre Abgabeverpflichtung zu erfüllen. Weiterhin wird ab 2013 die Gesamtmenge der Zertifikate in der EU um jährlich 1,74% reduziert. Dies bedeutet, dass im Jahr 2020 lediglich 86,9% der 2012 insgesamt ausgegebenen Zertifikate verfügbar sind und eine Reduzierung um somit 13,1% erfolgt. Ab dem Jahr 2027 ist vorgesehen, dass alle Anlagenbetreiber 100% ihrer benötigten Zertifikate hinzukaufen, was wiederum durch Börsenteilnehmer und Emissionshändler erfolgen wird. Ab dem Jahr 2015 soll das bislang autarke australische System mit dem Europäischen verlinkt werden, was auch für das Schweizer Handelssystem in 2014 geplant ist. Ab 2013 startet der US-Bundesstaat ein eigenes Handelssystem, um die Testphase in den USA aufzuzeigen. Auch China, Russland, Indien, Peru und viele weitere Staaten kopieren das System des ETS und starten eigene, nationale Systeme, welche nach den Vorstellungen der meisten Staaten langfristig in ein globales System des Handels von Treibhausgaszertifikaten einbezogen werden sollen. Hierin zeigt sich das gesamte Potential des Marktes, welcher mit seiner Entstehung im Jahr 2005 ein völlig neues System aufzeigt, in welchem der Wert des Klimaschutzes finanziell messbar ist. Durch den sehr frühen Einstieg der Advantag AG in diesen neuen globalen Markt hat die Gesellschaft einen großen Wettbewerbsvorsprung vor zukünftigen Akteuren, welche spätestens im Jahr 2014 auf dem Markt zu erwarten sind.

I.III. Wettbewerbsvorteile

Um den Handel von Zertifikaten an den verschiedenen Börsen durchführen zu können, gibt es für die Anlagenbetreiber lediglich zwei Möglichkeiten. Zum Einen kann sich das Unternehmen ein eigenes Handelsbüro schaffen und an der Börse oder OTC (over the counter) aktiv werden, die zweite, wesentlich kostengünstigere Möglichkeit besteht in der Nutzung eines Brokers oder Traders, der die Aufträge im Namen des Auftraggebers an der Börse oder OTC ausführt. Zurzeit gibt es nach aktuellen Recherchen in Deutschland lediglich sieben Marktteilnehmer, welche direkt auf dem deutschen Markt aktiv sind. Diese Unternehmen bieten Ihre Dienstleistungen insbesondere für den Handel von Emissionsrechten, Gas und Strom als Broker an, wobei sowohl der Spotmarkt als auch zum Teil der Terminmarkt bedient wird. Neben einem herausragenden Preis-Leistungsverhältnis kann Advantag hier die jahrzehntelange Erfahrung

seiner Mitarbeiter im Brokerage – Bereich nutzen und spezielle, auf den Kunden zurechtgeschnittene Dienstleistungen, begonnen mit dem Trading am Spotmarkt, OTC und Forward-Markt anbieten, um für die Kunden optimale Ergebnisse zu erwirtschaften. Die vorrangige Konzentration und Spezialisierung auf den Handel von Emissionsrechten, zuerst in Deutschland und in einem zweiten Schritt in den Ländern der Europäischen Union, verbunden mit Beratung und einem globalen Netzwerk, stellt ein Alleinstellungsmerkmal dar um erfolgreiche Serviceangebote im B2B – Bereich zu ermöglichen. Hierbei hat die Gesellschaft seit dem Jahr 2010 bereits ca. 2.500.000 Zertifikate sowohl an der Börse als auch außerbörslich gehandelt. Derzeit ist Advantag Mitglied (NCM / Non Clearing Member) der Amsterdamer Climex, der slowakischen Commodity Exchange Bratislava und der CCTX Carbon Trade Exchange London. Advantag verfügt über einen Zugang zur EEX Leipzig, der Bluenext Paris und die ICE London zu herausragenden Konditionen über drei Partnerunternehmen. Die Gesellschaft verfügt über ein Handelskonto, ein Personenkonto und ein Kyoto-Zertifikatekonto beim Europäischen Emissionshandelsregister der Europäischen Union. Es ist der Gesellschaft möglich, jegliche Arten von CO₂ – Zertifikaten zu handeln oder als Broker zu makeln, je nach Ausgestaltung der Abwicklungsvereinbarung mit dem Kunden:

- EUA (European Allowances)
- EUAA (European Aviation Allowances)
- CER (Certified Emission Reductions)
- ERU (Emission Reduction Units)
- VER (Verified Emission Reduction) für die freiwillige Kompensation mit diversen Qualitätsstandards, wie Gold Standard, Voluntary Carbon Standard, Plan Vivo etc.

Ab 2013 wird zudem der Handel von Grünstromzertifikaten, dem Nachweis über die Erstellung von Strom durch erneuerbare Energien außerhalb des EEG zur Nutzung von Grünstrom von Stromanbietern, durch ein neues Register beim Umweltbundesamt begonnen. Die Advantag AG wird seinen Kunden auch in diesem Bereich entsprechend als Broker zukünftig Dienstleistungen erbringen können, was insbesondere daher wichtig ist, als dass die Gesellschaft Handelskonten für mehrere Stadtwerke führt. Somit kann die Gesellschaft den Handel von Zertifikaten aller Arten im Klimaschutzbereich anbieten und die Dienstleistungspalette komplettieren.

II. Die Advantag Aktiengesellschaft – Ökonomie und Ökologie im Einklang

II.I. Historie

Firmengründer Raik Oliver Heinzelmann hat sich Mitte des Jahres 2009 dazu entschlossen, seine gebündelten Erfahrungen als ehemaliger Vorstand einer Düsseldorfer Wertpapierhandelsbank sowie als Vorstandssprecher eines niederrheinischen Rohstoffhandelskonzerns zu nutzen, um Finanzdienste zu offerieren, welche sowohl finanziell lukrativ sind als auch einen hohen Nutzen für die Umwelt bringen. Die Devise „Ökonomie und Ökologie im Einklang“ ist hierdurch ein erklärtes Ziel des Unternehmensgründers. Durch die Möglichkeit der Vereinigung von Financial Services als Broker sowie Broker Dealer und der hierdurch tätigen Mithilfe zur Senkung des Ausstoßes an Treibhausgasen sieht Herr Heinzelmann seine Theorie bestätigt, dass nachhaltiges ökologisches Denken und Handeln ebenfalls erfolgreiche ökonomische Ergebnisse ermöglicht. Aus diesem Grund gründete Herr Heinzelmann am 04.08.2009 nebenberuflich die Gesellschaft Advantag GmbH, welche am 28.08.2009 in das Handelsregister des Amtsgerichts Kleve eingetragen wurde. Besonders die ersten Monate waren hier mit der Finanzierungstätigkeit der Gesellschaft verbunden, wobei das Grundkapital der Gesellschaft am 04.02.2010 auf insgesamt EUR 50.000,00 erhöht werden konnte. Im November 2012 wurde das Grundkapital durch den Abschluss einer Kapitalerhöhung nochmals um EUR 25.000,00 auf EUR 75.000,00 erhöht, nach Abschluss der nächsten Buchprüfung durch das Wirtschaftsprüfungsunternehmen werden bestehende Kapitalrücklagen zur Erhöhung des Grundkapitals umgewandelt. Die Gesellschafterversammlung vom 01.04.2010 beschloss, die Gesellschaft im Sinne des weiteren Wachstums in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und den Sitz in den niederrheinischen Ort Geldern zu verlegen. Seit diesem Zeitpunkt agiert die Advantag AG aus dem Gelderner Kontor, einem modernen Bürokomplex in der Innenstadt von Geldern, nahe den Städten Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen sowie der Grenze zu den benachbarten Niederlanden. Die Gesellschaft hat eine 100%ige Tochtergesellschaft, die Advantag Climate Invest GmbH (Stammkapital EUR 25.000,00) und eine Zweigniederlassung in Düsseldorf.

II.II. Die Kapitalstruktur

Das Grundkapital der Advantag Aktiengesellschaft beträgt EUR 75.000,00 und ist eingeteilt in insgesamt 75.000 auf den Namen lautende Aktien mit einem Nennwert von jeweils EUR 1,00 pro Aktie. Nach erfolgter Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres 2012 wird der Vorstand der Hauptversammlung der Advantag AG vorschlagen, offene Kapitalrücklagen der Gesellschaft in Grundkapital zu ändern und damit einen „Aktiensplit“ aufgrund der hierdurch erfolgten Schaffung neuer Aktien herbeizuführen. Hierdurch erhalten alle Aktionäre Gratisaktien im Verhältnis ihrer Beteiligung. Desweiteren beabsichtigt der Vorstand, der

Hauptversammlung einen Vorratsbeschluss zur Erhöhung des Grundkapitals um weiter 50% vorzuschlagen, um der Gesellschaft weitere Liquidität zur Verfügung zu stellen.

II.III. Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus drei Mitgliedern, welche bereits über ein hohes Maß an Erfahrungen verfügen und somit neben ihrer Funktion als Aufsichtsorgan für den Vorstand ebenfalls eine wichtige Unterstützung bei der Umsetzung der geschäftlichen Vorhaben darstellen.

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Advantag Aktiengesellschaft ist der Düsseldorfer Anwalt Jürgen Becker, Jahrgang 1957. Herr Becker ist Rechtsanwalt und Partner der alteingesessenen Kanzlei „Goez & Becker“ in Düsseldorf. Jürgen Becker hat als Spezialist im Aktienrecht langjährige Erfahrungen als Aufsichtsratsmitglied und Aufsichtsratsvorsitzender eines Düsseldorfer Kreditinstituts sowie eines im IT-Hardwarebereich tätigen Unternehmens sowie eines deutschen Recycling- und Rohstoffhandelsunternehmens.

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Herr Dr. Rolf Breitenstein, Jahrgang 1973. Herr Dr. Breitenstein hat sein Studium in der Uni Witten abgeschlossen und seine Promotion im Bereich Unternehmenssoziologie erzielt. Nach Tätigkeiten in einem internationalen Consultingunternehmen ist Herr Dr. Rolf Breitenstein Inhaber eines eigenen Unternehmens im Bereich Real Estate.

Mitglied des Aufsichtsrats ist Ralph McQuaye. Der Düsseldorfer Unternehmer ist seit nunmehr zwei Dekaden im Sinne eines Privatbankiers als qualifizierter institutioneller Kapitalmarktakteur und Unternehmer tätig. Neben der Organstellung als Vorstand eines deutschen Kreditinstitutes, umfassen seine Erfahrungen Tätigkeiten im Management sowie Kontrollgremium verschiedener internationaler Finanzinstitute und Gesellschaften. Seit 2010 ist Ralph McQuaye weiterhin Aufsichtsratsvorsitzender einer deutschen Gesellschaft, welche im Bereich innovativer Anwendungen des Netzwerk- und Medienmanagements operiert.

II. IV. Der Vorstand

Alleiniges Mitglied des Vorstands ist Herr Raik Oliver Heinzelmann, Jahrgang 1970. Herr Heinzelmann ist verheiratet und Vater einer Tochter. Seine langjährige berufliche Erfahrung konnte er in verschiedenen Positionen als Vorstand oder Aufsichtsratsmitglied sammeln.

- 1987-1989 Ausbildung zum Bankkaufmann
- 1990-1994 Leiter Organisation / EDV Raiffeisenbank Naumburg eG
- 1994-1997 Geschäftsführer Unternehmensberatung „Heinzelmann Consulting GbR“

- 1997-2000 Finanzvorstand Wertpapierhandelsbank / Kreditinstitut mit Schwerpunkt Börsenhandel von Wertpapieren, Futures und Optionen sowie Neuemissionen, DBH Brokerhaus AG
- 2000-2008 Verschiedene Aufsichtsratsmandate (UFT AG (Food), Interprojekt AG (Unternehmensbeteiligungen), Metrex International Inc.(IT), Berrer & Sons Ltd. (Luxury))
- 2000-2002 Selbständiger Unternehmensberater
- 2002-2009 Finanzvorstand Rohstoffhandelsunternehmen METRAG Aktiengesellschaft
- 2004-2009 Geschäftsführer Beratungsunternehmen METRAG Consulting GmbH

II.V. Die Geschäftsfelder

Die Kerngeschäftsfelder der Gesellschaft sind wie folgt gegliedert:

- Emissionszertifikatehandel
- Corporate Finance Consulting
- Beteiligungen
- Investmentprodukte
- Freiwillige Kompensation
- Handel von Grünstromzertifikaten (in Vorbereitung)
- Finanzdienstleistungen (in Vorbereitung)

II.V.I. Emissionszertifikatehandel

Die Advantag AG ist vollständiges Mitglied (NCM / Non Clearing Member) an diversen Rohstoff- und Umweltbörsen, wie der Londoner CTX Carbon Trade Exchange, der niederländischen CO2-Auktionsbörse Climex Climate Exchange sowie der slowakischen Rohstoffbörse CEB Commodity Exchange Bratislava. Weiterhin verfügt die Gesellschaft durch Vertragspartner Zugänge zur Pariser Bluenext (The Earth Exchange), zur Leipziger EEX (European Energy Exchange) sowie der Londoner ECX (European Commodity Exchange). Der Vorstand plant die Mitgliedschaft an der Leipziger EEX zur Teilnahme an den Auktionen der Europäischen Union für Emissionsrechte der dritten Handelsperiode. In den ersten drei kompletten Geschäftsjahren 2010 - 2012 hat die Gesellschaft bereits weit mehr als 2,5 Millionen Tonnen CO2-Zertifikate (EUA, ERU und CER) sowohl OTC als auch an der Börse gehandelt und eine wichtige Anzahl von Kunden und Lieferanten gewinnen können. In diesem Bereich sollen zukünftig noch weitere Produkte mit eingebunden werden, wie zum Beispiel die freiwillige Kompensation von CO2 durch freiwillige Zertifikate (VER) und Kyoto-Zertifikate (CER).

II.V.II. Corporate Finance Consulting

Ein weiterer Bereich der Advantag AG ist die Beratung von Unternehmen im Bereich Corporate Finance sowie Energy Markets gegen Beratungshonorare. Dieser Bereich wurde bereits seit Beginn der Tätigkeit des Unternehmens erfolgreich durchgeführt. Hierbei berät Advantag

Unternehmen, welche Kapitalmaßnahmen planen oder durchführen wollen und unterstützt die Gesellschaften bei der Erstellung und Einreichung der dabei erforderlichen Wertpapierprospekte und Verkaufsprospekte.

II.V.III. Beteiligungen

Die Advantag AG hat bereits erfolgreich eine Beteiligung an einem Rohstoff-Recycling-Unternehmen erworben, gehalten und veräußert. Aktuell hält Advantag eine Beteiligung an einem Biopharma-Forschungsunternehmen und beabsichtigt, auch in Zukunft interessante Beteiligungen im Bereich Klima, Bio, Umwelt, Rohstoffe, Recycling und erneuerbare Energien in ihr Portfolio aufzunehmen.

II.V.IV. Finanzdienstleistungen

Neben dem Handel im Spotmarkt an den Börsen und weiteren Märkten beabsichtigt die Gesellschaft, den Handel von Energiederivaten durchzuführen. Die hierbei notwendige Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, zur Anlage- und Abschlussvermittlung, Anlageberatung sowie Finanzportfolioverwaltung soll nach Plänen des Vorstands nach Erteilung gleichfalls für den Geschäftsbereich weiterer Finanzdienstleistungen für institutionelle Kunden im Bereich Commoditytrading und Forex dienen. Derzeit befasst sich der Vorstand daher sowohl mit der Überlegung, ein bereits existentes Finanzdienstleistungsinstitut zu übernehmen als auch die entsprechende Lizenz selbst oder für eine neu zu gründende Tochtergesellschaft zu beantragen.

II.V.V. Handel von Grünstromzertifikaten

Um den Handel von Zertifikaten im Umweltbereich weiter auszubauen, bereitet der Vorstand aktuell den Bereich der Grünstromzertifikate vor. Hierbei werden die zur Vermarktung von „Grünstrom“ und „Ökostrom“ erforderlichen Zertifikate in einem Register beim Bundesumweltamt übertragen und können dort gelöscht werden. Dieses Register ist erst neu und Advantag ist hier einer der ersten Antragsteller für ein entsprechendes Registerkonto. Der Handel im Grünstrombereich erfolgt hauptsächlich OTC, wobei Advantag bereits Verträge mit den wichtigsten Marktteilnehmern unterhält.

III. Financial Services

III.I. Der Handel von Emissionszertifikaten

Die seit mehr als 100 Jahren immer stärker zunehmende Industrialisierung hat zu erheblichen Belastungen der Umwelt geführt. So ist der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) allein in den letzten Jahrzehnten enorm angestiegen. Zum Schutz von Klima und Umwelt definierte das Kyoto-Protokoll von 1997 den weltweiten Ausstoß an CO₂ und legte dabei fest, um wie viel Prozent jede Industrienation ihre CO₂-Produktion reduzieren hat, um bis 2020 ihre diesbezüglichen Ziele zu realisieren. Zu diesem Zweck wurden bisher Emissionsrechte (Zertifikate) verteilt, die frei gehandelt werden. Somit können eingesparte Emissionen an Produktionsstätten mit erhöhtem Ausstoß weitergegeben werden, ohne die weltweite Emissionsbilanz zu überschreiten. Bereits seit zwei Jahren erhalten die deutschen Unternehmen im Emissionshandel nicht mehr alle Zertifikate kostenlos zugeteilt. Knapp 10 Prozent der Gesamtmenge, das sind 40 Millionen Berechtigungen pro Jahr, werden am Markt veräußert. Die Leipziger Strombörse "European Energy Exchange" (EEX) versteigert daher seit 2010 im Auftrag der Bundesregierung die Treibhausgas-Emissionsberechtigungen wöchentlich. Ab 2013 versteigert die EEX große Teile der UN – Auktionen, welche die einzelstaatlichen Auktionen ablösen. Ebenfalls finden in der aktuellen Handelsperiode Versteigerungen der niederländischen und österreichischen Regierungen über die Climex statt. Obwohl von Emissionszertifikaten die Rede ist, existieren diese nicht als Dokumente in Papierform. Der Handel findet in einem rein elektronischen System statt und erfolgt über Börsen, Makler oder *over the counter* (OTC), also direkt zwischen den Beteiligten. Marktteilnehmer, die Emissionszertifikate kaufen oder verkaufen wollen, müssen bei der Europäischen Union im Unionsregister ein elektronisches Registerkonto eröffnen, mittels dessen die Transaktionen abgewickelt werden. Es existieren neben der deutschen EEX in Leipzig mehrere Marktplätze für Emissionsberechtigungen, zum Beispiel die European Climate Exchange (ECX) in London, die Climex/APX in Amsterdam, die Bluenext in Paris, die Commdity Exchange Bratislava oder die Carbon Trade Exchange London/Melbourne. In Leipzig dient der EEX Carbon Index, kurz Carbix, als Referenzpreis für Emissionsberechtigungen, welcher zum Beispiel bei den OTC – Geschäften als Referenzkurs genutzt wird. In diesem Geschäftsfeld tritt Advantag sowohl im Eigenhandel als Broker Dealer in Erscheinung, indem Emissionsrechte erworben und mit einer festen Marge weiterverkauft werden, als auch als Broker gegen Erhalt einer Vermittlungsprovision. Für die Optimierung dieser Tätigkeiten hat die Geschäftsleitung beschlossen, neben den Zulassungen bei der CTX Carbon Trade Exchange, der CEB Commodity Exchange Bratislava und der Climex/APX die Zulassung als Börsenteilnehmer an den Märkten der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig zu beantragen und somit auch als offizieller Broker für Emissionszertifikate dort aufzutreten. Somit kann Advantag ebenfalls an den in Direktauktionen stattfindenden Versteigerungen der Emissionsrechte durch die Europäische Union ab 2013 direkt teilnehmen und diese im Eigenhandel erwerben, um diese dann an ihre Kunden weiterzuleiten.

III.II. Hedging

In einem weiteren Schritt beabsichtigt der Vorstand neben dem Handel im Spotmarkt und dem Abschluss sogenannter Forwards ebenfalls den Handel im Terminmarkt anzubieten. Hierbei ist es möglich, Emissionsrechte auf Termin zu handeln, indem Optionen und Futures an einer Börse gehandelt werden. Da es sich hierbei um eine Finanzdienstleistung handelt, die durch das Bundesamt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt werden muss, ist es hier erforderlich, einen Antrag auf Zulassung als Finanzdienstleistungsinstitut zu stellen. Dies führt nach Erteilung der Genehmigung zum Alleinstellungsmerkmal, da die weiteren Mitbewerber, mit Ausnahme der wenigen hier aktiven Kreditinstitute, nicht über derartige Lizenzen verfügen.

III.III. Finanzdienstleistungen

Mit dem Erhalt der Genehmigung als Finanzdienstleistungsinstitut gemäß Kreditwesengesetz ist es der Gesellschaft weiterhin möglich, neben dem Brokerage an den Börsen im Spotmarkt oder Derivatemarkt weitere Finanzdienstleistungen für private und institutionelle Kunden offerieren zu können. Hierbei ist geplant, sowohl Kapitalmarktemissionen von Unternehmen im Bereich der Umwelttechnik, Nachhaltigkeit und regenerierbaren Energien zu begleiten sowie weitere Brokerage – Dienstleistungen anzubieten.

III.IV. Investmentprodukte

Die Advantag AG hat in den vergangenen Monaten das „Klimakonto“ entwickelt, eine Möglichkeit für institutionelle und private Investoren, von der Kursentwicklung von Emissionszertifikaten zu partizipieren. Hierbei bedient sich die Advantag AG beim weltweiten Vertrieb für Investoren der britischen Tochtergesellschaft Advantag Carbon Ltd., London. Bei Unternehmen oder Freiberuflern ist die Umsatzsteuer hierbei wie im üblichen Handel am Spotmarkt nicht zu zahlen, da hier das sogenannte Reverse Charge Verfahren gemäß §13b UStG in Kraft tritt. Bei Privatpersonen wird keine Umsatzsteuer fällig, da keine Lieferung im umsatzsteuerrechtlichen Sinne erfolgt. Die von den Investoren jeweils erworbenen Emissionszertifikate werden durch die Advantag Climate Invest GmbH im Omnibusregisterkonto beim Unionsregister verwahrt und können börsentäglich durch den Investor wieder veräußert werden. In einem späteren Schritt ist ebenfalls die Schaffung eines geschlossenen Fonds geplant. Hierzu führt der Vorstand mit entsprechenden Unternehmen bereits Sondierungsgespräche.

III.V. Freiwillige Kompensation

Eine ebenfalls neu entwickelte Dienstleistung der Advantag AG ist die freiwillige Kompensation von CO₂-Emissionen von Privatpersonen, Unternehmen sowie öffentlicher Auftraggeber. Unter

freiwilliger Kompensation ist die Möglichkeit zu verstehen, die Reduktion von CO₂ und anderen Treibhausgasen weltweit durch Gegenmaßnahmen zu finanzieren. Hierbei gibt es verschiedene Ansätze, wobei wir die Auffassung vertreten, dass man - wie vom Kyoto-Protokoll beabsichtigt - nur durch ökonomischen Druck auf die Industrie ökologische Vorteile schaffen kann. Denn nur wenn ökonomische Anreize vorhanden sind, wird die Wirtschaft die Vereinbarung von Ökonomie und Ökologie vorantreiben, da es in der Natur der Dinge liegt, dass Unternehmenslenker finanziellen Belangen Priorität geben. So werden unter Anderem durch CDM-Projekte (Clean Development Management) sogenannte CER-Zertifikate erzeugt (Certified Emission Reductions), welche aus Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern stammen. Hierbei kann es sich zum Beispiel um ein Photovoltaik-Werk in Afrika oder eine Biogasanlage in Südamerika handeln oder eine Anlage zur Erzeugung von Strom aus der Nutzung von Abwärme einer Industrieanlage in Südostasien. Diese hierdurch erzeugten Zertifikate aus zertifizierten Emissionsreduktionen (CER) werden weltweit gehandelt, wobei die Erlöse direkt diesen Projekten zu Gute kommen. Sie können von den Industrieunternehmen teilweise zur Erfüllung ihrer Abgabeverpflichtung nach dem Treibhausemissionsgesetz (TEHG) genutzt werden und sind daher attraktiv, da sie günstiger als die Europäischen Verschmutzungsrechte (EUA, European Allowances) sind. Im Rahmen der freiwilligen Kompensation haben die Kunden von Advantag die Möglichkeit, für die von ihnen erzeugte Menge an CO₂ durch solche CER- oder VER-Zertifikate zu erwerben und diese bei der Deutschen Emissionshandelsstelle vernichten zu lassen. Hierdurch fördert der Kunde direkt Klimaschutzprojekte, verknüpft das Angebot an den Zertifikaten und sorgt somit für steigende Preise, was wiederum die Industrie nötigt, umweltschonender zu produzieren. CERs und VERs finden jedoch ebenfalls Einsatz bei der Vermarktung der Produkte von Energieversorgungsunternehmen, wie zum Beispiel Ökostrom und Ökogas. Im Bereich VER (Verified Emission Reductions) gibt es zwei wichtige Standards, welche die Qualität der Projekte zeigen, den Voluntary Carbon Standard (VCS) und den Gold Standard (GS). Zur Teilnahme in diesem Markt hat die Gesellschaft bereits die Mitgliedschaft an der Carbon Trade Exchange, London/Melbourne erworben, an welcher VERs und CERs gehandelt werden. In Zukunft beabsichtigt die Gesellschaft ebenfalls, ein Registerkonto bei Gold Standard zu eröffnen, um direkten Zugriff auf alle Projektzertifikate dieses wichtigen Standards zu bekommen.

IV. Consulting

IV.I. Corporate Finance Consulting

Die Advantag AG ist weiterhin ein spezialisiertes Beratungsunternehmen, welches die Kernkompetenzen insbesondere in der Beratung von

- Emittenten von Wertpapieren aller Art zur Eigen- und Fremdkapitalbeschaffung
- Finanzdienstleistungsinstituten im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation
- KMU - Beratung von kleinen und mittelständischen Unternehmen

hat.

Hierfür greift die Gesellschaft auf eine tiefgreifende Erfahrung und Beratungspraxis zurück, welche viele Jahre zurückreicht. Im Jahr 1994 gründete der heutige Vorstand der Advantag AG, Raik Oliver Heinzelmann, die Beratungsfirma Heinzelmann & Partner Consulting, welche im Jahr 2001 in die Düsseldorfer Firma Heinzelmann Consulting übergang. Seit dem Jahr 2009 firmiert das Beratungsgeschäft unter dem Namen Advantag. Die Advantag greift für Ihre Mandanten auf ein kompetentes Netzwerk erfolgreicher Banker, Broker, Juristen, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer zurück, welche jeweils entsprechend ihrer Kernkompetenzen unter Absprache mit dem Klientel Einsatz finden.

IV.I.I. Beratung von Emittenten

Zu den maßgeblichen Beratungskompetenzen der Advantag AG gehört die Beratung von Emittenten von Wertpapieren zur Beschaffung von Eigen- oder Fremdkapital. Gleich, ob es sich hierbei um die Emission von Aktien, Anleihen, Genussscheinen etc. inländischer oder ausländischer Unternehmen in Europa handelt, Advantag ist hier der kompetente und erfahrene Ansprechpartner. Zu unseren Dienstleistungen in Zusammenarbeit mit dem Mandanten gehören unter anderem:

- o Erstellung des Businessplans
- o Erarbeitung der Equity Story
- o Erarbeitung der Unternehmensbewertung und des möglichen Ausgabekurses
- o Erstellung des Verkaufsprospektes gemäß VerkProspG
- o Erstellung des Wertpapierprospektes gemäß WpPG
- o Kommunikation mit der BAFin und Ansprechpartner
- o Registrierung des Wertpapierprospektes im europäischen Ausland
- o Begleitung der gesamten Kapitalmaßnahme
- o Vorbereitung von Haupt- und Generalversammlungen
- o Vermittlung von Partnern bei der Investorengewinnung
- o Erarbeitung von Mailings, Organisation von Roadshows und Marketingmaßnahmen

Aufgrund unserer jahrelangen Erfahrung in diesem Bereich und einer Vielzahl von der BAFin genehmigten Prospekte sind wir uns sicher, auch Ihren Auftrag erfolgreich zu realisieren.

V. Wettbewerbssituation

V.I. Emissionshandel

Derzeit gibt es insgesamt ca. 70 Teilnehmer am Spotmarkt des Handels von EUA (European Unit Allowances), von denen lediglich sechs direkte Mitbewerber auf dem deutschen Markt aktiv sind. Hierbei handelt es sich um nachstehend aufgeführte Gesellschaften:

- Emissionshändler www.emissionshaendler.com
- GreenStream Network GmbH www.greenstream.net
- Energieunion AG www.energieunion.de
- Syneco Trading GmbH www.syneco.net

Diese Unternehmen bieten ihre Dienstleistungen insbesondere für den Handel von Emissionsrechten, Gas und Strom sowie andere Umweltprodukte als Broker an, wobei bei den meisten Wettbewerbern hauptsächlich der Spotmarkt bedient wird und der derivative Markt (Futures und Optionen) nicht mit inbegriffen ist, da es sich hierbei um genehmigungspflichtige Finanzdienstleistungen handelt. Mit dem Erhalt der Berechtigung als Finanzdienstleistungsinstitut erhält die Gesellschaft ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal, da sie somit die gesamte Wertschöpfungskette der Brokerage – Dienstleistungen im Emissionshandel an den CO₂ - Märkten bedienen kann. Im Bereich CO₂-Investment gibt es in Deutschland derzeit keine Wettbewerber; der Bereich der freiwilligen Kompensation wird ebenfalls nur durch ausländische Marktteilnehmer als Broker dargestellt.

V.II. Corporate Finance Consulting

In der Geschäftssparte des Corporate Finance Consulting hat sich die Advantag AG auf den Bereich der Beratung von Eigenkapitalmaßnahmen spezialisiert. Insbesondere die Erstellung von Wertpapierprospekten und Verkaufsprospekten stellt hier einen besonderen Schwerpunkt der Dienstleistungen dar. Hierbei hat die Gesellschaft ebenfalls eine überschaubare Anzahl an Wettbewerbern:

- Kanzlei Gündel & Katzorke www.gk-law.de
- Delta Limes Equity Partners AG www.delta-is.com
- Lathaus & Watkins LLP www.lw.com
- Mayrhofer & Partner www.mayrhofer-partner.de
- Kanzlei Otto, Mittag, Fontane www.ottomittagfontane.de
- Kanzlei Dr. Schulte www.dr-schulte.de
- Susat & Partner Equity Partners OHG www.susat.de

Diese oben benannten Unternehmen haben sich weitestgehend auf die Erstellung von Wertpapier- und Verkaufsprospekten spezialisiert, wobei die Hälfte der oben benannten Unternehmen Beratungsleistungen erbringt, die mit denen der Advantag AG zu vergleichen sind.

Fazit

Die Erbringung von Dienstleistungen als Broker sowie Broker Dealer und spezialisierten Dienstleisters im Bereich des CO₂ – Zertifikatehandels ist die Zusammenführung von Ökonomie und Ökologie in den Märkten des 21. Jahrhunderts. Die globale Gesellschaft steht vor mannigfaltigen Problemen, welche sich in der Wahrung der Belange von Menschen, Wirtschaft und Umwelt widerspiegeln. Aus diesem Grund wurden diese Märkte durch die makroökonomische Zusammenarbeit der weltweiten Politik und der Wirtschaft organisiert, was zur Schaffung von Börsen und Handelsinstrumenten führte, ohne die ein organisierter Handel nicht möglich wäre. Hierdurch besteht die Möglichkeit der Optimierung von Angebot, Nachfrage und Preisfindung sowohl im Sinne der Marktteilnehmer, jedoch auch im Sinne der Verbraucher sowie des Umwelt- und Klimaschutzes.

Hier liegt das Kerngeschäftsfeld der Advantag AG, welche sowohl den Eigenhandel als auch die Vermittlung von Handelsgeschäften für CO₂-Emissionszertifikate und Grünstromzertifikate durchführt. Dies geschieht sowohl national für Unternehmen, welche keinen direkten Zugang zu Energiebörsen unterhalten, als auch international für ausländische Marktteilnehmer, institutionelle Händler, Produzenten und Verbraucher.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat die Gesellschaft ein professionelles Team zusammengestellt, welches seit vielen Jahren in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen erfolgreich tätig ist und somit das wichtige Ideen- und Kreativkapital einbringt. Die Erreichung der Zulassung als Teilnehmer der European Energy Exchange (EEX) sowie des Gold Standard Registers wird sowohl eine Erhöhung der Gewinnmarge mit sich bringen als auch den Zugang zu weiterem institutionellen Klientel ermöglichen.

Somit sind bereits jetzt die Weichen für ein professionelles Agieren in den Märkten der Zukunft gestellt, den Märkten der Rohstoffe, Energie und Emissionszertifikate – im Sinne der Versorgung der Gesellschaft sowie dem nachhaltigen Engagement für Klima und Umweltschutz.

Advantag ist in diesem neuen Markt einer der wenigen deutschen Akteure, die sich seit mehreren Jahren kontinuierlich mit dem Aufbau eines breit gefächerten Kundenstamms befasst und sich durch den frühen Markteintritt einen klaren Wettbewerbsvorteil geschaffen haben.

Geldern, den 5. November 2012

Advantag Aktiengesellschaft



Jüngste Entwicklung und Ausblick

Bei der Emittentin handelt es sich um eine Gesellschaft, welche erst seit dem Jahr 2009 geschäftlich aktiv ist. Das Geschäftsjahr 2009 bildet hierbei das Rumpfgeschäftsjahr. Im Jahr 2010 erfuhr die Gesellschaft die Eintragung als Advantag Aktiengesellschaft durch die Umwandlung der ehemaligen Advantag GmbH in Form des Rechtsformwechsels, verbunden mit einer davor unternommenen Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft.

Die Advantag Aktiengesellschaft hat im Jahr 2010 neben den Geschäftsbereichen Corporate Finance Consulting und Beteiligung an anderen Unternehmen nunmehr den Geschäftsbereich des Handels von Emissionszertifikaten hinzugenommen. Dieser Bereich des sowohl börsennotierten Handels als auch außerbörslichen Handels war im Geschäftsjahr 2010 größter Umsatzträger der Gesellschaft. Hierbei konnte ein deutscher Großkunde im Bereich Brokerage Energieprodukte gewonnen werden.

Der Gesellschaft ist es in den vergangenen Monaten gelungen, mehrere neue Kunden im Bereich Emissionshandel zu gewinnen, welche zum Großteil Betreiber von Emissionshandelspflichtigen Anlagen sind.

Im Geschäftsjahr 2010 konnte insbesondere durch den Emissionshandel ein Gesamtumsatz in Höhe von EUR 30.393.847,23 erzielt werden. Hierin sind ebenfalls Erlöse aus Beratungsmandaten in Höhe von EUR 87.984,23 sowie Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen in Höhe von EUR 56.883,00 enthalten.

Der Umsatz des Geschäftsjahres 2011 betrug bei annähernd gleichbleibender Ertragssituation EUR 2.407.354,50. Hierin sind insbesondere Umsatzerlöse aus Emissionsrechtehandel in Höhe von EUR 2.223.950,64, Erlöse aus der Veräußerung eigener Beteiligungen in Höhe von EUR 52.654,25 sowie Beratungshonorare in Höhe von EUR 87.217,87 enthalten.

Die Gesellschaft konnte 2010 und 2011 weiterhin die Mitgliedschaft an anderen Energiebörsen erhalten, nämlich der Bayerischen Börse München, Segment Greenmarket, der Climex Amsterdam, der EXAA Wien, der KBB Bratislava und der Carbon Trade Exchange London. Durch diese Börsenzugehörigkeiten ist es der Gesellschaft möglich, ein breites Feld an Handel für Ihre Kunden zu gewährleisten und auch im Eigenhandel aufzutreten, nicht zuletzt als Arbitrageur.

Der Umsatzrückgang des Jahres 2011 im Emissionshandel ist dadurch zu erklären, dass ein Großkunde weggefallen ist. Aufgrund dessen hat der Vorstand die Preisverzeichnisse angepasst, um eine höhere Gewinnmarge bei geringeren Umsätzen zu ermöglichen. Hierbei konnte die Gesellschaft bereits eine Vielzahl neuer Kunden gewinnen.

Mit den Erlösen der Kapitalmaßnahme soll insbesondere die Gewinnung neuer Kunden durch mannigfaltige Marketingtätigkeiten sowie weitere Börsenmitgliedschaften gewährleistet werden. Insbesondere ab dem Jahr 2013, dem Beginn der III. Handelsperiode, wird sich der Handel von Emissionszertifikaten durch die schrittweise Verringerung der kostenlosen Zuteilung von 80% in 2013 bis auf 30% in 2020 signifikant erhöhen. Der Vorstand beurteilt diese Tatsache als äußerst positiv für die geplante Entwicklung der Gesellschaft.

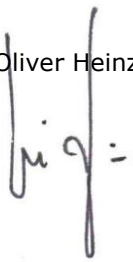
Unterschriftenseite

Geldern, den 15.12.2012

Advantag Aktiengesellschaft

vertreten durch den alleinvertretungsberechtigten und von den Vorschriften des § 181 BGB befreiten
Alleinvorstand gezeichnet:

Raik Oliver Heinzelmann

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Raik Oliver Heinzelmann', is written over a large, light gray diagonal watermark that reads 'ENTWURF'.